

Universität Potsdam
Historisches Institut
Masterarbeit im Studiengang Zeitgeschichte
Erstkorrektor: Prof. Thomas Schaarschmidt
Zweitkorrektor: Prof. André Steiner



Hjalmar Schachts „Neuer Plan“ in der nationalsozialistischen Außenwirtschaftspolitik

Datum: 15.10.2022
Eingereicht von: Daniel Ehlers
Masterstudiengang: Zeitgeschichte

Soweit nicht anders gekennzeichnet, ist dieses Werk unter einem Creative-Commons-Lizenzvertrag Namensnennung 4.0 lizenziert.
Dies gilt nicht für Zitate und Werke, die aufgrund einer anderen Erlaubnis genutzt werden.
Um die Bedingungen der Lizenz einzusehen, folgen Sie bitte dem Hyperlink:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Online veröffentlicht auf dem
Publikationsserver der Universität Potsdam:
<https://doi.org/10.25932/publishup-61148>
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-611488>

Selbstständigkeitserklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit ohne Hilfe Dritter und ohne Zuhilfenahme anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Die den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen sind als solche kenntlich gemacht.

Die „Richtlinie zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis für Studierende an der Universität Potsdam (Plagiatsrichtlinie) - Vom 20. Oktober 2010“, im Internet unter <http://uni-potsdam.de/ambek/ambek2011/1/Seite7.pdf>, habe ich zur Kenntnis genommen.

Potsdam, den 15.10.2022

Ort, Datum

Unterschrift

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Forschungsstand	5
3. Die Außenwirtschaftspolitik in der Ideologie des Nationalsozialismus.....	6
3.1. Die Programme der NSDAP.....	7
3.2. Hitlers außenwirtschaftspolitische Ideologie.....	15
4. Die deutsche Wirtschaftsentwicklung bis zum Sommer 1934	22
4.1. Arbeitslosigkeit und Deflationspolitik.....	22
4.2. Devisenkrise und Außenhandel	24
4.3. Autarkiebestrebungen in der deutschen Wirtschaft	27
4.4. Reparationszahlungen.....	29
4.5. Auslandsschulden	30
4.6. Zwischenfazit.....	33
5. Der „Neue Plan“	34
5.1. Die politischen Anfänge	34
5.2. Funktionsweise	40
5.2.1. Einfuhrkontrolle	41
5.2.2. Devisenbewirtschaftung und Preissetzung.....	46
5.2.3. Ausfuhrförderung	47
5.2.4. Bilateralisierung der Handelspolitik.....	54
5.3. Ziele und Effektivität	57
5.3.1. Kompatibilität mit der NS-Ideologie.....	58
5.3.2. Wirtschaftliche Kennzahlen	60
5.4. Übergang zum Vierjahresplan	71
6. Fazit.....	73
7. Verzeichnisse	76
7.1. Literatur	76
7.2. Quellen	78

1. Einleitung

Im Spätsommer des Jahres 1934 stand das NS-Regime nach seinem nur anderthalbjährigen Bestehen am Rande einer außenwirtschaftspolitischen ¹ Katastrophe. Während das Außenhandelsvolumen im Zuge der Weltwirtschaftskrise kollabiert war und sich die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank dem Nullpunkt näherten, wurde im ersten Halbjahr ein deutliches Handelsdefizit erzielt, das sich im zweiten Halbjahr zu wiederholen drohte. Zugleich war Deutschland jedoch auf Exportüberschüsse zur Bedienung seiner hohen Auslandsschulden angewiesen und aufgrund seiner geringen natürlichen Ressourcen fundamental von ausländischen Rohstofflieferungen abhängig. Eine drohende deutsche Zahlungsunfähigkeit hätte aus diesem Grund schwere wirtschaftliche Verwerfungen zur Folge gehabt, die eine erhebliche Bedrohung des politischen Rückhalts des noch jungen NS-Regimes dargestellt hätten. In dieser Krisensituation übernahm Dr. Hjalmar Schacht, seinerseits bereits seit März 1933 Reichsbankpräsident, die Führung des Reichswirtschaftsministeriums und begann mit der Ausarbeitung eines außenwirtschaftspolitischen Programms, das die drohende Katastrophe abwenden sollte: dem „Neuen Plan“. Schacht, ein altgedienter Finanzexperte von internationalem Renommee, war jedoch weder Mitglied der NSDAP noch ideologisch gefestigter Nationalsozialist. Vielmehr stand er wesentlichen Elementen der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung kritisch bis ablehnend gegenüber. Vor dem Hintergrund dieser außenwirtschaftspolitischen Krisensituation einerseits und der Sonderstellung Schachts im Kabinett Hitlers andererseits stellt sich daher die Frage, welche Rolle der „Neue Plan“ in der nationalsozialistischen Außenwirtschaftspolitik gespielt hat. Aus dieser Metafrage ergaben sich mehrere Teilfragen: Inwieweit und anhand welcher Quellen lassen sich außenwirtschaftspolitische Leitlinien in der Ideologie des Nationalsozialismus erkennen? In welchem Maße schlugen sich diese im „Neuen Plan“ nieder? Unter welchen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen kam dieser zustande? Aus welchen Maßnahmen setzte sich dieser „Neue Plan“ zusammen? Welche konkreten Ziele sollten durch ihn verfolgt werden und inwieweit war er dabei erfolgreich? Dieser Fragenkomplex wird in der folgenden Abschlussarbeit in mehreren Schritten bearbeitet. Erstens wird ein kurzer Überblick über den derzeitigen Forschungsstand zum „Neuen Plan“ geliefert und auf die Quellenlage zur Bearbeitung der Fragestellung eingegangen. Um zweitens eine Aussage über das Verhältnis

¹ **Anmerkung:** Außenwirtschaftspolitik wird im Folgenden nach den offiziellen Angaben des Duden definiert als „alle Maßnahmen, mit denen die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, also der internationale Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, beeinflusst und gesteuert werden sollen.“ Vgl. Pollert, Achim, et al.: „Duden Wirtschaft von A bis Z.“ Berlin 2016.

zwischen dem „Neuen Plan“ und den außenwirtschaftspolitischen Leitlinien des Nationalsozialismus treffen zu können, werden diese im Folgenden für die NSDAP als Partei sowie für Hitler als unangefochtene politische Führungsfigur herausgearbeitet. Drittens wird anhand relevanter Wirtschaftsentwicklungen auf die Ausgangslage der außenwirtschaftspolitischen Krisensituation Mitte 1934 eingegangen, die durch den „Neuen Plan“ im Sinne des NS-Regimes gelöst werden sollte. Viertens wird im Hauptteil der Forschungsarbeit der „Neue Plan“ in mehreren Teilschritten erklärt. Zunächst wird hierfür auf die politischen Entwicklungen eingegangen, an welche der „Neue Plan“ anknüpfen konnte sowie auf die verschiedenen Bestandteile seiner Funktionsweise, die auf dieser Grundlage reformiert, erweitert oder neu geschaffen wurden. Inwieweit diese Maßnahmen mit den außenwirtschaftspolitischen Leitlinien der NS-Ideologie kompatibel waren, wird im Nachgang analysiert und kritisch eingeordnet. Die Effektivität des „Neuen Plans“ soll im Folgenden in Bezug auf fünf Themenfelder anhand wirtschaftlicher Kennzahlen quellenbasiert beurteilt werden. Diese Analyse wird sich auf den Zeitraum vom Beginn des „Neuen Plans“ im Jahr 1934 bis zur Entmachtung Schachts als Reichswirtschaftsminister zum Jahresende 1937 beschränken. Auf die daran anschließende Übergangsphase durch den Aufstieg Görings wird nur insoweit eingegangen, wie der Fortgang des „Neuen Plans“ hiervon betroffen war. Fünftens und letztens werden die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit in einem abschließenden Fazit zusammengefasst.

2. Forschungsstand

Die Zahl der über den Nationalsozialismus veröffentlichten Forschungsarbeiten ist längst unüberschaubar geworden. Mit Blick auf die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik fokussieren sich die meisten dieser Arbeiten jedoch auf die späteren Jahre des NS-Regimes, während die Zeit der Konsolidierung weniger Beachtung findet. Mehr noch gilt dies für die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik. Die für diese Arbeit wichtigsten Werke sind nachfolgend aufgeführt. Einen fundierten Überblick über die Thematik, insbesondere mit Blick auf die frühen Jahre des Regimes, bietet Willi Boelckes *„Die deutsche Wirtschaft 1930 – 1945“* von 1983. Boelcke betont dabei die Kontinuitäten zur Weimarer Republik und orientiert sich hauptsächlich an internen Dokumenten des Reichswirtschaftsministeriums. Als bahnbrechend in dieser Hinsicht ist die Forschungsarbeit des israelischen Historikers Avraham Barkai *„Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus“* zu bezeichnen, die erstmals 1977 in Köln veröffentlicht wurde und später in zahlreichen Neuauflagen erschien. Barkai thematisiert jedoch fast ausschließlich die Zeit bis

1936. Einen ganzheitlichen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik liefert das Standardwerk „*Ökonomie der Zerstörung*“ des britischen Wirtschaftshistorikers Adam Tooze von 2007. Trotz ihrer hohen Qualität thematisieren diese Werke den „Neuen Plan“ nur auszugsweise; sind aber über den sachlichen Bezug hinaus für dessen Kontextualisierung relevant. Als eigenständiges Forschungsthema wurde der „Neue Plan“ weitgehend vernachlässigt. In größerem Umfang, jedoch auf die Exportförderung fokussiert, befasst sich der Wirtschaftshistoriker Michael Ebi in „*Export um jeden Preis*“ von 2004 mit dem „Neuen Plan“. Anzuführen sind zudem Sören Denggs „*Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und Schachts »Neuer Plan«*“ von 1986 und Eckart Teicherts „*Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930 – 1939*“ von 1984, die verstärkt auf die Außenwirtschaftspolitik und den Autarkiegedanken des Dritten Reichs eingehen. Eine genuin auf den „Neuen Plan“ konzentrierte Forschungsarbeit, die dessen Funktionsweise, Erfolg und Kompatibilität mit den außenwirtschaftspolitischen Konzeptionen der NS-Bewegung analysiert, stellt gegenwärtig ein Desiderat dar. Die vorliegende Arbeit soll dazu beitragen, diese Forschungslücke zu schließen. Sie wird aus diesem Grund neben dem Rückgriff auf einschlägige Fachliteratur zu großen Teilen auf eigener Quellenrecherche basieren. Für die Bearbeitung der außenwirtschaftspolitischen Ziele der NS-Bewegung schließt dies eine kritische Analyse der verschiedenen Originalprogramme der NSDAP, der betreffenden Passagen von „*Mein Kampf*“ sowie geeigneter Reden und Schriften Hitlers mit ein. In Bezug auf den „Neuen Plan“ bestehen die Hauptquellen in erster Linie aus zeitgenössischen Fachtexten, im Bundesarchiv erhaltenen Akten des Reichswirtschaftsministeriums und der Reichsbank, den Wirtschaftsdaten des Statistischen Reichsamts, dem Reichsgesetzblatt sowie verschiedenen wissenschaftlichen Quellensammlungen. Eine unschätzbare Primärquelle stellen zudem die Reden und Schriften von Schacht selbst dar, insbesondere seine in Teilen apologetische Züge annehmende Autobiographie „*76 Jahre meines Lebens*“ von 1953, die jedoch einer kritischen Einordnung bedürfen.

3. Die Außenwirtschaftspolitik in der Ideologie des Nationalsozialismus

Um sich der Frage nach Art und Umfang einer außenwirtschaftspolitischen Ideologie des Nationalsozialismus zu nähern, gilt es zunächst unweigerlich, einige Vorbedingungen zu konstatieren. Denn obwohl die NSDAP dem Anspruch nach eine Führerpartei unter absoluter Kontrolle Hitlers war, gab es daneben eine Vielzahl einander teilweise widersprechender

wirtschaftspolitischer Visionen, etwa von Himmler, Rosenberg, Darré oder Goebbels.² Erwartungsgemäß sollten sich deren gemeinsame Kernforderungen in den offiziellen Programmen der Partei niederschlagen, weswegen zunächst diese Schriften als Grundlage einer offiziellen außenwirtschaftspolitischen Ideologie herangezogen werden sollen. Inwieweit diese tatsächlich eine Relevanz für die Ausformulierung einer nationalsozialistischen Außenwirtschaftsideologie entfalten konnten, wird indes im folgenden Kapitel untersucht. Ungleich bedeutender für die Ausbildung dieser Ideologie waren jedoch die Ansichten Hitlers. Denn obwohl in der NSDAP dem Führerprinzip zum Trotz verschiedene wirtschaftspolitische Strömungen vertreten waren, gelang es Hitler bereits in früheren innerparteiischen Säuberungen³, spätestens aber mit der Ausschaltung der SA-Führung rund um Ernst Röhm und weiterer Oppositioneller in der „Nacht der langen Messer“, die endgültige und alleinige Deutungshoheit über die Ideologie der nationalsozialistischen Bewegung zu erlangen. Folglich war auch die Außenwirtschaftspolitik von der Billigung Hitlers als Führer und Reichskanzler abhängig, weshalb seiner persönlichen ideologischen Position gegenüber konkurrierenden Strömungen eine herausgestellte Bedeutung zukommt.

3.1. Die Programme der NSDAP

Gemeinhin wird das „25 Punkte Programm“ der NSDAP vom 24. Februar 1920 als wichtigste frühe Quelle für ein nationalsozialistisches (Wirtschafts-)Programm herangezogen. Obwohl das Programm fraglos einen Einblick in die frühe Ausrichtung der Partei ermöglicht, ist der Rückschluss auf spätere wirtschaftspolitische Maßnahmen nach der Machtübernahme einerseits sowie auf Hitlers Ideologie andererseits problematisch. Denn obwohl die

² Vgl. Prollius, Michael von: *„Das Wirtschaftssystem der Nationalsozialisten 1933 – 1939. Steuerung durch emergente Organisation und Politische Prozesse.“* Paderborn 2003. S. 87.

³ **Anmerkung:** Dabei sei insbesondere auf die langanhaltenden ideologischen Differenzen mit dem linken Parteiflügel um Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser sowie seinen Bruder Otto Strasser verwiesen, welche für eine sozialistischere Ausrichtung der NSDAP advozierten. Letzterer trat infolge eines Richtungskampfes bereits Mitte 1930 aus der Partei aus, was für den Hitler-Biographen Joachim Fest der entscheidende Schritt zur Entmachtung des sozialistischen Flügels der NSDAP war: *„Das Ausscheiden Otto Strassers beendete nicht nur ein für allemal den sozialistischen Grundsatzstreit in der NSDAP, es bedeutete auch einen erheblichen Machtverlust für Gregor Strasser, der seither keine Hausmacht und keine Zeitung mehr besaß.“* (Fest, Joachim: *„Hitler. Eine Biographie“* Berlin 1973. S. 394.) Gregor Strasser verblieb hingegen in der Partei und wurde im Zuge der „Strasser Krise“, einem weiteren Streit um die strategische Ausrichtung der NSDAP, 1932 erst entmachtet und wenig später 1934 durch die SS liquidiert. (Siehe dazu Kissenkoetter, Udo: *„Gregor Strasser und die NSDAP.“* Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Band 37. DVA, Stuttgart 1978. & Stachura, Peter D.: *„Gregor Strasser and the Rise of Nazism.“* London 1983.) Neben den Strasser Brüdern und vor Röhm ist darüber hinaus an parteiinternen Machtkämpfen der gescheiterte „Stennes Putsch“ rund um den ostdeutschen SA-Oberführer Walther Stennes 1931 zu betonen, der im Parteiausschluss mehrerer hundert SA-Männer kulminierte, aber weniger einen dezidiert ideologischen Richtungstreit, als vielmehr einen politischen Machtkampf darstellte. (Siehe dazu Steger, Sascha: *„Kurt Daluege, die Stennes-Revolution 1930/31 und der Aufstieg der SS“* in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Heft 4. München 2021. S. 607–632.)

Umbenennung der Deutschen Arbeiter Partei (DAP) in NSDAP durch Hitler am selben Tag der Programmverkündung erfolgte, war am 24. Februar 1920 nicht Hitler deren Parteivorsitzender, sondern Anton Drexler. Die genaue Urheberschaft des Programms konnte bis heute zudem nicht zweifelsfrei ermittelt werden, wobei die Forschung in Teilen davon ausgeht, dass Hitler an dessen Erstellung lediglich redaktionell, nicht aber inhaltlich beteiligt gewesen ist.⁴ Die Rolle des in den 20er Jahren führenden nationalsozialistischen Wirtschaftstheoretikers, Gottfried Feder, bei der Erstellung des Programms ist bis heute ebenfalls umstritten. In der Forschung herrscht jedoch mehrheitlich die Position vor, dass Feder zumindest die wirtschaftspolitischen Forderungen des Programms federführend mitgeprägt hat.⁵ Als weitgehend unumstritten kann jedoch der Einfluss Feders auf die wirtschaftspolitische Ausrichtung Hitlers gelten, den dieser in „Mein Kampf“ ausführlich darlegt.⁶ Unabhängig von der ursprünglichen Autorenschaft des „25 Punkte Programms“ kann allerdings zweierlei konstatiert werden. Erstens konnte das Programm, obwohl es 1926 auf der „Bamberger Führertagung“ im großen Richtungsstreit der NSDAP durch Hitler als „unabänderlich“ und „unerschütterlich“⁷ als offizielles Parteiprogramm bestätigt wurde, nur eine eingeschränkte praktische Bedeutung entfalten. Bis zur Machtübernahme Hitlers hatte es sich bereits in weiten Teilen überlebt. So merkt auch

⁴ Vgl. Horn, Wolfgang: „Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP 1919–1933.“ Düsseldorf 1972. S. 89.

⁵ **Anmerkung:** Feder selbst betont in einer kommentierten Programmversion aus dem Jahr 1928 seine entscheidende Rolle bei der Programmformulierung 1920. (Vgl. Feder, Gottfried: „Das Programm der N.S.D.A.P und seine weltanschaulichen Grundgedanken.“ Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf., München 1928. S. 9; zitiert nach Krier, Frédéric: „Sozialismus für Kleinbürger. Pierre Joseph Proudhon – Wegbereiter des Dritten Reiches.“ Köln/Weimar 2009. S. 39.) Von einer maßgeblichen Beeinflussung oder sogar alleinigen Urheberschaft des Programms durch Feder gehen unter anderem die Nationalsozialismusforscher Bauer, Barkai und Neebe aus. (Vgl. Bauer, Kurt: „Nationalsozialismus. Ursprünge, Anfänge, Aufstieg und Fall.“ Wien 2008, S. 105. & Barkai, Avraham: „Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus.“ Frankfurt a. M. 1988. S. 30. & Neebe, Reinhard: „Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik.“ Göttingen 1981. S. 250.) Daneben vertritt der Historiker Thamer die Auffassung, Anton Drexler sei alleiniger Autor des Programms gewesen. (Vgl. Thamer, Hans-Ulrich: „Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945“. Berlin 1994. S. 60.) Der Historiker Tyrell glaubt hingegen, Feder habe lediglich die Überschrift „Brechung der Zinsknechtschaft“, jedoch keine inhaltlichen Aspekte beigetragen. (Vgl. Tyrell, Albrecht: „Vom „Trommler“ zum „Führer“. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP.“ München 1975. S. 85.)

⁶ **Anmerkung:** So führt Hitler zum Einfluss Feders auf die Entwicklung seiner wirtschaftlichen Ideologie aus: „Nachdem ich den ersten Vortrag Feders angehört hatte, zuckte mir auch sofort der Gedanke durch den Kopf, nun den Weg zu einer der wesentlichsten Voraussetzungen zur Gründung einer neuen Partei gefunden zu haben. [...] Das Verdienst Feders beruhte in meinen Augen darin, mit rücksichtsloser Brutalität den ebenso spekulativen wie volkswirtschaftlichen Charakter des Börsen- und Leihkapitals festgelegt, seine urewige Voraussetzung des Zinses aber bloßgelegt zu haben. Seine Ausführungen waren in allen grundsätzlichen Fragen so richtig, dass die Kritiker derselben von vorneherein weniger die theoretische Richtigkeit der Idee bestritten, als vielmehr die praktische Möglichkeit ihrer Durchführung anzweifelten. Allein was so in den Augen anderer eine Schwäche der Federschen Darlegungen war, bildete in den meinen ihre Stärke.“ Hartmann, Christian/Vordermayer, Thomas/Othmar, Plöckinger/Töppel, Roman (Hrsg.): „Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition. Band I.“ Institut für Zeitgeschichte. München/Berlin 2016. S. 220 – 221.

⁷ Vgl. Feder, Gottfried (Hrsg.): „Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken.“ München 1935.

Barkai treffend an: „Für die später durchgeführte Wirtschaftspolitik waren die wirtschaftlichen Punkte im Parteiprogramm kaum relevant.“⁸ Zweitens war die NSDAP 1920 programmatisch zu wenig gefestigt, als dass dem Programm eine hohe inhaltliche Bedeutung zukommen könnte. Die verschiedenen Programme der NSDAP blieben auch in den Folgejahren gegenüber den direkten Reden und Schriften führender nationalsozialistischer Politiker, insbesondere Hitlers „Mein Kampf“ von vergleichsweise untergeordneter Bedeutung.⁹ Zudem hatte das Parteiprogramm der NSDAP für Hitler ohnehin eine eher strategische Funktion, die für ihn in der Schaffung dogmatischer und daher „unabänderlicher“ Leitlinien für die Massen bestand. Hitler führt das unter Bezugnahme auf das „25-Punkte-Programm“ in „Mein Kampf“ ausführlich aus:

„Bei einer in großen Zügen tatsächlich richtigen Lehre ist es weniger schädlich, eine Fassung, selbst wenn sie der Wirklichkeit nicht mehr ganz entsprechen sollte, beizubehalten, als durch eine Verbesserung derselben ein bisher als graniten geltendes Grundgesetz der Bewegung der allgemeinen Diskussion mit ihren übelsten Folgeerscheinungen auszuliefern.“¹⁰

Die Beibehaltung aller Punkte in ihrer ursprünglichen Formulierung war somit ideologisch bedingt. Ein Anspruch auf wörtliche Umsetzung aller Punkte wurde indes nicht erhoben. Vielmehr bekannte man sich lediglich zum Geist des Programms, was die Auslegung und Umdeutung von dessen Forderungen ohne eine Abänderung des Wortlautes in die Hände Hitlers legte. Im Folgenden sei es daher lediglich bei einem kurzen Überblick über die erhobenen Forderungen belassen. So beschäftigen sich die Punkte eins bis drei mit dem Zusammenschluss aller Deutschen zu einem „Großdeutschland“, der Annullierung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain sowie der Forderung nach „Land und Boden“ zur Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes und dessen Ansiedlung. Die dritte Forderung zielte dabei noch ausdrücklich auf die Rückgabe der deutschen Kolonien ab. Die Punkte vier bis acht behandeln die geforderte rassistische Grundausrichtung des Staates und die Abgrenzung des Staatsbürgerbegriffs. Weiterhin thematisieren die Punkte neun und zehn Rechte und Pflichten des Staatsbürgers sowie den Vorrang von Gemein- vor Eigennutzen. Die Punkte elf bis achtzehn thematisieren binnenwirtschaftliche Forderungen: Besonders hervorgehoben die „*Brechung der*

⁸ Barkai, „Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus.“ ebd. S. 30.

⁹ **Anmerkung:** So kam beispielsweise die sozialdemokratische Zeitung *Das freie Wort* nach einer eingehenden Analyse der NS-Wahlkampfmethodik 1931 zu dem Ergebnis, dass die bloße Existenz eines Wahlprogramms der NSDAP zu wenig bekannt sei, um es als Waffe gegen den Nationalsozialismus wirksam einsetzen zu können. (Vgl. Plöckinger, Othmar: „Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers ‚Mein Kampf‘ 1922–1945.“ München 2011. S. 375.

¹⁰ Hartmann, Christian/Vordermayer, Thomas/Othmar, Plöckinger/Töppel, Roman (Hrsg.): „Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition. Band II.“ Institut für Zeitgeschichte. München/Berlin 2016. S. 98.

Zinsknechtschaft“ (Punkt 11), die „*Einziehung aller Kriegsgewinne*“ (Punkt 12), die Verstaatlichung von Trusts (Punkt 13), Gewinnbeteiligung an Großunternehmen (Punkt 14), der Ausbau der Altersvorsorge (Punkt 15), die Stärkung kleiner und mittlerer Betriebe (Punkt 16), eine Bodenreform (Punkt 17) sowie die Todesstrafe für „*Volksverbrecher; Wucherer; Schieber; usw.*“ (Punkt 18). Die Punkte neunzehn bis einundzwanzig befassen sich mit rechts-, bildungs- und gesundheitspolitischen Themen. Punkt zweiundzwanzig fordert die Bildung eines Volksheeres; Punkt dreiundzwanzig eine umfassende Pressezensur; Punkt vierundzwanzig die Unterstellung der Religionsfreiheit unter das Wohl des Staates und hebt den Vorrang von Gemein- vor Eigennutzen hervor. Abschließend wird in Punkt fünfundzwanzig die Schaffung einer starken Zentralgewalt und die Bildung von Stände- und Berufskammern propagiert.¹¹

Trotz der stellenweise konkret werdenden Einzelforderungen und der Betonung ihrer Unabänderlichkeit bleibt das Programm in weiten Teilen ungenau, was freilich auch dem geringen Umfang von anderthalb Seiten geschuldet ist. Konkrete Rückschlüsse auf ein schon früh entwickeltes Außenwirtschaftsprogramm lassen sich daraus in jedem Fall nur sehr eingeschränkt ziehen. Gleichwohl lässt das Programm einige wenige außenwirtschaftspolitische Leitlinien erkennen, welche bis zur Machtergreifung und darüber hinaus intakt blieben. Zuvorderst die Ablehnung der Pariser Vorortverträge und der damit einhergehenden Reparationszahlungen an die Siegermächte, welche es zu revidieren galt. Zweitens der Drang nach einer ernährungspolitischen Autarkie, was durch die Kolonisierung neuer Gebiete erreicht werden soll. Dazu ist zweierlei anzumerken: Einerseits wurde die im Programm geforderte Lösung, die Schaffung bzw. Rückgabe deutscher Kolonien, durch Hitler schon in „*Mein Kampf*“ verworfen und in die Forderung nach „*Lebensraum im Osten*“ umgedeutet.¹² Andererseits kann davon ausgegangen werden, dass auch über das Erzielen von ernährungspolitischer Autarkie hinaus die Fett mit den zum Leben notwendigen Ressourcen, insbesondere Rohstoffen, in diesem Punkt mitgedacht war. Drittens wird unter der auf Feder zurückgehenden Forderung nach einer „*Brechung der Zinsknechtschaft*“ nach mehreren Umdeutungen in der Frühzeit der NSDAP gemeinhin (auch von Feder selbst¹³) nicht mehr primär die Abschaffung aller Zinsen, sondern vielmehr die Stärkung der „*Währungs- und*

¹¹ N.N. „*Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.*“ München 1920. Digital verfügbar auf der Website des Montreal Holocaust Museums. Online unter: <http://histoire.museeholocauste.ca/en/timeline/nazi-path-power> [zuletzt aufgerufen am 15.07.2022].

¹² **Anmerkung:** Hitler erklärt wörtlich dazu: „*Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft.*“ (Hartmann et al. (Hrsg.): „*Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition. Band II.*“ Ebd. S. 316.)

¹³ Vgl. Feder, Gottfried: „*Gegen die Hochfinanz.*“ München 1933. S. 305.

Finanzhoheit des Staates“¹⁴ verstanden. In Bezug auf die Außenwirtschaft schließt dies notwendigerweise die Hoheit über die Devisenverteilung mit ein. Viertens bedingt die gleich zweimal erhobene Forderung des Primats von Gemein- über Eigenwohl eine situative Definition, was unter diesem Gemeinwohl verstanden werden soll, welchem der Vorrang einzuräumen ist. In wirtschaftspolitischem Kontext würde dies insbesondere die Zuteilung knapper Ressourcen nach einer staatlichen Priorisierung bedeuten. Denn allein der Staat wäre nach dieser Logik in der Lage, eine „gemeinwohlorientierte“ Zuteilung als unabhängige Instanz vorzunehmen.

Alles in allem bleiben jedoch sowohl Aussagekraft als auch Relevanz des „25-Punkte-Programms“, trotz Hitlers wiederholter öffentlicher Bekräftigung, gering. Mehr noch: Bis Ende 1930 gab es im Wesentlichen kein einheitliches NS-Wirtschaftsprogramm.¹⁵ Dieses Fehlen eines konkreten Wirtschaftsprogramms erkennt Hitler in „Mein Kampf“ sogar explizit an und begründet diesen Umstand abermals mit taktischen Erwägungen:

*„Ich hatte damals und besitze auch heute noch die unverrückbare Überzeugung, daß es gefährlich ist, einen großen politisch-weltanschaulichen Kampf zu frühzeitig mit wirtschaftlichen Dingen zu verknüpfen. [...] Denn hier wird in einem solchen Falle das wirtschaftliche Ringen sofort die Energie vom politischen Kampf abziehen.“*¹⁶

Erst im Nachgang der für die NSDAP höchst erfolgreichen Novemberwahlen 1930 begannen verschiedene nationalsozialistische Gremien mit der Entwicklung eines konkreten ökonomischen Programms.¹⁷ Diese Bemühungen resultierten im ersten ausdifferenzierten Wirtschaftsprogramm der NSDAP, dem sogenannten „Sofortprogramm“ von 1932, welches maßgeblich von Gregor Strasser beeinflusst wurde. Im Gegensatz zum „25-Punkte-Programm“ befasste sich das „Sofortprogramm“ im Abschnitt *„Allgemeine Wirtschaftsmaßnahmen“* erstmalig dezidiert mit außenwirtschaftspolitischen Fragestellungen. So werden als *„Richtlinien für die Handelspolitik“* die Forderungen erhoben, *„den Bedarf des*

¹⁴ Barkai, *„Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus.“* Ebd. S. 31.

¹⁵ Vgl. Barkai, *„Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus.“* Ebd. S. 33. & Volkmann, Hans-Erich: *„Das außenwirtschaftliche Programm der NSDAP 1930-1933.“* Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 8. Hamburg 1963. S. 253.

¹⁶ Hartmann et al. (Hrsg.): *„Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition. Band II.“* Ebd. S. 257.

¹⁷ **Anmerkung:** Einen ersten Überblick hierzu bietet Jaschke: *„Zuständig dafür sind hauptsächlich der „Wirtschaftsrat der Reichsleitung“ (Vorsitzender: Gottfried Feder), die „Agrarpolitische Abteilung“ (Walter Darré), der persönliche Wirtschaftsberater Hitlers, Wilhelm Keppler und die „Wirtschaftspolitische Abteilung“ (WPA, Vorsitzender: Otto Wagener, der auch den vom Ruhrbergbau mitfinanzierten „Wirtschaftspolitischen Pressedienst“ ab Oktober 1930 herausgibt).“* (Jaschke, Hans-Gerd: *„Soziale Basis und soziale Funktion des Nationalsozialismus.“* Studien zur Bonapartismustheorie. Opladen 1982. S. 84.)

Vgl. Volkmann, *„Das außenwirtschaftliche Programm der NSDAP 1930-1933“.* Ebd.

deutschen Volkes weitestgehend durch Eigenerzeugung zu decken, bei allem zusätzlich erforderlichen Rohstoffbezug aber befreundete europäische Staaten zu bevorzugen, insbesondere soweit sie bereit sind, für die Abnahme ihrer Rohstoffe durch Deutschland industrielle Fertigwaren aus Deutschland zu beziehen.“¹⁸ Der Autarkiegedanke, der sich bereits im Programm von 1920 zeigte, wird hier also nicht nur deutlich ausgebaut und erstmals genauer umrissen, sondern gedanklich durch ein bilaterales Handelsvertragssystem nach deutschen Bedürfnissen ergänzt.¹⁹ Daneben erkennt Barkai auch in weiteren Programmteilen Vorläufer der späteren nationalsozialistischen Außenwirtschaftspolitik: „Ähnlich [wie mit der bilateralen Außenhandelspolitik] verhält es sich in Bezug auf die Forderung einer uneingeschränkten staatlichen Devisenbewirtschaftung (S. 18) und dem Erlass eines »Kapitalfluchtgesetzes« (S. 20) oder dem Vorschlag einer selektiven Marktabwertung durch ein System von Exportprämien und Importaufschlägen (S. 21 f.).“²⁰ Der wirtschaftliche Grundgedanke des Programms bestand demzufolge in der Unterordnung des Außenhandels unter die Interessen des Staates und die Schaffung einer möglichst vollständigen Autarkie. Diese sollte jedoch keineswegs nur unter Rückgriff auf die als unzureichend empfundenen deutschen Ressourcen hergestellt werden, sondern im Verbund mit von Deutschland wirtschaftlich abhängigen Staaten. Der renommierte NS-Forscher Hans-Erich Volkmann fasst das NS-Wirtschaftsprogramm der frühen dreißiger Jahre in einer knappen Formel überzeugend zusammen: „Es hieß: Autarkie im Großwirtschaftsraum.“²¹ Der Historiker Gerhard Schulz vertritt mit einem Verweis auf den Wirtschaftspolitischen Presse-Dienst der NSDAP eine ähnliche Auffassung. Demnach zielte das NS-Außenwirtschaftsprogramm auf eine „Expansion der Schlüsselindustrien“ in „ein autarkes »geschlossenes Wirtschaftsgebiet«“ ab, „das Ost- und Südeuropa ganz umfasste.“²²

Obwohl das Sofortprogramm maßgeblich zum Erfolg der NSDAP in der Reichstagswahl im Juli 1932 beigetragen haben dürfte²³, wurde dessen Verbreitung durch Hitler ab Oktober 1932 aus Rücksicht auf einflussreiche Unternehmerkreise unterbunden und durch das „Wirtschaftliche Aufbauprogramm der NSDAP“ ersetzt. Diese stille Abkehr bezog sich jedoch weniger auf die außenwirtschaftspolitischen Forderungen, als vielmehr auf die binnenwirtschaftlichen sozialistischen Bestrebungen des Flügels um Strasser. Volkmann

¹⁸ N.N.: „Wirtschaftliches Sofortprogramm der NSDAP.“ Ausgearbeitet von der Hauptabteilung IV (Wirtschaft) der Reichsorganisationsleitung der NSDAP. München 1932. S. 20.

¹⁹ Vgl. Barkai, „Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus.“ S. 44.

²⁰ Barkai, „Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus.“ S. 44.

²¹ Volkmann, „Das außenwirtschaftliche Programm der NSDAP 1930-1933“. Ebd. S. 274.

²² Schulz, Gerhard: „Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland.“ Frankfurt a. M. 1975. S. 625.

²³ Barkai, „Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus.“ S. 44.

begründet diese Neuausrichtung im Lichte der wenig später erfolgten Entmachtung Strassers überzeugend wie folgt: „*Um die Wirtschaft für eine Kanzlerschaft Hitlers zu gewinnen, bedurfte es der Eliminierung all der Programmpunkte, die Sozialisierungs- und Verstaatlichungstendenzen innerhalb der Partei sichtbar werden ließen.*“²⁴ Schacht ging in seinem Verdikt 1932 sogar noch weiter und riet Hitler aus taktischen Gründen generell von einer allzu konkreten Positionierung in Wirtschaftsfragen ab: „*Bringen Sie möglichst kein detailliertes Wirtschaftsprogramm. Es gibt kein solches, worüber sich die 14 Millionen einigen könnten. Wirtschaftspolitik ist keine parteibildende Kraft, sondern sammelt bestenfalls Interessenten.*“²⁵ Diesen Rat scheinbar beherzigend, war das Aufbauprogramm im Vergleich zum Sofortprogramm deutlich unkonkreter. Mehr noch: Es stand diesem, so Barkai, sogar in einigen Punkten konträr gegenüber: „*Im Gegensatz zu den detailliert angekündigten Maßnahmen des Sofortprogramms ist das Aufbauprogramm zumeist eine Sammlung nur sehr allgemein formulierter Erklärungen, die sehr unterschiedlich auslegbar sind und den strittigen Problemen auszuweichen suchen. [...] Hingegen finden sich im Aufbauprogramm manche dem Sofortprogramm direkt entgegengesetzten Maßnahmen angekündigt, die sichtlich den Unternehmerinteressen entgegenkommen.*“²⁶ Die wenigen außenwirtschaftlichen Themen, die das Aufbauprogramm explizit thematisiert, decken sich jedoch mit den Forderungen des Sofortprogramms. So etwa „*eine staatliche Kontrolle des Geld- und Kreditwesens und einen Ausbau des staatlichen Verrechnungsverkehrs*“, ²⁷ also der Devisenpolitik, oder die wirtschaftliche Umgewichtung zugunsten heimischer Märkte: „*Es kann keinen gesunden Export geben, wenn der Binnenmarkt krank ist.*“²⁸ Anders als bei sozialpolitischen Themen ist somit in der Außenwirtschaftspolitik zwischen den Programmen kein Bruch zu erkennen. Vor dem Hintergrund des Verbreitungsstopps des Sofortprogramms durch Hitler, der Allgemeinheit der Beschlüsse des Aufbauprogramms und der baldigen Entmachtung Strassers als maßgeblich an beiden beteiligte Instanz, stellt sich jedoch die Frage, inwieweit den Programmen nach der Machtübernahme überhaupt eine ideologische Bedeutung zukam. Da allerdings konkrete

²⁴ Volkmann, Hans-Erich: „*Ökonomie und Expansion. Grundzüge der NS-Wirtschaftspolitik.*“ München 2003. S. 67.

²⁵ Schreiben Schachts an Hitler vom 29. August 1932 zitiert nach Michaelis, Herbert (Hrsg.): „*Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamentarischen Systems. Brüning - Papen – Schleicher. 1930 – 1933.*“ In: „*Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte.*“ Band VIII. Berlin 1963. S. 621.

²⁶ Barkai, „*Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus.*“ S. 47 – 48.

²⁷ Strasser, Gregor: „*Freiheit und Brot! Das nationalsozialistische Wiederaufbauprogramm.*“ Erschienen in: „*Der Freiheitskampf.*“ Am 24.11.1932. S. 7. Online unter: http://dfg-viewer.de/show?tx_dlf%5Bdouble%5D=0&tx_dlf%5Bid%5D=http%3A%2F%2Fwww.hait.tu-dresden.de%2F01%2Fforschung_der_freiheitskampf_mets.asp%3Fid%3D5664&tx_dlf%5Bpage%5D=7&cHash=4ab3fcc20abc986f145377d9d0cbddf [zuletzt aufgerufen am 26.07.2022].

²⁸ Strasser: „*Freiheit und Brot! Das nationalsozialistische Wiederaufbauprogramm.*“ Ebd. S. 7.

Forderungen des Sofortprogramms nach der Machtergreifung nahezu deckungsgleich umgesetzt wurden, wäre es töricht, dessen Verbreitungsstopp aus taktischen Gründen mit einer inhaltlichen Abkehr gleichzusetzen. Das Aufbauprogramm gibt aufgrund des weiten Interpretationsspielraums seiner Programmpunkte wie schon das „25-Punkte-Programm“ eher einen groben inhaltlichen Rahmen vor, aus dem sich allerdings kaum neue Erkenntnisse, zumindest in Bezug auf die Außenwirtschaft, gewinnen lassen. Barkai kommt nach eingehender Auseinandersetzung mit der Entwicklungsgeschichte der beiden Programme zu einem ähnlichen Schluss. Denn es *„drängt sich bei eingehenderem Studium unvermeidlich der Eindruck auf, dass das Sofortprogramm im deutlichen Gegensatz zum »Aufbauprogramm« das Ergebnis langwieriger wirtschaftspolitischer Vorarbeiten und Beratungen war, deren Bedeutung über den aktuell propagandistischen Augenblicksbedarf hinausging.“*²⁹ Darüber hinaus betont Barkai zurecht die bemerkenswerten Übereinstimmungen des Sofortprogramms mit konkreten Maßnahmen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik nach der Machtübernahme: *„Seine detailliert ausgeführten Vorschläge und Forderungen lassen sich zu den späteren wirtschaftspolitischen Maßnahmen weit eher in Beziehung bringen als die bewusst platten und doppeldeutigen Allgemeinheiten des Aufbauprogramms.“*³⁰ Beide lösten jedoch zu keinem Zeitpunkt das „25-Punkte-Programm“ von 1920 als offizielles Parteiprogramm der NSDAP ab und dienten eher als Ergänzung hierzu. Die ohnehin vergleichsweise geringe Bedeutung der NS-Wahlprogramme sank nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler signifikant. Die letzte Reichstagswahl mit mehr als einer zugelassenen Partei im März 1933 fand bereits im Schatten des „Ermächtigungsgesetzes“ statt, sodass eine Neuauflage des Parteiprogramms für den Moment überflüssig erschien.

Insgesamt bedeutet das für die Ausbildung einer NS-Außenwirtschaftsideologie das Folgende: Das „25-Punkte-Programm“ blieb trotz seiner umstrittenen Urheberschaft und mangelnden inhaltlichen Genauigkeit über das Bestehen der NSDAP hinweg das offizielle Parteiprogramm, gab aber kaum konkrete außenwirtschaftspolitische Leitlinien vor. Das Sofortprogramm füllte diese Lücke mit genau formulierten wirtschaftspolitischen Forderungen, die trotz des Verbreitungsstopps das Ergebnis ausführlicher Ausarbeitungen waren. Das Aufbauprogramm ist wegen seines allgemeinen Charakters und mangelnden Bruchs in außenwirtschaftlichen Fragen mit dem Sofortprogramm in den nachfolgenden Betrachtungen zu vernachlässigen. Die zentralen außenwirtschaftspolitischen Leitlinien, welche sich in den Programmen erkennen

²⁹ Barkai, *„Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus.“* Ebd. S. 48.

³⁰ Barkai, *„Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus.“* Ebd. S. 48.

lassen, waren im Wesentlichen das Streben nach einer versorgungspolitischen Autarkie, die Revision des Versailler Vertrages, einer umfassenden finanz- und devisenpolitischen Staatshoheit, eine staatliche Verteilungspolitik knapper Ressourcen und einer Neuausrichtung der Handelspolitik anhand strategischer deutscher Interessen.

3.2. Hitlers außenwirtschaftspolitische Ideologie

Die offiziellen Programme der NSDAP fallen jedoch insgesamt in ihrer praktischen Bedeutung hinter die Erklärungen der nationalsozialistischen Führungsspitze zurück. So urteilt der britische Wirtschaftshistoriker Harold James überzeugend, dass nach dem Amtsantritt Hitlers 1933 *„immer noch große Unsicherheit über die zukünftige Politik des NS-Staates und insbesondere über seine Wirtschaftspolitik“* herrschte, denn die *„nationalsozialistischen Verlautbarungen waren zahlreich und widersprüchlich gewesen“* und *„trugen zum Verständnis der Zielsetzungen Hitlers wenig bei.“*³¹ Umso mehr bedarf es daher einer weiterführenden Erklärung durch Hitler selbst, dessen weitgehend konkurrenzlose Führerstellung spätestens ab Mitte 1934 wie eingangs erwähnt zur Folge hatte, dass wegweisende politische Entscheidungen nur mit seiner Zustimmung umzusetzen waren. Die praktische Umsetzung sowie in Teilen die ideologische Ausdifferenzierung von dessen Wirtschaftspolitik durch die zuständigen Stellen lässt jedoch freilich einen gewissen Gestaltungsspielraum erkennen. Gleichwohl bleibt die ideologische Richtungsweisungskompetenz Hitlers auch und gerade in Fragen der Wirtschaftspolitik hiervon unbenommen. Umso mehr mag es überraschen, dass Hitler selbst in seinen wirtschaftstheoretischen Ausführungen erstaunlich unkonkret blieb. So führte er im Jahr 1937 exemplarisch in einer in Berchtesgaden vor Bauarbeitern gehaltenen Rede aus, dass es im Duktus des Nationalsozialismus gar keine Wirtschaftstheorie im Sinne des Wortes gebe:

„Ich möchte das Wort Theorie überhaupt vermeiden, ja ich möchte geradezu sagen, das, was ich Ihnen heute hier vortrage, das soll überhaupt keine Theorie sein. Denn wenn ich schon in wirtschaftlichen Dingen ein Dogma anerkenne, dann ist es nur das einzige Dogma, daß es auf dem Gebiet kein Dogma gibt, daß es hier überhaupt keine Theorie gibt, sondern daß es hier nur Erkenntnisse gibt. Und ich möchte daher heute nur von nationalsozialistischen Wirtschaftserkenntnissen reden, d. h. von Erkenntnissen, die uns vor vielen Jahren und im Laufe der Jahre gekommen sind, und die uns lehrten, gewisse Vorgänge im wirtschaftlichen Leben, sagen wir, anders zu beurteilen und anzusehen, wie das sonst der Fall ist. Es ist also das, was ich Ihnen hier heute vortrage, keine Wirtschaftstheorie, sondern es ist eine Summe von Erkenntnissen, von Erfahrungen, von ganz nüchternen

³¹ James, Harold: *„Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924 – 1936.“* Stuttgart 1988. S. 331.

*Grundsätzen, die ganz einfach sind.*³²

Mit dem Verweis auf Hitlers geringen formalen Bildungsstand, seine mangelnde praktische Wirtschaftsexpertise und sein Vermeiden einer klaren Definition volkswirtschaftlicher Annahmen, neigen bis heute einige renommierte Historiker zu der Annahme, Hitler sei in wirtschaftlichen Dingen ein völliger Dilettant gewesen. So entfachte der US-amerikanische Zeithistoriker Henry A. Turner mit seinen diesbezüglich 1976 getätigten Aussagen eine historiographische Kontroverse, die bis heute zu keinem einheitlichen Abschluss gelangt ist. Denn in Bezug auf Hitler könne „*nicht von wirtschaftspolitischem Denken im üblichen Sinn des Wortes gesprochen werden*“, zumal dieser „*sich nie auch nur wirtschaftswissenschaftliche Grundkenntnisse angeeignet*“ habe.³³ Der deutsche Historiker Peter Krüger hält dem zurecht entgegen, dass unabhängig von der Frage, ob und in welchem Umfang Hitler wirtschaftswissenschaftliche Literatur gelesen habe, dieser dennoch über ein gewisses wirtschaftliches Grundverständnis verfügt habe, wie sich in mehreren seiner Reden und Schriften zeige.³⁴ Freilich gesteht auch Krüger ein, dass diese unterschiedlichen Standpunkte notwendigerweise mit der wahlweise engeren oder weiteren Definition dieser „Grundkenntnisse“ verbunden sind, denn „[...] *viel hängt davon ab, wie weit man den Begriff Wirtschaftswissenschaften fasst.*“³⁵ Unabhängig davon verweist Krüger jedoch zurecht auf Akten aus Hitlers Frühzeit in München, welche nahelegen, dass dieser zumindest ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Bildung genossen haben dürfte.³⁶ Viel entscheidender als die Frage, inwieweit Hitlers ökonomisches Weltbild durch die Lektüre wirtschaftswissenschaftlicher Literatur geprägt wurde, ist für diese Arbeit jedoch Art und Umfang ebenjenes Bildes. Im Zentrum von Hitlers wirtschaftlichem Weltbild stand die sozialdarwinistische Annahme, dass sich die Völker der Welt in einem permanenten Wettstreit um Ressourcen und Macht

³² Hitlers Rede vor Bauarbeitern in Berchtesgaden über nationalsozialistische Wirtschaftspolitik vom 20. Mai 1937 wiedergegeben durch Kotze, Hildegard von/Krausnick, Helmut/Krummacher, F. A (Hrsg.): „*Es spricht der Führer. Sieben exemplarische Hitler-Reden.*“ Gütersloh 1966. S. 185-186.

Anmerkung: Wegen ihres von den herausgebenden Historikern zurecht als „exemplarisch“ geschilderten Charakters und der deutlichen Kontinuität der darin ausgeführten Gedanken zu früheren Reden und Schriften Hitlers, werden im Folgenden einige Auszüge dieser Rede auch zur Erklärung von Positionen, Zielsetzungen und Handlungen Hitlers verwendet, welche zeitlich vor 1937 zu verorten sind.

³³ Turner, Henry A.: „*Hitlers Einstellung zu Wirtschaft und Gesellschaft vor 1933.*“ In: „*Außenwirtschaft und Außenpolitik im 'Dritten Reich'*.“ Geschichte und Gesellschaft 2 H. 1. Göttingen 1976. S. 89.

³⁴ Vgl. Krüger, Peter: „*Zu Hitlers ,nationalsozialistischen Wirtschaftserkenntnissen.*“ Geschichte und Gesellschaft 6. Jahrgang, H. 2. Göttingen 1980. S. 265.

³⁵ Krüger, 1980, ebd.

³⁶ **Anmerkung:** Krüger zitiert an dieser Stelle den für Stresemann bestimmten Bericht „*Zur Lage in Bayern*“ vom 25.10.1923 (PA, Nachlaß Stresemann, Allg. Akten, Bd. 3, 7163/H 154 437-53), in dem ausgeführt wird: „*Hitler ist aus dem Büro der nationalen Verbände hervorgegangen, jüngere Offiziere haben dort sein demagogisches Talent erkannt und ihn durch politische und nationalökonomische Literatur herangebildet.*“ Vgl. Krüger, 1980, ebd.

miteinander befänden. Das Überleben des eigenen Volkes und dessen Fortentwicklung zu sichern, sei dabei folglich erster und einziger Zweck eines Staates, dem sich die Wirtschaft unterzuordnen habe:

„Der Staat hat aber mit einer bestimmten Wirtschaftsauffassung oder Wirtschaftsentwicklung gar nichts zu tun. Er ist nicht eine Zusammenfassung wirtschaftlicher Kontrahenten in einem bestimmt umgrenzten Lebensraum zur Erfüllung wirtschaftlicher Aufgaben, sondern die Organisation einer Gemeinschaft physisch und seelisch gleicher Lebewesen zur besseren Ermöglichung der Forterhaltung ihrer Art sowie der Erreichung des dieser von der Vorsehung vorgezeichneten Zieles ihres Daseins. Dies und nichts anderes ist der Zweck und Sinn eines Staates. Die Wirtschaft ist dabei nur eines der vielen Hilfsmittel, die zur Erreichung dieses Zieles eben erforderlich sind. Sie ist aber niemals Ursache oder Zweck eines Staates, sofern eben dieser nicht von vornherein auf falscher, weil unnatürlicher Grundlage beruht.“³⁷

Dieses Primat des Staates über Wirtschaftsinteressen hat Hitler auch nach der Machtergreifung immer wieder bekräftigt.³⁸ Der Wirtschaft komme vielmehr die Aufgabe zu, die Menschen in „Arbeit und Brot“³⁹ zu bringen. Unter diesem Schlagwort versteht Hitler im weiteren Sinne die Bereitstellung aller lebensnotwendigen Ressourcen, um die menschlichen Grundbedürfnisse nach Nahrung, Kleidung und Wohnung aus den Einkünften ehrlicher Arbeit befriedigen zu können.⁴⁰ Das Grundproblem Deutschlands sieht Hitler jedoch darin, dass dessen natürliche Ressourcen im gegenwärtigen Reichsgebiet nicht ausreichen, um diese Versorgung aus eigener Kraft zu sichern. Diese im nationalsozialistischen Sprachgebrauch als „Volk ohne Raum“⁴¹ bezeichnete Problematik, also Überbevölkerung bei gleichzeitiger Ressourcenknappheit, sollte langfristig durch die Gewinnung von „Lebensraum im Osten“ gelöst werden.⁴² Dieser „Lebensraum“ sollte dem deutschen Volke nicht nur seine Erhaltung, sondern zugleich eine fruchtbare Vermehrung erlauben, ohne, dass hierfür neue Auswanderungswellen oder die Erschließung überseeischer Kolonien erforderlich wären. Die Eroberung dieses Raums stellte folglich Hitlers wichtigstes außenpolitisches Ziel dar: „Demgegenüber müssen wir Nationalsozialisten unverrückbar an unserem außenpolitischen Ziele festhalten, nämlich dem

³⁷ Hartmann et al. (Hrsg.): „Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition. Band I.“ Ebd. S. 157-158.

³⁸ Vgl. Kotze/Krausnick/Krummacker (Hrsg.): „Es spricht der Führer.“ Ebd. S. 187.

³⁹ Vgl. Hartmann et al. (Hrsg.): „Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition. Band I.“ Ebd. S. 144.

⁴⁰ Kotze/Krausnick/Krummacker (Hrsg.): „Es spricht der Führer.“ Ebd. S. 188 – 189.

⁴¹ **Anmerkung:** Diese Wortschöpfung geht indes nicht auf die Nationalsozialisten um Hitler, sondern auf den gleichnamigen Roman „Volk ohne Raum“ von Hans Grimm aus dem Jahr 1926 zurück. Der Begriff wurde aufgrund seiner allgemeinen Bekanntheit als „geflügeltes Wort“ erst später durch die NSDAP adaptiert. Vgl. Grimm, Hans: „Volk ohne Raum.“ München 1926.

⁴² Vgl. Hartmann et al. (Hrsg.): „Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition. Band II.“ Ebd. S. 316.

*deutschen Volk den ihm gebührenden Grund und Boden auf dieser Erde zu sichern.*⁴³ Dabei war ihm jedoch nur allzu bewusst, dass eine Gebietsausdehnung im angestrebten Umfang nur mittels Waffengewalt entgegen des Widerstands anderer Nationen zu erreichen wäre: *„Dazu allerdings braucht ein Volk Waffen. Denn Bodenerwerb ist immer mit Machteinsatz verbunden.“*⁴⁴ Ein Krieg war somit nach Ansicht Hitlers unvermeidlich. Mit Blick auf die Mangelversorgung der deutschen Bevölkerung während des Ersten Weltkrieges war es dabei erforderlich, schon vor Kriegsausbruch einen möglichst hohen Grad an Autarkie zu erreichen. Andernfalls würden Rohstoff- und Versorgungsengpässe im absehbaren Fall einer erneuten Blockade gegenüber Deutschland sowohl die militärischen Kapazitäten der Wehrmacht empfindlich einschränken als auch die Moral der heimischen Zivilbevölkerung untergraben. Beides war aus Hitlers Sicht inakzeptabel, zumal ein erneuter vermeintlicher „Dolchstoß“⁴⁵ revolutionärer Kräfte in den Rücken der siegreichen deutschen Streitkräfte unbedingt vermieden werden sollte. Erschwerend kommt der erhöhte Ressourcenbedarf Deutschlands in der Phase der Aufrüstung hinzu, welche jedoch in Vorbereitung auf den von Hitler antizipierten Krieg unbedingt vorangetrieben werden musste.

Wirtschaftlich ergeben sich daraus zwei wesentliche Implikationen: Einerseits die Maximierung heimischer Produktionskapazitäten, notfalls auch bei mangelnder marktwirtschaftlicher Rentabilität,⁴⁶ solange dadurch die Abhängigkeit von der ausländischen Rohstoffproduktion reduziert werden konnte. Andererseits reichten die deutschen Ressourcen für eine vollständige Autarkie nicht aus, sodass benachbarte Staaten in einen Wirtschaftsraum unter deutscher Kontrolle einbezogen werden sollten. Die Auslandsabhängigkeit sollte somit nicht nur reduziert, sondern zugunsten von im Kriegsfall kontrollierbaren Staaten zugleich verschoben werden. Denn, so der überzeugende Schluss Krügers, *„[...] man brauchte zur Unabhängigkeit - das wusste Hitler genau - einen annähernd autarken wirtschaftlichen Großraum mit wichtigen Rohstoffen, Industrieanlagen und Verkehrssystemen. Immerhin, für diesen Lösungsweg entschied sich Hitler.“*⁴⁷ Die Kritikalität dieser Unabhängigkeit zur

⁴³ Hartmann et al. (Hrsg.): *„Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition. Band II.“* Ebd. S 313.

⁴⁴ Weinberg, Gerhard L. (Hrsg.): *„Hitlers Zweites Buch.“* Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Band 7. Ein Dokument aus dem Jahr 1928, mit einem Geleitwort von Hans Rothfels. Stuttgart 1961. S. 62.

⁴⁵ Vgl. Paul, Gerhard: *„Der Dolchstoß. Ein Schlüsselbild nationalsozialistischer Erinnerungspolitik.“* In: Paul, Gerhard (Hrsg.): *„Das Jahrhundert der Bilder: Band 1. 1900 bis 1949.“* Göttingen 2009. 300–307.

⁴⁶ **Anmerkung:** Ein gutes Beispiel hierfür waren die 1937 im Zuge des Vierjahresplans gegründeten Reichswerke Hermann Göring. Von Anfang an war absehbar, dass deren Eisen- und Stahlproduktion zu Weltmarktpreisen nicht konkurrenzfähig sein würde. Dennoch wurde zur Steigerung des Eigenversorgungsgrades am Bau der Werke festgehalten. Vgl. Meyer, August: *„Das Syndikat. Reichswerke ‚Hermann Göring‘“.* Braunschweig 1986.

⁴⁷ Krüger: *„Zu Hitlers ‚nationalsozialistischen Wirtschaftserkenntnissen‘.“* Ebd. S. 269.

Gewährleistung einer politischen und militärischen Handlungsfähigkeit hat Hitler bereits in „Mein Kampf“ immer wieder betont. So sei der „mächtigste Flankenschutz“ noch immer „die volle Sicherung unserer Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen [...]“.⁴⁸ Wie sehr sich dieses Autarkiebestreben bereits kurz nach der Machtübernahme Hitlers in offiziellen außenwirtschaftlichen Zielsetzungen niederschlug, zeigt eine Denkschrift des Staatssekretärs im Reichsaußenministerium Bernhard von Bülow zu den zukünftigen Aufgaben der deutschen Außenpolitik aus dem März 1933:

„Die sonstigen allgemeinen außenpolitischen Ziele Deutschlands ergeben sich aus der Umwälzung der politischen und wirtschaftlichen Gestaltung insbesondere Europas, aus unserer geographischen Lage, unseren wirtschaftlichen Grundlagen (Überbevölkerung, schmale Rohstoffbasis), aus der Notwendigkeit für die Industrie aller Länder, neue Gebiete zu erschließen, die Industrialisierung von Agrarländern zu bekämpfen u.a.m.“⁴⁹

Über die Rohstoffversorgung Deutschlands hinaus sollte mittels einer zielgerichteten Außenhandelspolitik verhindert werden, dass sich dessen agrarisch geprägte Handelspartner mittels einer fortschreitenden Industrialisierung zu ernsthaften Konkurrenten aufschwingen. Neben der Frage, woher Deutschland seine Handelsware beziehen und in welchem Maße diese eingeführt werden sollte, hatte Hitler außerdem konkrete Vorstellungen, welche Art von Waren überhaupt zu importieren waren. Um den Zusammenbruch des Außenhandels während der letzten Jahre der Weimarer Republik zu überwinden und zu einer angemessenen Handelsbilanz zurückzukehren, sollten dementsprechend nach Möglichkeit weniger Luxuswaren eingeführt werden, sondern verstärkt Rohstoffe zur Sicherung der deutschen Grundbedürfnisse, welche das Reich nicht oder nicht in ausreichendem Maße besaß. Hitler bemerkt dazu:

„Ich kann auf einigen Gebieten die Produktion unbegrenzt steigern; auf einem Gebiet aber nur ganz wenig noch. Folglich muss ich sehen, dass ich die Devisen, d. h. das, was ich für die deutschen Produkte, die ich ins Ausland liefere, wieder als Gegenwert bekomme, dass ich das verwende zum Ankauf der Dinge, die ich in Deutschland nicht steigern kann; das sind vor allem Lebensmittel. Und ich muss daher alle Dinge, die ich in Deutschland irgendwie erzeugen kann, die muss ich hier erzeugen.“⁵⁰

Importe sollten also hauptsächlich komplementär zur deutschen Wirtschaft ausgerichtet werden und sich nach dem Grad volkswirtschaftlicher Notwendigkeit richten. Darüberhinausgehende

⁴⁸ Hartmann et al. (Hrsg.): „Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition. Band II.“ Ebd. S 329.

⁴⁹ Wollstein, Günter: „Eine Denkschrift.“ In: Forstmeier, Friedrich/Messerschmidt, Manfred (Hrsg.): „Militär-geschichtliche Mitteilungen 13.“ Karlsruhe 1973. S. 87.

⁵⁰ Kotze/Krausnick/Krummacher (Hrsg.): „Es spricht der Führer.“ Ebd. S. 209.

Importe, die lediglich dem erweiterten Konsum dienten, machte Hitler von einer erhöhten Produktivität der deutschen Bevölkerung abhängig. Denn, so Hitler: *„Der Konsum eines Volkes steht immer in einem gebundenen Verhältnis zur Produktion.“*⁵¹ Mit dem absehbar steigenden Ressourcenbedarf des Reiches galt es jedoch zunächst nicht, den Wunsch höherer Lebensstandards der breiten Masse zu erfüllen, sondern die verfügbaren Deviseneinnahmen so weit zu steigern, dass diese zur Finanzierung der dringend benötigten Rohstoffe aus dem Ausland ausreichten. Kurzum: Die deutschen Exporte mussten bis zum Erlangen einer wie auch immer gearteten Autarkie ausgeweitet werden. Einen dauerhaften Ressourcenbezug aus dem Ausland mittels einer Finanzierung durch den Export deutscher Industriewaren zur Lösung der deutschen Rohstoffknappheit schloss Hitler allerdings aus mehreren Gründen aus.⁵² Freilich sollte dies vorerst nur für den Bezug aus Staaten außerhalb des deutschen Einflussbereichs gelten, da eine völlige Autarkie in den relevanten Bereichen nicht umsetzbar schien. Diese Grenzen des Machbaren, auch bei einer optimalen Entwicklung, waren Hitler deutlich bewusst. So könne es selbst bei *„straffer nationalsozialistischer Staatsführung“* auf *„dem Gebiet der Rohstoffe nur bedingte, aber nicht totale Autarkie“* geben. Weiter: *„Auf dem Gebiet der Lebensmittel sei die Frage der Autarkie mit einem glatten „nein“ zu beantworten.“*⁵³ Da die Autarkie Deutschlands somit nur unter Einbezug weiterer Handelspartner in eine deutsche Wirtschaftszone möglich schien, war es zwingend erforderlich, diesen Handel auch im Kriegsfall aufrechterhalten zu können. Aufgrund der übermächtigen britischen Marine schien dies mit überseeischen Handelspartnern nicht möglich, sodass eine solche Wirtschaftszone nur in Europa, in direkter Nachbarschaft des Reichs, denkbar wäre. Diese Gedankengänge Hitlers

⁵¹ Kotze/Krausnick/Krummacher (Hrsg.): *„Es spricht der Führer.“* Ebd. S. 196.

⁵² **Anmerkung:** Zwar sei eine solche Exportwirtschaft prinzipiell möglich, brächte aber das Problem eines erneuten Kampfes um Absatzmärkte mit sich, welche wiederum in Form von Einflusszonen letztlich militärisch gesichert werden müssten. Einen guten Überblick über diese Gedankengänge bietet sich in Hitlers postum veröffentlichter Fortsetzung von „Mein Kampf“: *„Der Sinn einer solchen [Industrie-] Wirtschaft liegt darin, dass ein Volk an gewissen Gütern des Lebens mehr produziert, als es für den eigenen Bedarf nötig hat, diesen Überschuss außerhalb der eigenen Volksgemeinschaft verkauft und vom Erlös sich diejenigen Lebensmittel und auch Rohstoffe anschafft, an denen es Mangel besitzt. [...] Damit aber steht dann die Frage der Verkaufsmöglichkeit, also des Absatzes in überragender Bedeutung vor uns. Der Absatzmarkt der heutigen Welt ist kein unbegrenzter. [...] Damit beginnt von selbst ein Kampf um den begrenzten Absatzmarkt, der ums so härter werden wird, je zahlreicher die industriell tätigen Nationen werden und je mehr umgekehrt sich die Absatzmärkte verengen. [...] Wenn nun auch die ersten Waffen dieses Kampfes in der Preisgestaltung und in der Güte der Waren liegen, mit denen man sich gegenseitig niederzukonkurrieren versucht, so liegt aber die letzte Waffe endlich auch hier beim Schwert.“* Weinberg (Hrsg.): *„Hitlers Zweites Buch.“* Ebd. S. 59 – 61.

⁵³ Hossbach, Friedrich: *„Niederschrift über die Besprechung in der Reichskanzlei am 5. November 1937.“* In: Archiv des Auswärtigen Amtes: *„Akten zur Auswärtigen Deutschen Politik 1918 – 1945. Serie D (1937 – 1945). Von Neurath zu Ribbentrop. Band. I.“* Baden-Baden 1950. S. 25.

Anmerkung: Dass diese Überzeugung Hitlers nicht erst das Resultat seiner Regierungserfahrung war, sondern bereits in der Frühphase des Nationalsozialismus vorherrschte, zeigt darüber hinaus seine Regierungserklärung vom 23. März 1933, wonach *„die geographische Lage des rohstoffarmen Deutschland[s] eine Autarkie für unser Reich nicht völlig zulässt“*. Klöss, Erhard (Hrsg.): *„Reden des Führers. Politik und Propaganda Adolf Hitlers 1922 – 1945.“* München 1967. S. 101 – 102.

werden in der Wiedergabe seiner Ausführungen durch die Hossbach-Niederschrift besonders deutlich:

„Da unser Außenhandel über die durch England beherrschten Seegebiete führe, sei es mehr eine Frage der Sicherheit des Transportes als eine solche der Devisen, woraus die große Schwäche unserer Ernährungssituation im Kriege erhelle. Die einzige, uns vielleicht traumhaft erscheinende Abhilfe läge in der Gewinnung eines größeren Lebensraumes [...]. Wenn die Sicherheit unserer Ernährungslage im Vordergrund stände, so könne der hierfür notwendige Raum nur in Europa gesucht werden [...]. Auch die Rohstoffgebiete seien zweckmäßiger im unmittelbaren Anschluss an das Reich in Europa und nicht in Übersee zu suchen [...].“⁵⁴

Abermals zeigt sich hier das doppelte Autarkiestreben Hitlers. Einerseits eine Autarkie, welche bereits vor dem absehbaren Krieg durch die Einbindung weiterer Gebiete „im unmittelbaren Anschluss an das Reich“ in eine deutsche Wirtschaftszone als Nahrungs- und Rohstofflieferanten geschaffen werden sollte. Andererseits ein völlig autarkes deutsches Großreich, welches durch die Eroberung und Besiedlung von „Lebensraum im Osten“ und die Erschließung der dadurch erweiterten eigenen Rohstoffbasis als Kriegsergebnis geschaffen werden sollte.

Insgesamt hat Hitler somit eine zwar eigenwillige, aber durchaus kongruente außenwirtschaftspolitische Ideologie entworfen, die im Grundgedanken seit der Veröffentlichung von „Mein Kampf“ gleichgeblieben ist. Nach dieser galt es zunächst den Grad der Auslandsabhängigkeit von Nahrungs- und Rohstoffimporten maximal durch den Aufbau eigener Kapazitäten zu reduzieren. Eine vollständige deutsche Autarkie schien allerdings erst mit der gewaltsamen Eroberung neuen „Lebensraums im Osten“ möglich. Um sich für den dafür notwendigen Krieg zu rüsten, mussten die verbliebenen Auslandsabhängigkeiten möglichst auf Staaten im Einflussbereich Deutschlands in Europa verschoben werden. Importiert werden sollte dabei nur, was das Reich nicht aus eigenen Möglichkeiten produzieren konnte. Zeitgleich sollte die deutsche Aufrüstung in Vorbereitung auf den erwarteten Eroberungskrieg radikal vorangetrieben werden. Bei einer anhaltenden Devisenknappheit machte dies eine intensiviertere staatliche Devisenbewirtschaftung im Sinne volkswirtschaftlicher Interessen, in diesem Fall Grundversorgung und Rüstung, erforderlich. Neben der dadurch notwendigen Importkontrolle sollte zur Überwindung dieser Devisenknappheit der deutsche Export gefördert werden. Diese Zielsetzungen finden sich

⁵⁴ Hossbach: „Niederschrift über die Besprechung in der Reichskanzlei am 5. November 1937.“ Ebd. S. 27.

bereits seit den frühen Jahren seiner politischen Karriere bei Hitler wieder. Auch Barkai konstatiert überzeugend, dass „*sich Hitlers Einstellung zu Wirtschaft und Gesellschaft vor 1933 als ein ziemlich konsequent in sich geschlossenes Konzept eines kapitalistischen, jedoch gleichzeitig extrem antiliberalistischen Wirtschaftssystems*“ enthüllte.⁵⁵ Da ein Krieg zur Gewinnung des perspektivisch überlebensnotwendigen „Lebensraums im Osten“ nur bei einer weitgehenden Autarkie zu führen war, diese aber einstweilen nur im Verbund mit anderen Staaten in einer deutschen Wirtschaftszone denkbar war, kommt der Außenwirtschaftspolitik in Hitlers wirtschaftlichem Weltbild eine Schlüsselfunktion zu. In diesem Sinne erscheint die exemplarisch von Krüger vertretene These, wonach die Bedeutung der Außenwirtschaft für Hitlers wirtschaftliche Vorstellungen noch offen sei, aktualisierungsbedürftig.⁵⁶ Eine ausdifferenzierte Wirtschaftstheorie oder gar ein konkretes Wirtschaftsprogramm stellt Hitlers wirtschaftliche Ideologie indes nicht dar.⁵⁷ Um zu einer fundierten Einschätzung zu gelangen, inwieweit Schachts „Neuer Plan“ tatsächlich als Ausdruck einer nationalsozialistischen Außenwirtschaftspolitik gesehen werden kann, wird es daher kaum ausreichen, lediglich die mehr oder minder konkreten Forderungen der stark von Strasser geprägten Wirtschaftsprogramme von 1932 mit dessen konkreten Maßnahmen abzugleichen. Vielmehr gilt es hierfür zusätzlich zu analysieren, inwiefern der „Neue Plan“ der Verwirklichung von Hitlers ideologischen Zielen diene und mit dessen Überzeugungen kompatibel war.

4. Die deutsche Wirtschaftsentwicklung bis zum Sommer 1934

Um jedoch auf die Funktionsweise, Zielsetzungen und Effektivität des „Neuen Plans“ eingehen zu können, ist es zunächst erforderlich, den Status quo der deutschen Wirtschaft nach Hitlers Machtübernahme und deren vielfältige Herausforderungen zu skizzieren, welche Schacht mit seinem Plan anzugehen gedachte.

4.1. Arbeitslosigkeit und Deflationspolitik

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 befand sich Deutschland noch immer in einer schweren Wirtschaftskrise, deren Tiefpunkt gleichwohl bereits ab Mitte 1932 überschritten schien. Sowohl mit Blick auf die Arbeitslosenzahlen, als auch auf die Industrieproduktion urteilt der bekannte Zeithistoriker Karl Dietrich Bracher dazu: „*Im ersten Halbjahr 1932 kam die Abwärtsbewegung endlich zum Stillstand, ohne dass von dem*

⁵⁵ Barkai, Avraham: „*Sozialdarwinismus und Antiliberalismus in Hitlers Wirtschaftskonzept.*“ in: *Geschichte und Gesellschaft* 3. H. 3. Göttingen 1977. S. 415

⁵⁶ Krüger: „*Zu Hitlers ,nationalsozialistischen Wirtschaftserkenntnissen‘.*“ Ebd. S. 264.

⁵⁷ Vgl. Prollius: „*Das Wirtschaftssystem der Nationalsozialisten 1933 – 1939.*“ Ebd. S. 87.

verlorenen Gebiet jedoch schon etwas zurückgewonnen werden konnte.“⁵⁸ Gleichwohl befanden sich die Arbeitslosenzahlen im Januar 1933 mit knapp über sechs Millionen noch immer nahe an ihrem Höchststand vom Februar 1932.⁵⁹ Die damit einhergehende Massenverelendung in Kombination mit Hitlers Versprechen, diese nach einer Machtübernahme zu beseitigen und das deutsche Volk wieder in „Arbeit und Brot“ zu bringen, stellten zugleich den wohl wichtigsten Grund für den politischen Aufstieg der NSDAP seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise dar.⁶⁰ Einen erheblichen Anteil an der vorherigen Verschärfung der deutschen Krise hatte zudem die deflationäre Austeritätspolitik Reichskanzler Brüning in den Jahren 1930 bis 1932, die darauf abzielte, durch einen einerseits radikalen Sparkurs der öffentlichen Haushalte die Staatsfinanzen zu sanieren und andererseits durch sinkende Löhne die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporte zu erhöhen.⁶¹ Ersteres verschärfte die Wirtschaftskrise durch das Wegbrechen staatlicher Investitionen noch weiter und führte indirekt zu einer Spirale aus wechselseitig sinkenden Staatsausgaben und Steuereinnahmen. Letzteres scheiterte sowohl an der fortlaufenden Weltwirtschaftskrise, die den internationalen Handel stark beeinträchtigte, als auch den zunehmend protektionistischen Bestrebungen der jeweiligen Länder, die zu einer Bevorzugung heimischer Produkte gegenüber importierten Waren führen sollten. Hinzu kam 1931 unerwartet die künstliche Abwertung des britischen Pfunds verbunden mit der Aufhebung des Goldstandards, was die Waren des Britischen

⁵⁸ Bracher, Karl Dietrich: *„Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie.“* Villingen 1960. S. 225.

⁵⁹ Vgl. Statistisches Reichsamt (Hrsg.): *„Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Band 1935.“* Abschnitt: *„Höchststand und Tiefstand der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken und im Deutschen Reich in den Jahren 1931 bis 1935.“* Berlin 1936. S. 318.

⁶⁰ **Anmerkung:** Wie sehr die NSDAP von den sozialen Verwerfungen der Weltwirtschaftskrise profitierte, wird bereits 1930 in einem Dossier des Reichswehrministeriums deutlich, welches zu folgender Einschätzung kommt: *„Die wirtschaftliche Notlage (Arbeitslosigkeit, Krise in der Landwirtschaft), der außenpolitische Zwang (Young-Plan und Polenvertrag) und der innerpolitische Hader haben der NSDAP in den letzten Monaten erheblichen Zuwachs gebracht. [...] Wachsende Radikalisierung der nationalsozialistischen Bewegung ist das Ergebnis.“* Reichswehrministerium: *„Erlass des Reichswehrministers zur Beurteilung der nationalsozialistischen Bewegung“* vom 14. April 1930. Aktenzeichen: BA R 134/90. Gedrucktes Exemplar. Verteiler 2008 – Nr. 928. 30. W la. 2. Ang. In: Bracher, Karl Dietrich/Matthias, Erich/Morsey, Rudolf (Hrsg.): *„Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Dritte Reihe, Band III: Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning.“* Düsseldorf 1977. S. 8.

⁶¹ **Anmerkung:** In der Nachkriegsforschung wurde lange Zeit weitgehend unkritisch die These vertreten, dass eine antizyklische Wirtschaftspolitik im Sinne des Keynesianismus eine drastische Verschärfung der Wirtschaftskrise und damit ggf. den Aufstieg Hitlers hätte verhindern können. Der Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt stellte diesen Konsens ab den siebziger Jahren jedoch mit seiner „Borchardt-Kontroverse“ infrage, wonach der Brüning-Regierung schlicht die wirtschaftlichen Möglichkeiten zu einer solchen Politik fehlten. (Vgl. Borchardt, Knut: *„Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes.“*, in: Ders.: *„Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.“* Göttingen 1982.) Die Kontroverse ist bis heute zu keinem einheitlichen Abschluss gekommen. Einen ausgewogenen Überblick über die verschiedenen Standpunkte und deren Argumente findet sich in: Winkler, Ernst August (Hrsg.): *„Die Deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen.“* München 1992. S. 109 -154.

Empires auf den Weltmärkten deutlich konkurrenzfähiger machte.⁶² Die dadurch entstandene Erschütterung der internationalen Finanzmärkte wurde mit einiger Verzögerung durch die Abwertung des US-Dollars wiederum gepaart mit der Aufgabe des Goldstandards im März 1933 noch verstärkt.⁶³ Zusammengefasst: Im Zuge der Weltwirtschaftskrise und der kompetitiven nationalen Währungspolitik der globalen Wirtschaftsmächte war die Welt in eine „*internationale Finanzanarchie*“⁶⁴ abgeglitten, die sich wenige Wochen nach Hitlers Amtsantritt noch verschärfte.

4.2. Devisenkrise und Außenhandel

Während dieser „*Finanzanarchie*“ seit 1931 war es weder Brüning noch den ihm nachfolgenden Präsidialkabinetten unter Papen und Schleicher oder dem NS-Regime in seinem ersten Herrschaftsjahr gelungen, den verfallenden deutschen Außenhandel merklich zu stabilisieren. Im Zuge dessen kollabierten nicht nur die deutschen Exporte mit allen damit verbundenen negativen Konsequenzen für Deutschland als Wirtschaftsstandort, sondern zugleich der deutsche Warenimport. Dies schwächte nicht nur die Bedeutung Deutschlands als Absatzmarkt für ausländische Exporteure und damit als Handelspartner, sondern reduzierte zugleich den Lebensstandard der deutschen Bevölkerung und die Zugangsmöglichkeiten deutscher Unternehmen zu knappen Rohstoffen und Vorprodukten. Während das Reich 1929 Waren im Wert von 13.483 Mio. RM exportierte und im Gegenzug 13.447 Mio. RM importierte, sanken die Exporte auf lediglich 4.871 Mio. RM gegenüber 4.204 Mio. RM an Importen 1933 jeweils auf knapp ein Drittel des Vorkrisenniveaus.⁶⁵ Einen detaillierten Überblick über die deutsche Handelsbilanz während der Krisenjahre von 1931 bis 1933 ermöglicht die nachfolgend aufgeführte Tabelle auf Grundlage der Datenerhebungen der Statistischen Reichsamtes aus dem Jahr 1934:

⁶² Vgl. Hall, N. F.; „*Gründe und Folgen der Abwertung des Englischen Pfundes.*“ Weltwirtschaftliches Archiv, vol. 43. London 1936. S. 2.

⁶³ Vgl. Hesse, Jan-Otmar/Köster, Roman/Plumpe, Werner: „*Die Große Depression: Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939.*“ Frankfurt a. M./New York 2014. S. 39 – 45.

⁶⁴ James: „*Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924 – 1936.*“ Ebd. S. 383.

⁶⁵ Vgl. Wehrwirtschaftsstab: „*Monatlicher Bericht des Wehrwirtschaftsstabes über den ,Stand der wirtschaftlichen Lage. 1.2.1938‘.*“ BA-MA Wi I F 5/543. Zitiert nach: Forstmeier, Friedrich/Volkman, Hans-Erich (Hrsg.): „*Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges.*“ Düsseldorf 1981. S. 85.

AUßENHANDELSBILANZ DES DEUTSCHEN REICHES IN DEN JAHREN 1931-1933 NACH
KONTINENTEN⁶⁶

Erdteile	Einfuhr						Ausfuhr					
	1933		1932		1931		1933		1932		1931	
	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent
Europa	2281,4	54,3	2499,4	53,6	3763,5	55,9	3801,1	78,0	4646,5	81,0	7777,8	81,0
Afrika	242,6	5,8	255,6	5,5	344,6	5,1	105,8	2,2	110,3	1,9	184,2	1,9
Asien	533,9	12,7	587,7	12,6	833,5	12,4	368,7	7,6	398,1	6,9	639,9	6,7
Amerika	1004,5	23,9	1177,6	25,2	1601,8	23,8	565,2	11,6	555,1	9,7	954,6	9,9
Australien und Polynesien	131,1	3,1	111,4	2,4	144,5	2,2	26,6	0,5	25,9	0,5	35,6	0,4
Eismeer und nicht ermittelte Länder	10,1	0,2	34,8	0,7	39,1	0,6	4,0	0,1	3,2	0,0	6,5	0,1
Gesamt	4203,6	100	4666,5	100	6727,0	100	4871,4	100	5739,1	100	9598,6	100

Hieraus werden mehrere Aspekte ersichtlich. Zunächst verdeutlicht die Bilanz den starken Rückgang der Außenhandelsvolumina während der Weltwirtschaftskrise, welche sowohl den Umfang der deutschen Importe als auch der Exporte in hohem Maße einbrechen ließ. Von 1931 bis 1932 kann dabei von einem alle Kontinente umfassenden regelrechten Zusammenbruch des deutschen Außenhandels gesprochen werden. Dahingegen setzte sich der Rückgang von 1932 bis 1933 zwar insgesamt fort, jedoch in spürbar abgeschwächter Form und konnte in Teilen - etwa im Export nach Amerika – sogar umgekehrt werden. Die Reduktion der Gesamthandelsvolumina in absoluten Zahlen über die Krise hinweg führte indes zu keiner fundamentalen Neuordnung der jeweiligen Handelsanteile nach Kontinenten, welche bis 1933

⁶⁶ Statistisches Reichsamt (Hrsg.): „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934.“ Abschnitt: „Der auswärtige Handel nach Erdteilen und Ländern.“ Berlin 1935. S. 228 – 229.

nur geringen Schwankungen unterworfen waren. So halbierte sich beispielsweise der deutsche Export gegenüber europäischen Handelspartnern in absoluten Zahlen von 1931 bis 1933; gleichzeitig sank deren prozentualer Anteil jedoch um nur drei Prozent von einundachtzig auf siebenundachtzig. Die Handelsanteile der außereuropäischen Handelspartner blieben sogar noch stabiler und fluktuierten trotz hoher Einbußen in absoluten Zahlen zumeist um weniger als ein Prozent. Trotz des Einbruchs der Vorjahre unterstreicht die Übersicht zudem die überproportionale Bedeutung des europäischen Außenhandels, insbesondere bezüglich des Exports, der nahezu vier Fünftel der deutschen Ausfuhr umfasste.

Über die handelsbilanzielle Entwicklung der Spätphase der Weimarer Republik hinaus sind für die nachfolgenden Betrachtungen die sich daraus ergebenden Implikationen im ersten Herrschaftsjahr des NS-Regimes von entscheidendem Interesse. So hing der insgesamt erwirtschaftete Außenhandelsüberschuss des Jahres 1933 in hohem Maße vom Handelsdefizit der europäischen Handelspartner gegenüber Deutschland ab, welche Waren im Wert von 1.509,7 Mio. RM mehr einführten, als Deutschland seinerseits an europäischen Gütern importierte. Zugleich wird deutlich, dass Deutschland 1933 gegenüber allen anderen Erdteilen selbst ein Handelsdefizit aufwies, da aus diesen deutlich mehr Waren nach Deutschland aus- als von dort eingeführt wurden. Mit Blick auf Hitlers wirtschaftliche Autarkiebestrebungen, welche über Rohstoffe und Nahrungsmittel hinausgehenden Importen tendenziell kritisch gegenüberstanden, Exporte deutscher Industrieprodukte jedoch unterstützten, ergeben sich aus dieser Handelsbilanz mehrere Rückschlüsse. Erstens: Falls die von Hitler politisch gewollte Reduzierung der Auslandsabhängigkeit von Importen umgesetzt werden sollte, so wären rein handelsbilanztechnisch die außereuropäischen Handelspartner aufgrund ihres Exportüberschusses hierfür prädestiniert, sofern auf die importierten Waren notfalls verzichtet oder diese anderweitig substituiert werden könnten. Eine Reduzierung dieser außereuropäischen Handelsbeziehungen ginge zugleich mit der Verminderung von Auslandsabhängigkeiten einher, welche im von Hitler antizipierten Kriegsfall ohnehin militärisch nicht oder nur unzureichend gesichert werden könnten. Zweitens erscheint eine Refokussierung des Außenhandels auf einen europäischen Großwirtschaftsraum unter Berücksichtigung der ohnehin bereits eurozentristischen Handelsvolumina weit weniger abwegig, als dies bei einem regional diversifizierteren Handelsportfolio der Fall wäre. Dabei kommt der Rückgang der überseeischen Handelsvolumina in absoluten Zahlen und deren damit einhergehender wirtschaftlicher Bedeutungsverlust in den Krisenjahren vor Hitlers Machtübernahme erschwerend hinzu. Drittens konnte Deutschland trotz der neuen

Außenpolitik Hitlers und den rückläufigen deutschen Exporten 1933 noch immer einen Devisenüberschuss in Höhe von immerhin 667,8 Mio. RM erwirtschaften, der für die Rückzahlung der immensen Auslandsschulden unerlässlich war.

Denn noch radikaler als der deutsche Außenhandel hatten sich im Zuge der Weltwirtschaftskrise die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank verringert, welche für die Abwicklung des internationalen Zahlungsverkehrs und die Bezahlung der deutschen Auslandsverbindlichkeiten so bedeutsam waren. Betrug die deutschen Reserven 1929 noch 2.506,3 Mio. RM, so schmolzen diese bis 1934 auf lediglich 164,7 Mio. RM zusammen.⁶⁷ Eine freie Konvertibilität der Reichsmark in andere Währungen konnte mit so geringen Beständen unmöglich aufrechterhalten werden. Denn jeder größere Währungsabzug, also die Konversion großer Mengen Reichsmark in eine andere Währung, hätte für die Reichsbank in dieser Situation die Zahlungsunfähigkeit bedeuten können, da diese Währungen schlicht nicht mehr verfügbar waren. Freilich zwang der drastische Schwund an Gold und Devisen jedoch nicht erst Hitler, sondern bereits die Regierung Brüning 1931 zu einer staatlichen Devisenbewirtschaftung.⁶⁸ Gleichwohl waren die Handlungsspielräume der Reichsbank 1934 im Zuge des immensen Gold- und Devisenschwundes bereits ungleich geringer als wenige Jahre zuvor. Schacht selbst gesteht diese Notlage mit deutlichen Worten ein: *„Wir halten unsere Mark stabil durch Devisenzwangswirtschaft, aber die Reichsbank kann in den Gold- und Devisenmarkt regulierend nicht eingreifen, weil sie keine Gold- und Devisenreserven mehr hat. Das Ausland hat die Reichsbank aktionsunfähig gemacht, und ich halte das für die schlimmste Wirkung dieser ganzen Entwicklung.“*⁶⁹ Kurzum: Das Reich befand sich 1934 in einer ausgewachsenen Devisenkrise. Unter Berücksichtigung der stark rückläufigen Exportüberschüsse der Vorjahre schien eine eigenständige Lösung oder zumindest substanzielle Abschwächung dieser Krise durch die deutschen Exportunternehmen jedoch eher unwahrscheinlich. Aus Sicht der Regierung bestand somit ein dringender Handlungsbedarf.

4.3. Autarkiebestrebungen in der deutschen Wirtschaft

Neben den Devisenverkehrsbeschränkungen wurden daher bis Mitte 1934 zahlreiche komplexe Exportförderprogramme als Vorläufer des „Neuen Plans“ initiiert, welche die Krise hätten

⁶⁷ Wehrwirtschaftsstab: *„Monatlicher Bericht des Wehrwirtschaftsstabes über den ‚Stand der wirtschaftlichen Lage. 1.2.1938‘.“* ebd.

⁶⁸ Vgl. Boelcke, Willi A.: *„Die deutsche Wirtschaft 1930 – 1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums.“* Düsseldorf 1983. S. 100.

⁶⁹ Schacht, Hjalmar: *„Nationale Kreditwirtschaft.“* Berlin 1934. S. 27.

lindern sollen. Obgleich diese Programme, auf die in Kapitel 5.2.3. noch näher eingegangen wird, durchaus Erfolge erzielen konnten, reicht ihre Wirkung weder aus, um den beschleunigten Devisenabfluss aufzuhalten, noch den einbrechenden Außenhandel zu stabilisieren. So kommt Boelcke zu folgendem ernüchternden Ergebnis: „*Trotz der eingeführten Exporterleichterungen für »zusätzliche Ausfuhr« durch kompliziert zu handhabende Dollarbonds, Sperrmark, Registermark und Scrips verwandelte sich der deutsche Ausfuhrüberschuss von 2,87 Mrd. RM im Jahr 1931 in einen Einfuhrüberschuss von 0,21 Mrd. RM im ersten Halbjahr [...]*.“⁷⁰ Der auf lediglich 667,8 Mio. RM zusammengeschrumpfte Exportüberschuss des Jahres 1933 hatte sich somit bis Mitte 1934 ins Negative umgekehrt. Sollte sich diese Entwicklung ungebremst fortsetzen, stand Deutschland mit Blick auf die unzureichenden Devisenreserven der Reichsbank allein schon durch den angeführten Importüberschuss vor der Zahlungsunfähigkeit gegenüber seinen internationalen Handelspartnern.

Vor dem Hintergrund dieser sich verschärfenden Devisenkrise und den wegbrechenden ausländischen Absatzmärkten standen die deutschen Wirtschaftskreise vor der perspektivischen Frage, ob eine internationale Wirtschaftsausrichtung Deutschlands überhaupt noch für wünschenswert befunden werden sollte. Im Angesicht der anhaltenden Weltwirtschaftskrise und der desaströsen letzten Jahre der Weimarer Republik wurde dabei das Chance-Risiko-Verhältnis einer Durchsetzung deutscher Industrieprodukte auf den Weltmärkten als zunehmend ungünstig eingeschätzt. Die vollständige Protektion der heimischen Märkte gegenüber ausländischen Konkurrenzprodukten im Rahmen der von Hitler angestrebten Autarkiepolitik als Ausgleich für wegbrechende Absatzmärkte im Ausland gewann folglich auch unter ökonomischen Gesichtspunkten an Attraktivität. Denn eine solche hatte das Potenzial, so der Politikwissenschaftler Niels Kadritzke, „*die Bedingungen der Mehrwertproduktion und -realisierung auf dem Binnenmarkt schlagartig zu verbessern und langfristig die territoriale Ausweitung dieses Binnenmarktes vorzubereiten [...]*.“⁷¹ Die Programme der NSDAP ebenso wie Hitler in „Mein Kampf“ propagierten diesen Weg in aller Deutlichkeit. In der Zeit der Machtübernahme Hitlers gab es daher auch und gerade aus den führenden deutschen Industrie- und Finanzkreisen eine breite Zustimmung zur von Hitler angestrebten wirtschaftlichen Neuausrichtung Deutschlands. Diese wurde nicht primär aus

⁷⁰ Boelcke: „*Die deutsche Wirtschaft 1930 – 1945.*“ Ebd. S. 100.

Anmerkung: Für eine ausführliche Erklärung der von Boelcke genannten Währungsinstrumente siehe Janke, Kurt: „*Zweck und Mittel der Ausfuhr lenkung.*“ In: „*Probleme der gelenkten Wirtschaft.*“ Berlin 1942. S. 114 – 115.

⁷¹ Kadritzke, Niels: „*Faschismus und Krise. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im Nationalsozialismus.*“ Frankfurt a. M. 1976. S. 163-164.

ideologischen, sondern vor allem aus wirtschaftlichen Beweggründen heraus unterstützt. Besonders deutlich wird dies in der exemplarischen Aussage des deutschen Bankiers Kurt Freiherr von Schröder im Rahmen der Nürnberger Prozesse. Denn Hitlers Bestrebungen *„Deutschland autark zu machen, wurden von gewissen wirtschaftlichen Unternehmungen möglicherweise nicht aus Idealismus, sondern aus nackter Profitgier begrüßt, als eine Möglichkeit, den eigenen Machtbereich zu vergrößern. Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt.“*⁷² Darüber hinaus artikulierten auch in der frühen NS-Zeit zeitgenössische Stimmen die Überzeugung, dass Autarkie im Rahmen einer Großraumwirtschaft vor allem aus ökonomischen Gründen zu begrüßen sei: *„Ein einziger großer Markt, ein vergrößerter Produktions-, Organisations- und Verkehrsraum mit seinen Möglichkeiten einer rationelleren und darum billigeren Gütererzeugung, das war es, was man herbeisehnte.“*⁷³ Neben den handfesten Vorteilen, die diese Art der Autarkiepolitik für Teile der deutschen Wirtschaft versprach, wurde mit der von Hitler propagierten Reichserweiterung zudem ein organisches Wachstum im räumlichen Sinne für den eigenen Markt in Aussicht gestellt. Die damit einhergehende, für die Industrie hochprofitable Aufrüstung als weiterer Faktor der NS-Wirtschaftspolitik kam erschwerend hinzu und schien die Bedeutung einer regulären Eingliederung in die Weltwirtschaft zunehmend infrage zu stellen. Die Historiker Forstmeier und Volkmann dazu: *„Während indessen die Binnenwirtschaft durch die Rüstungsaufträge bereits 1933 eine steigende Erzeugung im Bereich der Produktions- und Investitionsgüter aufzuweisen hatte, blieb die Belebung des Außenhandels zunächst aus.“*⁷⁴ Vor dem Hintergrund der desolaten Weltwirtschaftslage 1933/34 gab es daher für die deutschen Wirtschaftskreise gute Gründe, der ideologisch bedingten nationalsozialistischen Außenwirtschaftspolitik wohlwollend zu begegnen.

4.4. Reparationszahlungen

Darüber hinaus hatte sich im Verlauf der deutschen Bankenkrise, ausgelöst durch den Zusammenbruch der österreichischen „Creditanstalt“, deren Insolvenz zahlreiche deutsche Banken und Großunternehmen als deren Gläubiger mit in den Abgrund riss⁷⁵, Deutschlands

⁷² Aussage von Kurt Freiherr von Schröder vor dem Nürnberger Tribunal zitiert nach Kühnl, Reinhard (Hrsg.): *„Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten.“* Köln 1975. S. 175. **Anmerkung:** Schröder war in der Zeit des Nationalsozialismus unter anderem für Arisierung zuständig und avancierte später sowohl zum NSDAP-Gauwirtschaftsberater als auch zum SS-Brigadeführer. Seine Schilderungen sind daher keinesfalls als unabhängig anzusehen. Gleichwohl war er vor 1933 nicht Mitglied der NSDAP.

⁷³ Thiele, Walter: *„Großraumwirtschaft in Geschichte und Politik.“* Dresden 1938. S. 158.

⁷⁴ Forstmeier/Volkmann (Hrsg.): *„Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges.“* Ebd. S. 85.

⁷⁵ **Anmerkung:** So unter anderem die DANAT-Bank, die Dresdener Bank oder den Großkonzern „Nordwolle“. Für einen detaillierten Ablauf der Bankenkrise und ihrer Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft siehe Born,

Lage an den internationalen Finanzmärkten bereits vor 1933 derart verschlechtert, dass eine Fortsetzung der Reparationszahlungen an die Siegermächte kaum möglich schien. Diese hatten den Staatshaushalt der Weimarer Republik schwer belastet und konnten während der wirtschaftlichen Hochphase der Zwanziger Jahre lediglich aufgrund der Investition immenser Summen ausländischen Kapitals, insbesondere aus den USA, getätigt werden. Als im Nachgang des amerikanischen Börsencrashes im Oktober 1929 viele dieser zumeist als Darlehen mit kurzer Laufzeit gewährten Kredite gekündigt und aus Deutschland abgezogen wurden, verschärfte sich die deutsche Wirtschaftskrise zusehends. Auch unter dem Eindruck der bereits zu diesem Zeitpunkt schnell abschmelzenden deutschen Devisenreserven⁶⁷ verständigten sich die Siegermächte und das Deutsche Reich daher zunächst auf eine Aussetzung der Reparationszahlungen im Hoover-Moratorium 1931. Mit der weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise konnten die deutschen Verhandlungsführer jedoch schon kurz darauf den kompletten Erlass der Reparationen unter Einwilligung zur Zahlung einer symbolischen Restsumme in der Konferenz von Lausanne im Sommer 1932 erwirken.⁷⁶ Diese Reparationszahlungen hatten, durch „*die völkerrechtlich bindende Vertragsverpflichtung zur Beibehaltung der Goldeinlösungspflicht für die Mark*“⁷⁷, faktisch durch den deutschen Export finanziert werden müssen. Mit deren endgültiger Streichung entfiel somit ein weiterer Grund, der Deutschland bis dato gezwungen hatte, sich stark an den Weltmärkten zu orientieren. Obwohl die NSDAP vor der Machtübernahme Hitlers deutlich gegen das Verhandlungsergebnis Stellung bezogen hatte, da hierdurch nicht wie erhofft der deutsche Kriegsschuldartikel revidiert worden war, bedeutete der Wegfall der Reparationszahlungen eine enorme Erleichterung für das Hitler-Regime, welche dessen Anfangsjahre andernfalls wirtschaftlich schwer belastet hätten.

4.5. Auslandsschulden

Dieser Verzicht der Siegermächte fand freilich nicht aus Milde, sondern vor allem aus Sorge um das verbliebene investierte Auslandskapital statt. Denn die Rückzahlung und Verzinsung der in den zwanziger Jahren gewährten Wirtschaftskredite blieb von den Vereinbarungen unbenommen. Gleichwohl konnte Schacht sich nach seiner erneuten Ernennung zum Reichsbankpräsidenten durch Hitler am 17. März 1933 zunächst auch dieses Problems erwehren. Mit der neuen Autorität einer erstmalig seit langem durch das Parlament gedeckten

Karl Erich: „*Die Deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik.*“ München 1967.

⁷⁶ Vgl. Smiley, Ralph: „*The Lausanne Conference. The Diplomacy of the End of Reparations.*“ New Brunswick 1972.

⁷⁷ James: „*Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924 - 1936.*“ Ebd. S. 370.

Regierung im Rücken und der Sorge der ausländischen Anleger vor einem Totalverlust ihrer Investitionen als Faustpfand, trat Schacht im Sommer 1933 in Verhandlung mit Vertretern der wichtigsten Gläubiger-Länder Deutschlands. Um ein Entgegenkommen zu erzwingen, schilderte er die prekäre finanzpolitische Situation des Reiches bewusst deutlich und beschreibt den Verhandlungsauftritt in seinen Memoiren wie folgt: *„Der Konferenz dieser Gläubiger-Vertreter legte ich in Berlin alle finanz- und wirtschaftsstatistischen Daten vor, die die Unfähigkeit Deutschlands bewiesen, fernerhin eine Verzinsung der Auslandsanleihen vorzunehmen.“*⁷⁸ Anschließend an sein Plädoyer konnte Schacht von seinen internationalen Verhandlungspartnern einige bedeutende Konzessionen erwirken. Auch James sieht in Schachts offensiver Verhandlungsführung einen Erfolg: *„Im Mai 1933 lud er [Schacht] Vertreter der internationalen Bankwelt nach Berlin ein, um sie derart einzuschüchtern, dass sie einer Neuregelung des Tilgungsdienstes für langfristige deutsche Auslandsschulden zustimmten. Die Einzelheiten dieser Neuregelung blieben bis zum 9. Juni im unklaren – die Bankiers waren lediglich sicher, dass sie ihnen Nachteile bringen werde.“*⁷⁹ So wurde in Bezug auf die politisch besonders brisanten Dawes- und Young-Anleihen vereinbart, dass *„vorerst vom 1. Juli 1933 ab die Zinsen und die Tilgung der Dawes-Anleihe von 1924 voll transferiert werden sollten. Auf die Young-Anleihe hingegen sollten nur die Zinsen transferiert werden. Die Amortisation für die Young-Anleihe und für die übrigen Anleihen sollte im Transfer gestundet werden. Alle sonstigen Zins- und Gewinnanteile sollten mit der Hälfte transferiert werden.“*⁸⁰ Nachdem die Reparationsfrage bereits 1932 im deutschen Sinne gelöst worden war, bedeutete die spürbare Verminderung bzw. Stundung der Zahlungen für diese privatwirtschaftlich gewährten Kredit eine weitere immense Entlastung für die angespannte Finanzlage des Reiches. Das wichtigste Mittel, um diese Entlastung zu gewährleisten, war das mit Hitlers Unterstützung erwirkte *„Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland“* vom 9. Juni 1933. Kernstück dieses Gesetzes war die Bildung einer *„Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden“*, in die alle fälligen Zins- und Amortisationszahlungen *„bei vertragsmäßiger Fälligkeit in Reichsmark zugunsten des ausländischen oder saarländischen Gläubigers“* einbezahlt werden sollten.⁸¹ Deren immenser Vorteil war jedoch, dass diese Beträge von den ausländischen Gläubigern nur mit einem Abschlag von fünfzig Prozent bei der Reichsbank in Devisen umgetauscht oder aber für Investitionen bzw. Ausgaben in Deutschland

⁷⁸ Schacht, Hjalmar: *„76 Jahre meines Lebens.“* Bad Wörishofen 1953. S. 396.

⁷⁹ James: *„Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924 - 1936.“* Ebd. S. 383.

⁸⁰ Schacht: *„76 Jahre meines Lebens.“* Ebd. S. 398.

⁸¹ Reichsregierung: *„Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland.“* Vom 9. Juni 1933. RGBl. I. S. 349. § 1 – 2.

genutzt werden konnten. Hierfür emittierte die Konversionskasse frei handelbare Anteile der eingezahlten Reichsmarkbeträge in Form der bereits genannten „Scrips“. Die Vorzüge dieser Regelung schildert Schacht wie folgt: *„Der Nutzen, der in den ersparten 50 Prozent lag, wurde zur Förderung der Ausfuhr verwendet.“*⁸² Die Differenz zwischen deren Nenn- und Kurswert kam folglich der Reichsbank zugute, die diese Einsparungen wiederum zur Exportförderung und damit Devisengewinnung einsetzte. Über diese Exportsubvention hinaus war der Mehrwert der von Schacht initiierten Maßnahmen, wie James überzeugend resümiert, immens: *„Die Tilgung langfristiger deutscher Auslandsschulden wurde damit praktisch auf 77 Prozent des Standes vom Juni 1933 reduziert, obwohl die deutschen Schuldner nach wie vor die gleichen Reichsmarkbeträge abführten.“*⁸³ Nach der Einführung der „Scrips“ wurde der Prozentsatz von deren Einlösbarkeit in Devisen jedoch mehrmals abgeändert. Zudem wurden mehrere Sonderabkommen, etwa mit den Niederlanden und der Schweiz, zwecks einer individuellen Regelung der Kreditrückzahlungsmodalitäten geschlossen⁸⁴, die sich jedoch an den zuvor genannten Bedingungen orientierten. Die dadurch erreichte Besserstellung der Reichsfinanzen ist nicht vor der Hand zu weisen, brachte jedoch, wie Schacht nicht uneigennützig betont, auch für das Ausland Vorteile mit sich: *„Tatsache ist, dass es dem ausländischen Gläubiger Vorteile gebracht und seine ursprünglichen Verlustaussichten sehr gemildert hat.“*⁸⁵ Mit den verhängnisvollen Erfahrungen, welche die deutsche Wirtschaft mit der übermäßigen Aufnahme von Auslandskrediten zur Finanzierung eines Konjunkturaufschwungs während der Weltwirtschaftskrise gemacht hatte, sollte ein erneutes derartiges Abhängigkeitsverhältnis unbedingt vermieden werden. Durch die deutliche Verbesserung der deutschen Position in der Auslandsschuldenfrage im ersten Jahr des Hitler-Regimes konnte Schacht somit einen wichtigen Beitrag zur finanzpolitischen Autarkie Deutschlands leisten, ohne welche die nachfolgende außenwirtschaftspolitische Neuausrichtung nicht in dem Maße möglich gewesen wäre. Doch unter dem Eindruck der sich bis Mitte 1934 verschärfenden Devisenkrise zeigte sich auch diese Regelung als unzureichend, da die Reichsbank selbst für die stark reduzierten Tilgungs- und Zinszahlungen nicht mehr die notwendigen Reserven aufbringen konnte. Die Reaktion der Reichsbank sowie der deutschen Handelspartner auf diese prekäre Situation schildert der Direktor der volkswirtschaftlichen Abteilung des Statistischen Reichsamts Bernhard Benning 1935 rückblickend wie folgt:

⁸² Schacht: *„76 Jahre meines Lebens.“* Ebd. S. 399.

⁸³ James: *„Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924 - 1936.“* Ebd. S. 383.

⁸⁴ **Anmerkung:** Für einen ausführlichen Überblick der dadurch ausgehandelten Sonderkonditionen siehe James: *„Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924 - 1936.“* Ebd. S. 384 – 391.

⁸⁵ Schacht: *„76 Jahre meines Lebens.“* Ebd. S. 399.

„Nach Abschluss der Ende Mai geführten ergebnislosen Verhandlungen mit den Gläubigern der langfristigen Auslandskredite, verfügte die Reichsbank deshalb Mitte Juni 1934 eine sechsmonatige Transfereinstellung während des 2. Halbjahres 1934 für alle Fälligkeiten an Zinsen und Tilgungen aus den deutschen mittel- und langfristigen Auslandsanleihen. Aus gleichen Gründen kündete das Reich die Einstellung des Zinsendienstes in Höhe von jährlich 115 Mill. RM. für alle Reichsauslandsanleihen — einschließlich Dawes- und Younganleihe — durch besondere Mitteilung an alle Gläubigermächte ab 1. Juli 1934 an. Diese Beschlüsse hatten zur Folge, dass diejenigen Gläubigermächte, denen gegenüber Deutschland eine aktive Handelsbilanz aufwies, mit einem Zwangsclearing und der zwangsweisen Einbehaltung des von Deutschland geschuldeten Anleihendienstes drohten.“⁸⁶

In Bezug auf die Bedienung seiner Auslandsschulden war Deutschland somit nahezu zahlungsunfähig. Die fortgeführte Lieferung dringend benötigter Importe nach Deutschland war unter diesen Umständen ernstlich gefährdet.

4.6. Zwischenfazit

Insgesamt waren daher bis Mitte 1934 wesentliche Schritte unternommen worden, um die finanzpolitische Auslandabhängigkeit Deutschlands zu reduzieren. Die Reparationsfrage war im deutschen Sinne gelöst, der Devisenabfluss durch Zins- und Tilgungszahlungen für ausländische Kredite spürbar verringert und die freie Konvertibilität der Reichsmark eingeschränkt worden. Zudem schien die deutsche Wirtschaft nach Jahren der Krise und rückläufigen Exportzahlen für die Möglichkeit einer Reorganisation der Handelsbeziehungen im Sinne Hitlers aufgeschlossen. Zugleich setzte sich jedoch der Niedergang des deutschen Außenhandels und die Schrumpfung des Exportüberschusses bis zu dessen Umkehr in einen Importüberschuss bis Mitte 1934 fort. Gleichzeitig war die fortgeführte Bezahlung zwingend erforderlicher Rohstoff- und Warenimporte unter dem Eindruck der ausgesetzten Zins- und Tilgungszahlungen erheblich gefährdet. Diese prekäre Situation des Außenhandels stellte für Schacht ein primär wirtschaftliches Problem dar, welches jedoch politisch gelöst werden musste:

„Die Weltwirtschaftskrise hatte Deutschlands Export stark herabgedrückt. Alle Länder in Übersee und Europa versuchten, ihre Einfuhren zu verringern, sei es durch Zollerhöhungen, sei es durch Kontingentbeschränkungen, sei es durch Einfuhrverbote. Der Umstand, dass Deutschland mit seinen Zinszahlungen auf die Auslandsanleihen im Rückstand blieb, veranlasste einzelne Länder dazu, in ihrem Lande die Erlöse für die eingeführte deutsche Ware zu beschlagnahmen, obwohl es sich hier nicht um staatliche, sondern um rein private Gelder handelte. So trug auch dies dazu bei, den Eingang

⁸⁶ Benning, Bernhard: „Der „Neue Plan“ und die Neuordnung der deutschen Außenwirtschaft.“ In: Zwiedineck-Südenhorst, Otto von/Albrecht, Gerhard: „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik.“ Band 142. Heft 1. Berlin 1935. S. 37.

*von Devisen für Deutschland immer weiter einzuschränken. Ich musste so bald wie möglich einen Ausweg in der Außenhandelspolitik finden, der uns Rohstoffe und Nahrungsmittel in der Höhe des deutschen Bedarfs sicherte.*⁸⁷

Die Handels- und Devisenkrise begann somit, sich zu einer ausgewachsenen Wirtschaftskrise auszuwachsen. Eine Aussicht, die für das NS-Regime, das seine Legitimität besonders aus der Überwindung der bisherigen wirtschaftlichen Not bezog, inakzeptabel war. Vor diesem Hintergrund galt es, ungewollte Importe zu vermeiden und wo immer möglich durch den Ausbau eigener Produktionskapazitäten zu substituieren, den deutschen Export zu stabilisieren und möglichst zu steigern sowie die staatliche Devisenkontrolle zu intensivieren. Dabei boten die Verunsicherung der internationalen Finanzmärkte im Zuge der Abwertung des britischen Pfunds und des US-Dollars sowie die protektionistischen Bestrebungen in weiten Teilen der Welt eine willkommene Gelegenheit für das NS-Regime, die aus ideologischen Gründen ohnehin angestrebte Neuordnung des deutschen Außenhandels vorzunehmen. Der vorherige Abbau finanzpolitischer Auslandsabhängigkeiten, die akute Devisenkrise und die Problematik der einbrechenden deutschen Exporte einerseits sowie der Wille Hitlers den deutschen Außenhandel frühzeitig an seine expansiven außenpolitischen Ziele anzupassen, bildeten 1934 eine fruchtbare Grundlage für die Wirtschaftsgesetzgebung, die den deutschen Handel fortan entscheidend prägen sollte: den „Neuen Plan“.

5. Der „Neue Plan“

5.1. Die politischen Anfänge

Zu diesen wirtschaftlichen Vorbedingungen des „Neuen Plans“ kamen bis zum Sommer 1934 einige politische Entwicklungen hinzu, welche dessen Nährboden zusätzlich bereiteten. An erster Stelle ist dabei die Neubesetzung des Reichswirtschaftsministeramtes zu nennen. Die Leitung dieses Ministeriums war nach der Machtübernahme Hitlers zunächst in einer ungewöhnlichen Machtkonzentration mit weiteren Ämtern vom bereits betagten Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), Alfred Hugenberg, übernommen worden.⁸⁸ Nach dessen schleichender politischer Entmachtung in den ersten Monaten im Kabinett Hitlers, erfolgte jedoch schon kurz darauf sein Rücktritt am 27. Juni 1933 von allen Minister- und

⁸⁷ Schacht: „76 Jahre meines Lebens.“ Ebd. S. 415.

⁸⁸ **Anmerkung:** So wurde Hugenberg nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler „nicht nur mit der Leitung des Reichswirtschafts- und Reichsernährungsministeriums, sondern auch mit der des Preußischen Landwirtschafts-, Handels- und Arbeitsministeriums beauftragt [...]“. Diese Amtshäufung verschaffte Hugenberg zwar die herausgehobene Stelle eines faktischen „Wirtschaftsdiktators“, der dieser jedoch sowohl durch sein fortgeschrittenes Alter als auch die durch mangelnde Kooperation der Nationalsozialisten nicht gerecht werden konnte. Vgl. Jones, Larry Eugene (Hrsg.): „Die Tage vor Hitlers Machtübernahmen. Aufzeichnungen des Deutschnationalen Reinhold Quaatz.“ Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Jahrgang 37, Heft 4. München 1987. S. 764.

Parteiämtern.⁸⁹ In seiner Funktion als Reichswirtschaftsminister folgte Hugenberg zunächst der wirtschaftserfahrenere Kurt Schmitt nach, der erst kurz davor im Frühjahr 1933 der NSDAP beigetreten war. Doch auch Schmitt vermochte weder die drängenden Wirtschaftsprobleme des Reiches zu lösen noch seine Amtsstellung politisch zu sichern. So ging Schmitt laut Schacht zwar „*seine Aufgabe mit viel Eifer an, stieß aber auf den ständigen Widerstand der Parteikreise, weil er versuchte, gegenüber den unkorrekten und unsinnigen Zumutungen der Partei eine vernünftige Wirtschaftspolitik aufrechtzuerhalten. Er wurde des Kampfes bald müde [...]*“.⁹⁰ Boelcke geht in seiner Einschätzung von Schmitts Amtsführung noch weiter und konstatiert schlicht: „*Seine Aufgaben als Minister hatten ihn überfordert.*“⁹¹ Nachdem Schmitt fast genau ein Jahr nach seiner Amtsübernahme am 26. Juni 1934 während einer Rede vor der Berliner Außenhandelskammer öffentlich zusammenbrach, zog er sich zunächst zu einem Genesungsurlaub zurück und bat wenig später um seine Entlassung.⁹² Das Amt des Reichswirtschaftsministers musste somit abermals neu besetzt werden. Einen Monat nach Schmitts Zusammenbruch bestellte Hitler daher Schacht zu einer Besprechung nach Bayreuth ein, die am 27. Juli erfolgte und in der dieser ihm zusätzlich zu seinem Amt als Reichsbankpräsident die Leitung des Reichswirtschaftsministeriums offerierte.⁹³ Schacht akzeptierte und übernahm in der Folge zunächst kommissarisch sowie ab 1935 offiziell das Ministeramt. Durch die Kombination der Handlungsmöglichkeiten von Reichsbank und Reichswirtschaftsministerium konnte Schacht somit eine schlagkräftige Machtbasis zur Neuordnung des deutschen Außenhandels und der Lösung der Devisenkrise erringen.⁹⁴ Doch schon vor seinem Amtsantritt war Schacht in seiner Funktion als Reichsbankpräsident in Zusammenarbeit mit dem Reichswirtschaftsministerium unter dem Eindruck der einbrechenden Exportzahlen und der abschmelzenden Devisenreserven ab März 1934 zu einer verschärften Form der Devisenbewirtschaftung übergegangen, „*nach der Devisen nur noch für besonders dringliche Zwecke zugeteilt wurden.*“⁹⁵ Die Kompetenzen des Reichswirtschaftsministers

⁸⁹ Höhne, Heinz: „*Gebt mit vier Jahre Zeit*“: Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches.“ Berlin 1996. S. 145.

⁹⁰ Schacht: „*76 Jahre meines Lebens.*“ Ebd. S. 403.

⁹¹ Boelcke: „*Die deutsche Wirtschaft 1930 – 1945.*“ Ebd. S. 76.

⁹² Höhne, Heinz: „*Die Zeit der Illusionen. Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches 1933 - 1936.*“ Düsseldorf/Wien/New York 1991. S. 225.

⁹³ Vgl. Schacht: „*76 Jahre meines Lebens.*“ Ebd. S. 403 – 404.

⁹⁴ **Anmerkung:** Schacht selbst erklärt, dass er das Amt vor allem übernahm, um aus dem innersten des Staatsapparates heraus Oppositionsarbeit leisten und Schaden von dem deutschen Volke abwenden zu können. (Vgl. Schacht: „*76 Jahre meines Lebens.*“ Ebd. S. 404) Mit Blick auf Schachts zuvor klar artikulierte politische Gestaltungsambitionen (Vgl. Schacht, Hjalmar: „*Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik.*“ Oldenburg 1932.) und seine Nähe zur NS-Bewegung ab 1931/32 als Unterstützer der Harzburger Front und Mitglied des Keppler-Kreises (Vgl. Klee, Ernst: „*Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945.*“ Frankfurt a. M. 2005. S. 522.) scheint diese Begründung jedoch eher beschränkt überzeugend.

⁹⁵ Barkai: „*Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus.*“ Ebd. S. 167.

waren hierfür bereits im „*Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten*“ vom 22. März 1934 wie folgt erweitert worden:

„Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten, insbesondere deren Beschaffung, Verteilung, Lagerung, Absatz und Verbrauch zu überwachen und zu regeln.“⁹⁶

Zur Durchsetzung dessen sollten reichsweit „*Überwachungsstellen für bestimmte Warenarten*“ errichtet werden, die von eigens durch den Reichswirtschaftsminister ernannten Reichsbeauftragten geleitet werden sollten. Gemäß des Gesetzestitels wurden im Zuge dessen elf Überwachungsstellen für die Bereiche Tabak, industrielle Fettversorgung, Wolle und Tierhaare, Baumwolle, Baumwollgarne und -gewebe, Bastfasern, Leder, Kautschuk und Asbest, Ruß, unedle Metalle sowie Eisen und Stahl aufgebaut.⁹⁷ Die dadurch entstehenden Kosten sollten sowohl mittels eines Umlageverfahrens als auch durch auf die betroffenen Branchen direkt erhobenen Gebühren selbst aufgebracht werden. Eine etwaige Entschädigung für durch mangelnde Ressourcenzuteilung entstandene Schäden wurde indes prophylaktisch ausgeschlossen.⁹⁸ Die Devisen für die von den Überwachungsstellen genehmigten Warenimporte sollten von der Reichsbank bereitgestellt werden. Anfangs erfolgte diese Zuteilung monatlich und gewährleistete dadurch wenigstens ein Mindestmaß an Planbarkeit für die begünstigten Importeure, welche das komplexe Beantragungsverfahren erfolgreich durchlaufen hatten. Mit der sich verschärfenden Krise im Sommer 1934 wurde diese Zuteilung jedoch nicht mehr monatlich, sondern nur noch tagesaktuell je nach dem derzeitigen Bestand der Devisenreserven vorgenommen.⁹⁹ Eine vorausschauende Unternehmensführung war unter diesen Umständen kaum durchführbar. Neben der dadurch verschärften Angebotsverknappung bei entsprechenden Preissteigerungen stellte diese Krise für zahlreiche deutsche Unternehmen, die auf den Import von Rohstoffen und Vorprodukten angewiesen waren, ein ausgewachsenes Existenzrisiko dar. Die prekäre handelspolitische Situation wurde durch das zugleich im „*Völkischen Beobachter*“ veröffentlichte Schreiben des Reichsfinanzministers Graf Schwerin von Krosigk an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich vom 14. Jun 1934 über die Einstellung der Bedienung der deutschen Auslandsverbindlichkeiten nur noch verschlechtert.¹⁰⁰

⁹⁶ Reichsregierung: „*Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten*“ vom 22. März 1934. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): „*Reichsgesetzblatt*. Jahrgang 1934. Teil I.“ Berlin 1934. S. 212.

⁹⁷ Vgl. Müller, Herbert: „*Wareneinfuhr und Transithandel*.“ Berlin 1937. S. 6-7. & Ebi, Michael: „*Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932 – 1938*.“ Stuttgart 2004. S. 129.

⁹⁸ Reichsregierung: „*Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten*“ ebd.

⁹⁹ Vgl. Ellis, Howard Sylvester: „*The German Monetary Theory 1905 – 1933*.“ Cambridge 1937. S. 374. & Erbe, René: „*Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933 – 1939 im Lichte der modernen Theorie*.“ Zürich 1958. S. 71.

¹⁰⁰ Reichsfinanzminister: „*Schreiben des Reichsfinanzministers Graf Schwerin von Krosigk an die Bank für*

Als, wie in Kapitel 4.5 ausgeführt, die geschädigten Gläubiger daraufhin mit der Konfiskation deutscher Handelserlöse im Ausland drohten, reagierte Hitler mit einer Doppelgesetzgebung, die der deutschen Seite einschneidende Gegenmaßnahmen ermöglichte. Das erste hiervon mit dem unscheinbaren Namen „*Gesetz über wirtschaftliche Maßnahmen*“ vom 03. Juli 1934 lässt sich näherungsweise als wirtschaftspolitisches Pendant zum „*Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich*“ („Ermächtigungsgesetz“) vom 24. März 1933 beschreiben, mit dem wesentlichen Unterschied, dass seine Geltungsdauer nur auf drei Monate anstatt vier Jahre begrenzt wurde.¹⁰¹ Der Historiker Hebert Michaelis weist in einem Quellenkommentar zu diesem Gesetz aber zurecht darauf hin, dass die auf Grundlage dieses Gesetzes erlassenen Bestimmungen auch über diesen Zeitraum hinaus gültig blieben.¹⁰² Wie schon durch das „Ermächtigungsgesetz“ sollte mit dem „*Gesetz über wirtschaftliche Maßnahmen*“ eine immanente Bedrohung für die Stabilität des NS-Regimes abgewendet werden, die an dieser Stelle nicht von innenpolitischen Gegnern, sondern den befürchteten Folgen der deutschen Devisenkrise ausging. Mit dem Gesetz wird der Reichswirtschaftsminister „*ermächtigt, innerhalb seines Geschäftsbereichs alle Maßnahmen zu treffen, die er zur Förderung der deutschen Wirtschaft sowie zur Verhütung und Beseitigung wirtschaftlicher Schädigungen für notwendig hält.*“ Die so getroffenen Maßnahmen „*können von bestehenden Gesetzen abweichen*“ (wie etwa die zuvor angeführte Verordnung auf Grundlage dieses Paragraphen), sollen aber, falls sie in die Kompetenzen eines weiteren Reichsministers eingreifen, „*im Einvernehmen mit diesem getroffen*“ werden.¹⁰³ Abgerundet wird das Gesetz durch die Zubilligung des Reichsjustizministeriums, ein etwaiges Strafmaß für Zuwiderhandlungen gegen die so beschlossenen Verordnungen selbst festlegen zu können. Mit Hitlers Billigung konnte somit jede für notwendig befundene wirtschaftspolitische Maßnahme mit unbegrenzter Laufzeit angeordnet werden, selbst wenn diese gegen geltendes Recht verstoßen würde. Eine klare politische Stoßrichtung dieser nach innen orientierten Maßnahmen ist aus dem Gesetz heraus indes noch nicht zu erkennen. Komplementiert wird das Gesetz dabei durch das nach außen gerichtete ressortübergreifende „*Gesetz über die Anwendung wirtschaftlicher*

Internationalen Zahlungsausgleich vom 14. Jun 1934 über die Einstellung des Bartransfers.“ In: „Völkischer Beobachter.“ (Berliner Ausgabe) Nr. 16 vom 16. Juni 1934.

¹⁰¹ Reichstag: „*Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich.*“ vom 24. März 1933. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): „*Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1933. Teil I.*“ Berlin 1933. S. 141.

¹⁰² Michaelis, Herbert (Hrsg.): „*Das Dritte Reich. Die Zertrümmerung des Parteienstaates und die Grundlegung der Diktatur.*“ In: „*Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte.*“ Band IX. Berlin 1964. S. 696.

¹⁰³ Reichsregierung: „*Gesetz über wirtschaftliche Maßnahmen.*“ vom 03. Juli 1934. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): „*Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1934. Teil I.*“ Berlin 1934. S. 565.

Vergeltungsmaßnahmen gegenüber dem Ausland“, welches gemeinsam mit dem „*Gesetz über wirtschaftliche Maßnahmen*“ am 3. Juli 1934 erlassen wurde. Auf Grundlage dieses Gesetzes wurde für die Reichswirtschafts-, Ernährungs- und Finanzminister in ihrem jeweiligen Geschäftsbereich die Möglichkeit geschaffen, „*gegenüber jedem Lande, das den Waren- oder Zahlungsverkehr mit Deutschland ungünstigeren Bedingungen unterwirft als den Verkehr mit anderen Ländern, Vergeltungsmaßnahmen zu treffen, die den Waren oder Zahlungsverkehr mit diesem Lande abweichend von den allgemeinen Bedingungen regeln.*“¹⁰⁴ Der Weg zur Abkehr freier Handelsverhältnisse hin zu einer strategischen Neuausrichtung der Handelsbeziehungen je nach Staat war somit geebnet worden. Die Nennung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft neben dem Reichswirtschafts- und Finanzministerium mutet in Aufzählung zunächst seltsam an. Der Grund für dessen Einbezug war, dass große Teile des deutschen Nahrungsmittelbedarfs durch den Import gedeckt werden mussten und das zuständige Ministerium unter Walther Darré somit für erhebliche Teile des deutschen Devisenverbrauchs verantwortlich war. Darré unterstanden dabei vier eigene Reichsstellen, welche ähnlich wie die Überwachungsstellen des Wirtschaftsministeriums den Verkehr von Waren, in diesem Fall Nahrungsmitteln, regeln sollten.¹⁰⁵ Darrés Ministerium konnte somit theoretisch unkontrolliert von Reichsbank und -wirtschaftsministerium Importentscheidungen treffen; die dafür nötigen Devisen musste jedoch Schacht bereitstellen. Aufgrund der prekären Reichsbankreserven sah sich Schacht allerdings häufig gezwungen, Darrés umfangreiche Anträge auf Devisenzuteilung abzulehnen. Die im Bundesarchiv weitgehend erhaltene Korrespondenz zwischen Schacht und Darré gibt über die dadurch zutage getretenen Ressortkonflikte regen Aufschluss, wie sich an einem brüskten Antwortschreiben Schachts auf ein erneutes Devisengesuch Darrés vom 24. März 1936 verdeutlichen lässt:

„Ich bedauere, Ihrem Wunsche derzeit nicht entsprechen zu können. Ich kann mir weder Devisen aus den Rippen schneiden, noch kann ich sie aus der Luft herunterzaubern. [...] Von der Devisenseite her‘ ist Unmögliches nicht zu erwarten. Ich bin nämlich kein Dukatenmännchen.

gez. Dr. Hjalmar Schacht.“¹⁰⁶

¹⁰⁴ Reichsregierung: „*Gesetz über die Anwendung wirtschaftlicher Vergeltungsmaßnahmen gegenüber dem Ausland.*“ vom 03. Juli 1934. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): „*Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1934. Teil I.*“ Berlin 1934. S. 565.

¹⁰⁵ **Anmerkung:** Die wichtigste hiervon war die mit dem „*Gesetz zur Umwandlung der Reichsmaisstelle*“ vom 30. Mai 1933 geschaffene Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse. (Vgl. Reichsregierung: „*Gesetz zur Umwandlung der Reichsmaisstelle.*“ vom 30. Mai 1933. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): „*Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1933. Teil I.*“ Berlin 1933. S. 313.) Daneben bestanden 1934 drei weitere Reichsstellen für die Bereiche Tiere und tierische Erzeugnisse, Milcherzeugnisse, Öle und Fette sowie Eier. (Vgl. Müller: „*Wareneinfuhr und Transithandel.*“ Ebd. S. 5-6.)

¹⁰⁶ BArch R 43-II/331. Antwortschreiben Schachts an Darrés Devisengesuch vom 24. März 1936.

Über derartige zwischenministerielle Streitigkeiten hinaus, wirft der Zeitpunkt der zeitgleichen Verabschiedung des „*Gesetzes über wirtschaftliche Angelegenheiten*“ sowie des „*Gesetz über die Anwendung wirtschaftlicher Vergeltungsmaßnahmen gegenüber dem Ausland*“ Fragen auf. Denn noch war Reichswirtschaftsminister Schmitt zwar formal im Amt, aber aus gesundheitlichen Gründen bereits beurlaubt, wobei Schacht, zumindest seiner Autobiografie zufolge¹⁰⁷, erst Wochen später das Amt von Hitler angetragen bekam. Im Monat der doppelten Gesetzesverabschiedung war das Reichswirtschaftsministerium als wichtigster Nutznießer der beiden Gesetze somit weitgehend führerlos, was sich exemplarisch an der Formalie zeigt, dass anstelle Schmitts Reichsjustizminister Dr. Gürtner für das Ministerium unterschrieb. Neben einer Reaktion Hitlers auf beginnende Konfiskationen deutscher Handelserlöse im Ausland gibt es dabei einen weiteren Ansatz, der zur Erklärung des seltsam anmutenden Zeitpunkts Anfang Juli beitragen könnte. So fand nur wenige Tage zuvor der gegen die SA-Führung und politische Gegner durchgeführte Enthauptungsschlag im Zuge des vermeintlichen „Röhm-Putschs“ statt. Mit der endgültigen Ausschaltung der Verfechter einer sozialistischen „zweiten Revolution“ um Röhm¹⁰⁸ schien der parteiinterne Widerstand gegen eine wirtschaftliche Neuordnung Deutschlands bei einer klaren Bevorteilung großindustrieller Interessen somit gebrochen, was Hitler ein neues Maß an innenpolitischer Handlungsfreiheit verschaffte. Um von einem direkten inhaltlichen Zusammenhang zwischen dem „Röhm-Putsch“ und den genannten Wirtschaftsgesetzgebungen ausgehen zu können, bedürfte es allerdings einer tieferen Quellenarbeit, welche den Schwerpunkt dieser Arbeit zu weit verfehlen würde. Jedoch blieb die Doppelgesetzgebung nicht die einzige Maßnahme, die dem führerlosen Reichswirtschaftsministerium noch vor Schachts Amtsantritt zu einem weiteren Machtgewinn verhalf. So wurde kurze Zeit nach der Verkündung des Doppelgesetzes mit der „*Verordnung zur Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten*“ vom 13. Juli 1934 die Zuteilungs- und Kontrollfunktion des Reichswirtschaftsministeriums unter dem Eindruck der Importverknappung nochmals erweitert und auf jegliche „*industriellen Erzeugnisse*“ ausgedehnt.¹⁰⁹ Eine Notmaßnahme, die nicht zur Beruhigung der bereits schwer getroffenen Importeure beitrug, zumal die sichere Führung eines kompetenten Wirtschaftsministers zu dessen Durchsetzung noch immer fehlte. Währenddessen eskalierte die Devisenkrise weiter und stellte zunehmend eine substanzielle Gefahr für die

¹⁰⁷ Vgl. Schacht: „*76 Jahre meines Lebens*.“ Ebd. S. 403 – 404.

¹⁰⁸ Vgl. Mau, Hermann: „*Die ‚zweite Revolution‘ – Der 30. Juni 1934*.“ Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Jahrgang 1, Heft 2. München 1953.

¹⁰⁹ Reichsregierung: „*Verordnung zur Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten*“ vom 13. Juli 1934 In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): „*Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1934. Teil I*.“ Berlin 1934. S. 709.

Stabilität des NS-Regimes dar. Die drastischen Gegenmaßnahmen der Regierung bis zum Sommer 1934 konnten die Krise indes nicht aufhalten. Mit Blick auf die sich bereits abzeichnenden wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen, die aus der Handels- und Devisenkrise zu resultieren drohten, kommt Tooze zu der überzeugenden Einschätzung: „*Nie wieder in seiner zwölfjährigen Geschichte sollte das NS-Regime einer so umfassenden sozialwirtschaftlichen Katastrophe derart nahe kommen, wie zwischen März und September 1934.*“¹¹⁰

Insgesamt führte die politische Entwicklung bis Ende Juli 1934 zu der Situation, dass Schacht nach seinem kommissarischen Amtsantritt am 2. August jenes Jahres anders als seine Vorgänger sowohl über die Erfahrung und Fähigkeiten als auch über den politischen Rückhalt durch Hitler und die legislativen Grundlagen verfügte, um sich der verschärfenden Handels- und Devisenkrise anzunehmen. Auf Grundlage der mit dem „*Gesetz über wirtschaftliche Maßnahmen*“ gewährten Vollmachten und der inhaltlichen Wegbereitung durch das nachträglich ausgeweitete „*Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten*“ erarbeitete Schacht daher die finale Form des Maßnahmenbündels, das die Krise entschärfen sollte.

5.2. Funktionsweise

Die erste und wichtigste dieser Maßnahmen war die „*Verordnung über den Warenverkehr*“ vom 4. September 1934. Das dadurch begründete Programm stellte, so Schacht, „*eine Zentralisierung auf dem Gebiete des Handels dar*“ und bezweckte, dass „*die Einfuhr zwangsweise auf die vorhandenen Zahlungsmöglichkeiten abgestimmt*“ wurde.¹¹¹ Von Schacht schlicht als „*Außenhandelsprogramm*“¹¹² titulierte, gingen die Beamten des Reichswirtschaftsministeriums bald dazu über, das Programm in Anlehnung an Roosevelts Wirtschaftsprogramm „*New Deal*“ als „*Neuen Plan*“ zu bezeichnen.¹¹³ Dank seiner Einprägsamkeit setzte sich diese Bezeichnung schon bald durch und wurde sogar von Schacht selbst verwendet. Doch welche Neuerungen brachte die Verordnung, welche das Fundament des „*Neuen Plans*“ darstellte? Zunächst wurden die Zuständigkeiten des Reichswirtschaftsministeriums wie folgt ausgeweitet: „*Der Reichswirtschaftsminister wird*

¹¹⁰ Tooze, Adam: „*Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus.*“ München 2007. S. 95.

¹¹¹ Schacht: „*76 Jahre meines Lebens.*“ Ebd. S. 415.

¹¹² Schacht: „*76 Jahre meines Lebens.*“ Ebd.

¹¹³ Schacht: „*76 Jahre meines Lebens.*“ Ebd. S. 391.

ermächtigt, den Verkehr mit Waren zu überwachen und zu regeln, insbesondere Bestimmungen über deren Beschaffung, Verteilung, Lagerung und Verbrauch zu treffen.“¹¹⁴ Eine Sonderstellung genoss jedoch weiterhin der Handel mit Nahrungsmitteln, der durch das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft kontrolliert wurde. Diesen Geschäftsbereich betreffende Entscheidungen des Reichswirtschaftsministeriums sollten daher nur im Einvernehmen mit Darré getroffen werden. Dessen ungeachtet bewirkte die Verordnung, dass der Reichswirtschaftsminister berechtigt war, im Wesentlichen den gesamten Außenhandel zu kontrollieren und kontingentieren. Der daraus abgeleitete Steuerungsanspruch betraf somit sowohl den Import als auch Export, allerdings auf gänzlich unterschiedliche Weise.

5.2.1. Einfuhrkontrolle

So sollte der Import als Verbraucher der knappen Devisen in erster Linie reduziert und auf Waren umgelenkt werden, die durch die Ziele des NS-Regimes eine hohe Priorität genossen. Diese Steuerung sollte durch ein lückenloses Devisenkontrollsystem ermöglicht werden. Die dafür notwendigen Befugnisse waren durch das Doppelamt Schachts in seinen Händen gebündelt worden. Denn ohne die Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums wurden für den Import ausländischer Waren keine Devisen durch die Reichsbank, ebenfalls unter der Kontrolle Schachts, zugeteilt, sodass diese Importe schlicht nicht bezahlt werden konnten. Laut der Verordnung war der Minister ermächtigt, „*seine Befugnisse [...] ganz oder teilweise zu übertragen. Er kann hierzu besondere Überwachungsstellen errichten.*“¹¹⁵ Die Vorlage hierfür lieferten die elf durch das „*Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten*“ geschaffenen Überwachungsstellen sowie die vier Stellen des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, welche jeweils für eine zentrale Warengruppe zuständig waren und von einem Reichsleiter geführt wurden. Wie schon ihre Vorgänger befassten sich die neuen Überwachungsstellen vornehmlich mit Grundstoffen und Vorprodukten, aus denen im Reich selbst die benötigten Endprodukte gefertigt werden sollten. Das Endergebnis dieser bürokratischen Umformung und Erweiterung waren fünfundzwanzig Überwachungsstellen, von denen die ersten vier für agrarische Produkte unverändert dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft unterstanden, während alle weiteren Stellen dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt wurden. Konkret wurde deren Zuständigkeit anhand folgender Warengruppen aufgeteilt:

¹¹⁴ Reichswirtschaftsministerium: „*Verordnung über den Warenverkehr.*“ Vom 4. September 1934. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): „*Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1934. Teil I.*“ Berlin 1934. S. 816.

¹¹⁵ Reichswirtschaftsministerium: „*Verordnung über den Warenverkehr.*“ Ebd.

Organisation und Zuständigkeit der Überwachungsstellen¹¹⁶

1. Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse	14. Industrielle Fettversorgung
2. Tiere und tierische Erzeugnisse	15. Lederwirtschaft
3. Milcherzeugnisse, Öle und Fette	16. Kautschuk und Asbest
4. Eier	17. Ruß
5. Holz	18. Mineralöl
6. Gartenbauerzeugnisse, Getränke und sonstige Lebensmittel	19. Chemie
7. Wolle und andere Tierhaare	20. Tabak
8. Baumwolle	21. Kohle und Salz
9. Baumwollgarne und -gewebe	22. Rauchwaren
10. Seide, Kunstseide, Kleidung und verwandte Gebiete	23. Papier
11. Bastfasern	24. Technische Erzeugnisse
12. Uedle Metalle	25. Waren verschiedener Art
13. Eisen und Stahl	

Diese Gesamtzahl von fünfundzwanzig Überwachungsstellen erhöhte sich jedoch in der Folgezeit durch die Aufspaltung der Stelle für Seide, Kunstseide und Kleidung sowie die Neugründung einer eigens für Edelmetalle zuständigen Stelle.¹¹⁷ Der Arbeitsauftrag der Überwachungsstellen lautete dabei wie folgt:

„Die Überwachungsstellen haben die Erwünschtheit der Einfuhr zu prüfen und gleichzeitig zu kontrollieren, ob der Kaufpreis angemessen und ob die branchenmäßigen Zahlungsziele gewährt sind. Somit obliegt den Überwachungsstellen einmal die Aufgabe, eine Rangordnung der volkswirtschaftlich wichtigen Einfuhren aufzustellen. Sodann gehört es zu ihrem Pflichtenkreis, Untersuchungen über die wirklichen Weltmarktpreise anzustellen, um die Angemessenheit der Preise beurteilen zu können.“¹¹⁸

Diese „Erwünschtheit“ wurde wiederum durch die Ziele der NS-Politik definiert. Ebi kommt daher in seiner Wertung der Überwachungsstellen zu dem überzeugenden Ergebnis, dass deren Arbeitsauftrag nicht allein wirtschaftlicher, sondern insbesondere politischer Natur war: *„Die Hauptaufgabe der Überwachungsstellen bestand darin, die für Einfuhrzwecke zur Verfügung*

¹¹⁶ **Anmerkung:** Diese Zuständigkeitsübersicht wurde abgedruckt in: Benning: „Der „Neue Plan“ und die Neuordnung der deutschen Außenwirtschaft.“ Ebd. S. 42. Sowie schriftlich wiedergegeben durch Müller: „Wareneinfuhr und Transithandel.“ Ebd. S. 5.

¹¹⁷ Vgl. Flaig, Herbert: „Untersuchungen über den Einfluss des Neuen Planes auf den deutschen Außenhandel und die deutsche Außenhandelspolitik.“ Freiburg im Breisgau 1941. S. 25-26. & Ebi: „Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932 – 1938.“ Ebd. S. 129.

¹¹⁸ Benning: „Der „Neue Plan“ und die Neuordnung der deutschen Außenwirtschaft.“ Ebd. S. 44.

stehenden Devisen gemäß der Zielsetzungen und Vorgaben der nationalsozialistischen Regierung auf die einzelnen Einfuhrgeschäfte zu verteilen.“¹¹⁹ Ihr Hauptzweck war somit nicht notwendigerweise die Zuteilung von Devisen für die volkswirtschaftlich sinnvollsten Importgesuche, sondern in erster Linie die Umsetzung der durch die Regierung ausgegebenen außenwirtschaftspolitischen Zielsetzungen. Im Falle des Hitler-Regimes bedeutete das einerseits eine Priorisierung von für die Aufrüstung benötigten Gütern sowie andererseits die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit nicht substituierbaren, aber zwingend benötigten Roh- und Grundstoffen. Die vorherige Notlösung der Reichsbank, Devisen nur kurzfristig je nach Dringlichkeit und Erwünschtheit eines Einfuhrgeschäfts zuzuteilen, wurde hierfür in Form der Überwachungsstellen institutionalisiert. Eine Devisenzuteilung wurde noch immer vom erwarteten Deviseneingang abhängig gemacht, konnte aber nun zumindest wieder planbar gemacht werden. So führte der deutsche Ökonom Paul Hövel im Mai 1935 aus: „Die grundsätzlichen Änderungen des "neuen Planes" bestehen darin, dass nun die Devisenzuteilung nur noch in Übereinstimmung mit dem Deviseneingang der Reichsbank vorgenommen wird.“¹²⁰ Der zu diesem Zweck erforderliche Verwaltungsapparat machte einen immensen bürokratischen Aufwand seitens der Importeure notwendig, der umfangreiche monetäre, personelle und zeitliche Ressourcen band. So weist Barkai darauf hin, dass für ein einzelnes Importgeschäft bis zu vierzig unterschiedliche Formulare eingereicht werden mussten.¹²¹ Konkret war der Ablauf des reformierten Einfuhrverfahrens im Zuge des „Neuen Plans“ wie folgt: Für jedes geplante Importgeschäft musste bei der zuständigen Überwachungsstelle vor der Durchführung ein erster Antrag eingereicht und die Betriebe bzw. Verbraucher genannt werden, für die die einzuführende Ware bestimmt war. Antragsberechtigt waren dabei sowohl Einfuhrhändler, als auch die verarbeitenden Betriebe und der Endverbraucher, wobei in jedem Fall der Einfuhrhändler verbindlich festgelegt werden musste, da andernfalls ein Handel mit den bereits erteilten Genehmigungen befürchtet wurde.¹²² Wie der Herausgeber des wirtschaftspolitischen Journals *Der Deutsche Volkswirt* Franz Reuter schon 1934 berichtete, hatten die Antragssteller jedoch ohnehin nur dann Aussicht auf eine Einfuhrgenehmigung verbunden mit der erstrebten Devisenzuteilung, wenn ihnen bereits vor Beginn des „Neuen Plans“ regelmäßige Einzelgenehmigungen oder eine generelle Genehmigung ausgestellt

¹¹⁹ Ebi: „Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932 – 1938.“ Ebd. S. 130.

¹²⁰ Hövel, Paul: „Grundfragen deutscher Wirtschaftspolitik.“ Berlin 1935. S. 132.

¹²¹ Vgl. Barkai: „Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus.“ Ebd. S. 168.

¹²² Vgl. N. N.: Runderlass Nr. 1/34 betreffend die Neuregelung der Devisenzuteilung für die Wareneinfuhr. In: Reuter, Franz: „Die Neuregelung des deutschen Außenhandels. Ein praktischer Wegweiser durch die geltenden Bestimmungen.“ Berlin 1934. S. 91-92. & Ebi: „Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932 – 1938.“ Ebd. S. 132.

worden waren.¹²³ Bereits etablierte Großimporteure sowie besonders die aufrüstungsrelevanten Unternehmen profitierten von dieser Arbeitspraxis, da sie in der Regel bereits über entsprechende Genehmigungen verfügten und die notwendigen Ressourcen für das umfangreiche Antragsverfahren aufbringen konnten. Kleinere und mittlere Betriebe hatten hingegen das Nachsehen, selbst wenn sie ehemalige Einfuhrgenehmigungen vorweisen konnten. Denn diese konnten sich zumeist keine extra zu diesem Zweck in Devisenfragen geschulte Sachbearbeiter leisten, ohne deren Sachkenntnis ein positiver Antragsbescheid seitens der Überwachungsstellen höchst unwahrscheinlich blieb.¹²⁴ Sie blieben daher von direkten Importgeschäften weitestgehend ausgeschlossen. Die Bevorzugung von Großbetrieben blieb über das Bestehen des „Neuen Plans“ hinweg weitgehend unverändert und war den deutschen Wirtschaftskreisen durchaus bewusst. So bemängelt der in Ostasien tätige deutsche Außenhandelskaufmann G. A. Stintzing beispielsweise noch wenige Tage vor Kriegsausbruch am 24. August 1939 in einem Schreiben an Hitler, *„dass mit dem „Neuen Plan“ den Kaufleuten und Industriellen ein Riesengeschenk gemacht worden ist, indem ihnen niemand den Handel streitig machen kann und sie ihn wie ein Privileg innehaben.“*¹²⁵ Der „Neue Plan“ ermöglichte somit eine weitgehende Monopolisierung des deutschen Außenhandels durch einige wenige bereits etablierte Konzerne, welche dennoch vom fortgesetzten Wohlwollen der Überwachungsstellen abhingen. Hierbei stellt sich die Frage, inwieweit diese Monopolisierung seitens des NS-Regimes gewünscht war. Ebi argumentiert in dieser Frage überzeugend, *„dass die Steuerung einiger weniger großen Unternehmen im Hinblick auf die gewünschten Prioritäten leichter möglich war als die einer großen Anzahl kleinerer Firmen“*, weswegen diese *„Vermutung nicht unbegründet“* scheint, obgleich *„die Quellen keinen direkten Aufschluss darüber geben“*.¹²⁶ In jedem Fall scheint diese Arbeitspraxis der Überwachungsstellen den Interessen des NS-Regimes nicht zuwidergelaufen zu sein, da sie in den folgenden Jahren stets beibehalten wurde. Für die sich daraus zwangsweise ergebende Verdrängung ausländischer Konkurrenten vom deutschen Markt gilt dies ohnehin.

Hatte ein Antragsteller die zahlreichen bürokratischen Hindernisse erfolgreich überwunden und erhielt einen positiven Bescheid seitens der Überwachungsstellen, so konnten durch diese vier wesentliche Arten von Devisenbescheinigungen ausgestellt werden: Erstens, Bescheinigungen

¹²³ Vgl. Reuter: *„Die Neuregelung des deutschen Außenhandels. Ein praktischer Wegweiser durch die geltenden Bestimmungen.“* Ebd. S. 21 – 23.

¹²⁴ Vgl. Müller: *„Wareneinfuhr und Transithandel.“* Ebd. S. 17.

¹²⁵ BAArch R 43-II/807b. Brief von B. A. Stintzing mit Vorschlägen bezüglich einer Neuordnung der Außenhandelspolitik vom 24. August 1939.

¹²⁶ Ebi: *„Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932 – 1938.“* Ebd. S. 133.

für Kassageschäfte, also Bartransaktionen, die den sofortigen Umtausch in ausländische Währungen oder die Einzahlung in Reichsmark auf ein Ausländerkonto mit einer Umtauschberechtigung in Auslandswährungen ermöglichten.¹²⁷ Da diese Bescheinigungen einen direkten Zugriff auf die knappen Devisenreserven der Reichsbank erforderlich machten, durften sie ausschließlich für die „*dringendste Einfuhr*“ verwendet werden.¹²⁸ Sie stellten aus diesem Grund die exklusivsten und daher am sparsamsten gewährten Devisenbescheinigungen dar. Zweitens, Devisenbescheinigungen die die „*Einzahlungen auf Verrechnungs- und Sonderkonten im Rahmen der Verrechnungs- und Zahlungsabkommen*“ ermöglichten.¹²⁹ Hierfür wurden mit einigem zeitlichen Vorlauf „*monatliche Zahlungskontingente für die einzelnen Länder zugeteilt*“, welche die „*eingetretene Stauung auf den Verrechnungskonten*“ und „*Stockungen im internationalen Zahlungsverkehr*“ beheben sollten.¹³⁰ Drittens, Bescheinigungen für Importgeschäfte mit späterer Zahlungsfälligkeit, welche zum Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses keine Devisen benötigten. In diesem Sinne wurde den Importeuren im Falle einer Bewilligung kein unmittelbarer Zugang zu Devisen gewährt, sondern lediglich für den Fälligkeitstermin verbindlich in Aussicht gestellt.¹³¹ Dies hatte für die Reichsbank den Vorteil, zumindest kurzfristig die Devisenreserven schonen und für die Bezahlung zukünftige Deviseneingänge zurückstellen zu können.¹³² Mit Blick auf die stets prekären Reichsbankreserven handelte es sich hierbei um die wichtigste Form der Devisenzuteilung. Viertens und letztens, Bescheinigungen zur Devisenzuteilung für Importnebenkosten, etwa Transport und Versicherung, falls diese nicht im Kaufpreis enthalten waren.¹³³ Nach einem erfolgreichen Antragsverfahren musste der positive Zuteilungsbescheid den zuständigen Zollstellen beim Import der Waren vorgelegt werden, welche dem Importeur wiederum Bescheinigungen über Herkunftsland, Empfänger und Warenwert ausstellten.¹³⁴ Die auf diese Art erhaltenen Formulare reichte der Importeur anschließend bei der Reichsbank bzw. einer Devisenbank ein, die dann dem ausländischen Exporteur den Kaufpreis überwies. Falls der durch die Überwachungsstellen genehmigte Devisenbedarf nicht vollumfänglich

¹²⁷ Vgl. Benning: „*Der „Neue Plan“ und die Neuordnung der deutschen Außenwirtschaft.*“ Ebd. S. 44.

¹²⁸ Benning: „*Der „Neue Plan“ und die Neuordnung der deutschen Außenwirtschaft.*“ Ebd. S. 44.

¹²⁹ Ebi: „*Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932 – 1938.*“ Ebd. S. 131.

¹³⁰ Benning: „*Der „Neue Plan“ und die Neuordnung der deutschen Außenwirtschaft.*“ Ebd. S. 45.

¹³¹ Vgl. Benning: „*Der „Neue Plan“ und die Neuordnung der deutschen Außenwirtschaft.*“ Ebd. S. 45.

¹³² Vgl. N. N.: Runderlass Nr. 1/34 betreffend die Neuordnung der Devisenzuteilung für die Wareneinfuhr. In: Reuter: „*Die Neuordnung des deutschen Außenhandels. Ein praktischer Wegweiser durch die geltenden Bestimmungen.*“ Ebd. S. 92.

¹³³ Ebi: „*Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932 – 1938.*“ Ebd. S. 131.

¹³⁴ Vgl. Erlass des Reichsfinanzministers an die Zollstellen vom 15. September 1934 betreffend die Devisenüberwachung. In: Reuter: „*Die Neuordnung des deutschen Außenhandels. Ein praktischer Wegweiser durch die geltenden Bestimmungen.*“ Ebd. S. 81.

ausgeschöpft wurde, musste der Differenzbetrag nach Ablauf der Bescheinigungsgültigkeit zudem zurückgezahlt werden.¹³⁵ Paradoxerweise blieb trotz der erheblichen Anstrengungen des „Neuen Plans“ der Import ausländischer Waren ohne Billigung der Überwachungsstellen anfänglich weiterhin möglich; nur konnte der Importeur *„nicht damit rechnen, dass er die notwendige Genehmigung zur Bezahlung der Waren im Nachhinein erhielt.“*¹³⁶ Sofern die Importeure keine eigenen Devisenbestände im Ausland hielten, sondern auf die Kooperation der deutschen Stellen angewiesen waren, war dies jedoch ein äußerst schwieriges Unterfangen. Der Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium Carl-Hermann Müller weist zudem darauf hin, dass dieses gesetzliche Schlupfloch mit dem Erlass eines devisenpolitischen Einfuhrverbotes vom 29. Juli 1935 nachträglich abgeschafft worden sei.¹³⁷

5.2.2. Devisenbewirtschaftung und Preissetzung

Schacht hatte somit die bereits vor seinem Amtsantritt geltenden Bestimmungen zu einem hochkomplexen, intransparenten und planungsintensiven Einfuhrkontrollsystem ausgebaut, welches den Import für das NS-Regime steuerbar machte. Dies entsprach dem von Hitler propagierten Primat der Politik vor den Interessen der Wirtschaft, welche im Zuge des totalitären Anspruchs der NS-Bewegung ebenfalls gleichgeschaltet werden sollte. Der „Neue Plan“ ermöglichte es daher, die durch die NSDAP schon in den beiden Strasser-Programmen von 1932 angestrebte staatliche Distributionssteuerung knapper Ressourcen auf die Einfuhr auszudehnen. Daneben war in den Programmen der NSDAP der Wunsch nach einer absoluten staatlichen Devisenbewirtschaftung deutlich geworden. In diesem Gebiet waren bereits unter den Präsidialkabinetten wesentliche Schritte unternommen worden, die im Zuge des „Neuen Plans“ mit der *„Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung“* vom 11. September 1934 fortgeführt wurden. Darin wurden die geltenden Bestimmungen der staatlichen Devisenkontrolle an die neuen handelspolitischen Erfordernisse angepasst, was insbesondere die erweiterten devisenpolitischen Kompetenzen der Überwachungsstellen betraf.¹³⁸ Auch in dieser Hinsicht deckt sich der „Neue Plan“ somit mit den vor der Machtübernahme artikulierten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des Nationalsozialismus. Mit den Importbeschränkungen war darüber hinaus eine deutliche

¹³⁵ Reuter: *„Die Neuregelung des deutschen Außenhandels. Ein praktischer Wegweiser durch die geltenden Bestimmungen.“* Ebd. S. 25.

¹³⁶ Ebi: *„Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932 – 1938.“* Ebd. S. 130.

¹³⁷ Vgl. Müller, Carl-Hermann: *„Grundriß der Devisenbewirtschaftung.“* Berlin 1938. S. 257-258.

¹³⁸ Reichswirtschaftsministerium: *„Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung.“* Vom 11. September 1934. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): *„Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1934. Teil I.“* Berlin 1934. S. 829.

Angebotsverknappung für bestimmte Auslandswaren erwartbar, die nach marktwirtschaftlichen Gesetzen bei gleichbleibendem Konsumwillen zu starken Preiserhöhungen führen konnte. Um dem entgegenzuwirken und die Preisstabilität für Importware zu gewährleisten, wurde dem „Neuen Plan“ daher als dritte gesetzliche Maßnahme die „*Verordnung über Preise für ausländische Waren*“ vom 22. September 1934 beigelegt. Mit dieser Maßnahme wurde in die Preisbildung für Auslandswaren eingegriffen und verhindert, dass die staatliche gewollte Importverknappung von den begünstigten Importeuren für überhöhte Preissteigerungen genutzt wurde.¹³⁹ Denn eine solche inländische Preisexplosion für Importware hätte die Reichsmark gegenüber ausländischen Währungen ggf. weiter abgewertet und dadurch die prekäre deutsche Devisenlage noch verschärft.

5.2.3. Ausfuhrförderung

Während der Import auf diese Weise verringert und umgelenkt, die staatliche Devisenkontrolle ausgebaut sowie in die Preisbildung für Importware aktiv eingegriffen wurde, galt es darüber hinaus den deutschen Export zu stabilisieren und neu zu beleben. Denn nur durch gesteigerte Deviseneinnahmen ließen sich die für den erstrebten Wirtschaftsaufschwung und die beginnende Aufrüstung benötigten Rohstoffe und Vorprodukte aus dem Ausland finanzieren. Getrieben von diesen durch Hitler propagierten Notwendigkeiten war das Wirkungsfeld des „Neuen Plans“ keinesfalls auf den Import beschränkt, sondern sah die Exportförderung als notwendiges Pendant hierzu an:

„Es würde eine Verkennung des Neuen Planes bedeuten, würde man seinen Wirkungsbereich als beschränkt auf die kontrollierende Einfuhr und Rohstoffbewirtschaftung ansehen. Neben diesen zur Aufrechterhaltung einer zweckmäßigen Rohstoffversorgung notwendigen Maßnahmen bildet vielmehr der Gedanke einer aktiven Exportpolitik einen integrierenden Bestandteil des Neuen Plans. Bei allen verantwortlichen Stellen herrscht Übereinstimmung darüber, daß die Basis der Einfuhr die Ausfuhr ist. Exportoffensive, Ausfuhraktivität, Pflege und Förderung des Exports steht deshalb im Mittelpunkt aller offiziellen Äußerungen und Aufrufe zum Außenhandelsproblem.“¹⁴⁰

Konträr zur Importeinschränkung sollte somit eine maximale Exportausdehnung angestrebt werden. Nur wenige Waren, insbesondere knappe Rohstoffe, wurden von dieser Exportoffensive ausgenommen und stattdessen aus Knappheitsgründen mit einem

¹³⁹ Reichswirtschaftsministerium: „*Verordnung über Preise für ausländische Waren*“ vom 22. September 1934. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): „*Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1934. Teil I.*“ Berlin 1934. S. 843 – 844.

¹⁴⁰ Benning: „*Der „Neue Plan“ und die Neuordnung der deutschen Außenwirtschaft.*“ Ebd. S. 59-60.

Ausfuhrverbot belegt.¹⁴¹ Die hohe Bedeutung des Exports für das Gelingen des „Neuen Plans“ geht zudem aus dem von Schacht ausgegebenen „*Runderlass über die Neuregelung der Devisenzuteilung*“ vom 11. September 1934 hervor, in dem es heißt: „*Oberster Grundsatz [...] muss sein, dass die Versorgung des Exports unter allen Umständen sichergestellt wird.*“¹⁴² Ähnlich wie bei der Schaffung der Überwachungsstellen konnte Schacht auch für die angestrebte Ausfuhrförderung auf bereits bestehende Strukturen und Prozesse zurückgreifen. So war durch das bereits angeführte „*Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland*“ vom 9. Juni 1933 und der Gründung der Konversionskasse der Handel mit „*Scripts*“ eingeführt worden, dessen Verkaufserlöse bis dato wesentliche Exportprodukte subventionierten.¹⁴³ Diese Subvention erfolgte in Form eines „*Zusatzausfuhrverfahrens*“ mit einer künstlichen Verbilligung der deutschen Exporte, um diesen zu einer Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten zu verhelfen, sofern „*der genaue Nachweis einer Verlustausfuhr*“ erbracht werden konnte.¹⁴⁴ Verbunden war dies mit einem umfangreichen und zeitintensiven Berechnungsverfahren für die einzelnen Waren über die Bewilligung und Höhe einer möglichen Förderung. Deren Finanzierung hing jedoch von der Bereitschaft ausländischer Investoren zum Kauf der „*Scripts*“ ab, die bereits Ende 1933 spürbar nachließ und eine wahrscheinliche Erklärung für die Änderung des zuvor angesprochenen Prozentsatzes zur Einlösbarkeit in Devisen darstellt. Eine direkte Exportsubventionierung aus Steuergeldern sollte aus Sicht der Reichsbank allerdings vermieden werden, wie Reichsbankdirektor Blessing noch am 8. August 1934 in einem Schreiben betont.¹⁴⁵ Erschwerend kam hinzu, dass eine stark wachsende Anzahl an Exporteuren das Förderverfahren in Anspruch nahm, was das System an die Grenzen seiner Finanzierbarkeit brachte. So zeigt eine Aufstellung der Reichsbank, dass im November 1933 ca. 44 Prozent aller Exporte zu durchschnittlich 14,5 Prozent subventioniert wurden.¹⁴⁶ Interessanterweise wurde diese Exportförderung nicht direkt durch das

¹⁴¹ Vgl. Ellis: „*The German Monetary Theory 1905 – 1933.*“ Ebd. S. 211 – 212. & Barkai: „*Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus.*“ Ebd. S. 168.

¹⁴² N. N.: „*Runderlass über die Neuregelung der Devisenzuteilung*“ vom 11. September 1934. In: Benning: „*Der „Neue Plan“ und die Neuordnung der deutschen Außenwirtschaft.*“ Ebd. S. 60.

¹⁴³ **Anmerkung:** Auch wenn das „*Scripts*“-Verfahren den Löwenanteil hiervon ausmachte, bestand bereits seit 1931 eine weitere Finanzierungsquelle. Der Historiker Hans Günter Hockerts dazu: „*Das ZAV [Zusatzausfuhrverfahren] bediente sich seit Ende 1931 des sog. Bonds-Verfahrens, seit Herbst 1933 zunehmend des Scripts-Verfahrens. Beide Methoden beruhten auf dem Vorhandensein großer dt. blockierter Schuldtitel im Ausland, mit deren Rückzahlung die ausländischen Gläubiger nicht mehr rechneten und die deshalb zu einem niedrigeren Kurs gehandelt wurden.*“ Hockerts, Hans Günter (Hrsg.): „*Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933 – 1945.*“ Band II. Teilband 1. München 1999. Erklärende Fußnote S. 3.

¹⁴⁴ Benning: „*Der „Neue Plan“ und die Neuordnung der deutschen Außenwirtschaft.*“ Ebd. S. 41.

¹⁴⁵ Vgl. BArch R 2501/6602. Ausarbeitung von Reichsbankdirektor Blessing zu Exportfördermitteln vom 8. August 1934.

¹⁴⁶ Vgl. BArch R 2501/6605. Entwicklung des Zusatzausfuhrverfahrens bei der deutschen Golddiskontbank. & BArch R 2501/6607 Anteil der Zusatzausfuhr an der gesamten Ausfuhr.

Reichswirtschaftsministerium, sondern über die schon 1924 auf Betreiben Schachts gegründete teilstaatliche Golddiskontbank abgewickelt.¹⁴⁷ Dennoch war der Reichswirtschaftsminister, zu diesem Zeitpunkt noch in Person von Schmitt, auch in diesem Bereich weisungsberechtigt und sah sich im Zuge der unter Druck geratenen Exportsubventionsfinanzierung Ende 1933 genötigt, die in Aussicht gestellten Verlustausgleichszahlungen zu kürzen.¹⁴⁸ Ebi weist darauf hin, dass durch diese Kürzungen entstandene Schäden zwischenzeitlich dadurch verschärft wurden, dass die Golddiskontbank Förderzusagen nur noch unverbindlich gab, was jedoch aufgrund von Widerstand seitens der deutschen Exporteure bald darauf zurückgenommen wurde.¹⁴⁹ Da sich die pekuniäre Situation der Golddiskontbank in der Zwischenzeit nicht gebessert hatte, bleibt die Frage wie die dafür erforderlichen Mittel beschafft wurden. Ermöglicht wurde dies durch eine Garantie des Reichsfinanzministeriums vom 22. Dezember 1933, der Golddiskontbank bei Bedarf Verlustausgleichszahlungen bis zur Höhe von 25 Mio. RM bis zum 30. April 1934 als Stichtag zu ersetzen, falls deren Eigenmittel hierzu nicht ausreichen würden. Bei Inanspruchnahme sollte dieser Betrag verzinst aus zukünftigen Erlösen der Golddiskontbank zurückgezahlt werden. Falls dies jedoch bis zum 1. Oktober 1934 nicht möglich wäre, sollte diese Rückzahlungsverpflichtung entfallen.¹⁵⁰ Vor dem Hintergrund der sich drastisch verschärfenden Devisenkrise bis Mitte 1934 und des akkumulierten Importüberschusses war daran jedoch nicht zu denken. Stattdessen advozierte Schmitt im Reichsfinanzministerium für eine Vervierfachung der Garantieerklärung auf 100 Mio. RM sowie eine Laufzeitverlängerung der Reichsgarantien bis zum 3. April 1935.¹⁵¹ Reichsfinanzminister Lutz von Krosigk stimmte dem wenig später am 20. April 1934 zu.¹⁵² Mit Rücksicht auf den dringenden Devisenbedarf des Reiches und die sich daraus ergebende Bedeutung der Exportförderung war an diesem Punkt bereits absehbar, dass die Golddiskontbank diese Garantien im Falle einer Nutzung nicht würde zurückzahlen können, da jede Rücküberweisung an das Reichsfinanzministerium die zur Förderung unabdingbaren Mittel reduziert hätte. Diese Reichsgarantien wurden bereits kurz darauf rege in Anspruch genommen. So führt ein Bericht der statistischen Abteilung der Reichsbank vom 16. August 1934 an, dass in den wenigen Monaten bis zu diesem Zeitpunkt

¹⁴⁷ **Anmerkung:** Tatsächlich war die Exportförderung einer der Hauptgründe für die Bankgründung 1924. Die Institution war von Beginn an eng mit der Reichsbank verwoben und wurde von Schacht als Reichsbankpräsident ab 1933 auch für die Platzierung der Mefo-Wechsel zur Aufrüstungsfinanzierung genutzt. Vgl. Stucken, Rudolf: „*Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 bis 1963.*“ Tübingen 1964. S. 152-153.

¹⁴⁸ Vgl. BAArch R 2/14214. Schreiben des Reichswirtschaftsministers an die Leiter der Devisenstellen vom 18. November 1933.

¹⁴⁹ Vgl. Ebi: „*Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932 – 1938.*“ Ebd. S. 134.

¹⁵⁰ Vgl. BAArch R 2/14214. Schreiben des Reichswirtschaftsministers vom 22. Dezember 1933.

¹⁵¹ Vgl. BAArch R2/14216. Schreiben des Reichswirtschaftsministers an den Reichsfinanzminister vom 23. März 1934.

¹⁵² Vgl. BAArch R2/14214. Garantierklärung des Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministers vom 20. April 1934.

bereits knapp ein Drittel der Garantien im Umfang von 32 Mio. RM abgerufen worden war.¹⁵³ Die noch im Sommer 1933 über das „Scrips“-Verfahren maßgeblich durch Auslandsgläubiger finanzierte Exportförderung musste somit Mitte 1934 in steigendem Umfang direkt aus Reichsmitteln gedeckt werden. Wie Ebi ausführlich darlegt, wurde dieser Umstand durch den Abschluss mehrerer neuer Transferabkommen, die die Tilgung sowie Verzinsung der deutschen Auslandsschulden und damit die ursprüngliche Finanzierungsgrundlage des Zusatzausfuhrverfahrens berührten, noch verstärkt.¹⁵⁴ Abgesehen von den dadurch entstehenden Zusatzbelastungen für den Reichshaushalt vermochte es das Verfahren bis zum Sommer 1934 nicht, seinen eigentlichen Zweck, nämlich eine ausreichende Ausweitung des Exports zu Finanzierung des Importbedarfs, zu erfüllen.¹⁵⁵ Grund hierfür war neben der unzureichenden Subventionshöhe *„insbesondere die schwerfällige individuelle Berechnung der Exportförderung.“*¹⁵⁶ Auch dürfte die zunehmende Belegung der deutschen Binnennachfrage und die durch die Nationalsozialisten selbst artikulierten Autarkiebestrebungen eine gewisse Rolle gespielt haben, die eine Fokussierung der eigenen Produktion auf den deutschen Markt für Unternehmen attraktiv erscheinen ließ. Eine Verlagerung zuungunsten des risiko- und bürokratielastigen Exports war die Folge. Wie sehr diese Ausfuhrvernachlässigung zu einem dauerhaften Problem avancierte, zeigen die wiederholten, fast schon verzweifelt anmutenden Exportaufrufe Schachts: *„In der Zwischenzeit [...] dürfen wir nicht müde werden, für unseren Export zu tun, was wir irgend tun können. [...] Halten Sie dem Führer die Treue auch in dieser Frage! Tun Sie alles, um Ihren Export aufrechtzuerhalten, beschreiten Sie nicht den bequemeren Weg der Abkehr vom Export zum Binnengeschäft, sondern vergrößern Sie beide!“*¹⁵⁷ Als die Konversionskasse in einem Bericht vom 10. August 1934 zudem feststellte, dass sich aus den Erlösen des „Scrips“-Verfahrens in absehbarer Zeit nur noch Exporte in Höhe von 48 Mio. RM subventionieren lassen würden, nahm der Reformdruck gegenüber dem bisherigen System weiter zu.¹⁵⁸ Noch am gleichen Tag schlug Schacht, nunmehr als Minister, eine kurzfristige Notlösung vor. So sollten zur Subventionsfinanzierung neben den Einnahmen aus dem

¹⁵³ Vgl. BArch R 2501/6604. Bericht der volkswirtschaftlichen und statistischen Abteilung der Reichsbank über die Inanspruchnahme des Reiches durch das Zusatzausfuhrverfahren vom 17. August 1934.

¹⁵⁴ Vgl. Ebi: *„Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932 – 1938.“* Ebd. 133 – 149.

¹⁵⁵ Vgl. Boelcke: *„Die deutsche Wirtschaft 1930 – 1945.“* Ebd. S. 100.

¹⁵⁶ Ebi: *„Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932 – 1938.“* Ebd. S. 150.

¹⁵⁷ Aus der Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Weimar vor dem Verband der Mitteldeutschen Industrie vom 29. Oktober 1934 über Außenhandelsfragen zitiert nach Michaelis, Herbert (Hrsg.): *„Das Dritte Reich. Die Zertrümmerung des Parteienstaates und die Grundlegung der Diktatur.“* In: *„Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte.“* Band IX. Berlin 1964. S. 700.

¹⁵⁸ Vgl. BArch R 2//229. Ausarbeitung über die Exportförderung aus „Scrips“ und Fundierungsbonds vom 10. August 1934.

„Scrips“- und Bondsgeschäft, den Reichsgarantien und derzeitigen Mitteln der Konversionskasse auch erwartete Einnahme von eben dieser in Höhe von 470 Mio. RM beliehen werden.¹⁵⁹ Eine unbefriedigende und bestenfalls temporäre Lösung, wie Schacht selbst eingesteht: *„Ich weiß, es ist eine Verzweiflungsmaßnahme. Trotzdem weiß ich nicht, wie wir durchkommen wollen, wenn wir es nicht machen.“*¹⁶⁰ Die Finanzierungsfrage blieb hiernach weiter in der Schwebe und war in den folgenden Monaten weiteren Reformüberlegungen unterworfen.¹⁶¹ Wichtiger als die Finanzierungsmodalitäten war für Schacht jedoch die schnellstmögliche Ausfuhrstabilisierung und Ausweitung, um die prekäre Devisenlage des Reiches zu stabilisieren. Eine umfassende Ausarbeitung der Reichsbank zum „Neuen Plan“ vom 14. August 1934 belegt die Kritikalität einer zeitnahen Reform und beschreibt die von Schacht für die Exportförderung im „Neuen Plan“ angedachten Maßnahmen:

*„Die gegenwärtige Devisenlage macht es erforderlich, einen Plan aufzustellen, durch den eine großzügige Förderung der deutschen Ausfuhr und gleichzeitig eine planmäßige Einschränkung der Einfuhr erfolgen kann. Die beabsichtigte stärkere Förderung des deutschen Exports wird auf einer Erweiterung und Änderung des gegenwärtigen Zusatzausfuhrverfahrens beruhen. Das bisherige Zusatzausfuhrverfahren [...] ist auf alle Waren auszudehnen, deren Ausfuhr nur durch Subventionen gehalten oder gesteigert werden kann. [...] Gleichzeitig sollen die für die einzelnen Waren geltenden Verlustausgleichssätze auf durchschnittlich 25% erhöht werden. Parallel mit dieser Erweiterung des Zusatzausfuhrverfahrens muß ein Übergang von der bisherigen individuellen Methode zu einem System einer mehr generellen Ausfuhrförderung erfolgen. Jeder Exporteur erhält in Zukunft einen festen Verlustausgleichssatz für den Export bestimmter Waren, die in einer besonderen Liste zusammengestellt werden, gestaffelt nach Ländern und Ländergruppen. [...] Etwaigen Gegenmaßnahmen des Auslands kann dadurch begegnet werden, daß [...] die Fiktion der individuellen Ausfuhrförderung aufrechterhalten wird und daß gleichzeitig die Finanzierung in bescheidenem Ausmaße in der bisherigen Weise durch Bonds- und Scripgeschäfte durchgeführt wird.“*¹⁶²

Das Ausfuhrförderverfahren sollte somit deutlich mehr Waren als bisher zu einem deutlich höheren Prozentsatz subventionieren und die Förderbeträge zugleich von einer zeitaufwendigen individualisierten Berechnung entkoppelt werden. Stattdessen sollte das Verfahren auf eine

¹⁵⁹ Vgl. Besprechung im Reichswirtschaftsministerium vom 10. August 1934. In: Hockerts, Hans Günter (Hrsg.): *„Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933 – 1945.“* Band II. Teilband 1. München 1999. S. 5 – 7.

¹⁶⁰ Besprechung im Reichswirtschaftsministerium vom 10. August 1934. In: Hockerts (Hrsg.): *„Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933 – 1945.“* Ebd. S. 7

¹⁶¹ **Anmerkung:** Für einen ausführlichen Überblick über die Finanzierungsdebatte bis zum Frühjahr 1935 siehe Ebi: *„Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932 – 1938.“* Ebd. S. 149 – 161.

¹⁶² Aufzeichnung der Reichsbank zum Neuen Plan im Außenhandel vom 14. August 1934. In: Hockerts (Hrsg.): *„Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933 – 1945.“* Ebd. S. 13 – 14.

generelle Subventionierung für bestimmte Warengruppen umgestellt werden. Da die Reichsmark anders als das Britische Pfund und der US-Dollar aus innenpolitischen Gründen nicht abgewertet wurde, sollte durch diese Maßnahme der Preisvorteil der ausländischen Konkurrenten ausgeglichen werden. Bemerkenswert ist dabei, dass die Reichsbank über mögliche Gegenmaßnahmen des Auslands derart besorgt war, dass die neue Pauschalförderung geheim gehalten werden sollte. Offiziell erfolgte die Subvention daher weiterhin nur nach individueller Prüfung und hauptsächlich aus den durch das Ausland gebilligten „Scrips“- und Bondsverfahrens erzielten Erträgen. Mit dem Abfluss der Fördermittel und der grassierenden deutschen Exportmüdigkeit wurde es jedoch bald erforderlich, eine belastbarere Finanzierungsgrundlage für das Zusatzausfuhrverfahren zu schaffen.¹⁶³ Schacht favorisierte hierfür zunächst eine vermeintlich freiwillige Förderumlage, die durch die Industrie hätte aufgebracht werden sollen. Auf Schachts Ratschlag hin erließ Hitler daher am 22. März 1935 eine geheime Anordnung an die zuständigen NS-Wirtschaftsgremien:

„Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Binnenkonjunktur ist nur möglich, wenn es gelingt, den Bedarf an lebensnotwendigen fremden Rohstoffen zu decken. [...] Um die deutsche Ausfuhr wieder auf eine Höhe zu bringen, die den Erfordernissen des Nationalen Arbeitsbeschaffungsprogramms entspricht, ordne ich folgendes an: 1. Mit öffentlichen Aufträgen dürfen nur solche Firmen betraut werden, die nachweislich in einem vom Reichswirtschaftsminister für die einzelnen Industriezweige festgesetzten Ausmaß Ausfuhrgeschäfte tätigen. [...]. 2. Firmen, welche öffentliche Aufträge erhalten, sind anzuhalten, zum Zwecke der Ausfuhrförderung eine freiwillige Arbeitsbeschaffungsabgabe durch Abzug vom Rechnungsbetrag des öffentlichen Auftrages zu entrichten.“¹⁶⁴

Um von den lukrativen und vergleichsweise risikoarmen Staatsaufträgen profitieren zu können, waren Unternehmen somit gezwungen, Waren zu exportieren und so zur Entschärfung der Devisenkrise beizutragen. Gleichzeitig sollte die anziehende Binnenkonjunktur den Export über die angesprochene „freiwillige Arbeitsbeschaffungsabgabe“ subventionieren. Die Kosten des Zusatzausfuhrverfahrens sollten dadurch durch die Industrie selbst anstelle des Staates aufgebracht werden. Die „freiwillige“ Abgabe stieß jedoch auf einigen Widerstand in den betroffenen Industriekreisen. Stattdessen entschied sich Schacht im Sommer 1935 nach zähen

¹⁶³ **Anmerkung:** Hockerts sieht in dieser abermaligen Finanzierungsreform „ein Anerkenntnis des Scheiterns der mit dem Neuen Plan verfolgten Exportfinanzierung über Kredite der Konversionskasse und der Golddiskontbank sowie über Stillhalte Kredite“. (Vgl. Hockerts (Hrsg.): „Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933 – 1945.“ Ebd. Erklärende Fußnote S. 464.) Mit Blick auf Schachts selbst geäußerte Unzufriedenheit mit seinem eigenem Maßnahmenbündel scheinen die von Hockerts treffend beschriebenen Finanzierungsmodalitäten jedoch ohnehin nicht als Dauerlösung gedacht gewesen zu sein, sodass der Begriff des „Scheiterns der [...] Exportfinanzierung“ möglicherweise übertrieben wirkt.

¹⁶⁴ Geheime Anordnung Hitlers zur Förderung der deutschen Ausfuhr vom 22. März 1935. In: Hockerts (Hrsg.): „Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933 – 1945.“ Ebd. S. 464 – 465.

Verhandlungen zur Einführung einer durch die Industrie verpflichtend zu leistenden Exportförderumlage. Grundlage hierfür war das am 28. Juni 1935 erlassene „*Gesetz über Erhebungen von Umlagen in der gewerblichen Wirtschaft*“.¹⁶⁵ Ab dem 1. Juli 1935 begann daher eine neue Phase des Zusatzausfuhrförderverfahrens. Dessen Finanzierung wurde ab diesem Punkt nicht mehr in erster Linie durch das Ausland oder Kredite aus dem Reichshaushalt gewährleistet, sondern durch die Industrie selbst. Die Fördersätze für die jeweiligen Waren wurden zugleich vereinheitlicht. Das Verfahren wurde dabei auf höchster Organisationsebene in Reichsgruppen nach Wirtschaftssektoren aufgeteilt, welche wiederum nach Industriezweigen in Wirtschaftsgruppen untergliedert wurden. Diese mussten durch die Abgabe eines jährlich festgelegten Prozentsatzes ihrer Lohnsumme oder ihres Inlandsumsatzes die Umlage finanzieren und waren organisatorisch an deren Umsetzung beteiligt.¹⁶⁶ Da während der NS-Zeit keine freie Preisbildung erfolgen konnte,¹⁶⁷ war es für die Unternehmen jedoch nicht möglich, die Mehrkosten auf ihre Konsumenten im Inland abzuwälzen. Eine Kostenweitergabe an ausländische Importeure war durch die ohnehin unter Druck stehende Konkurrenzfähigkeit deutscher Exporte auf dem Weltmarkt ebenfalls undenkbar. Folglich mussten die betroffenen Betriebe die Umlage aus etwaig erzielten Gewinnen bezahlen, was deren Profitabilität teilweise in hohem Maße beeinträchtigte.¹⁶⁸ Die genaue Höhe der Exportförderumlage, ihre Belastung für die Industrie und die Höhe der Subventionen je nach Warengattung war in den Folgejahren einigen Schwankungen unterworfen. Barkai führt hierzu aus: „*Die Subsidien schwankten zwischen 10 – 90 v.H. des offiziellen Markkurses, betrugen jedoch zumeist einen Zuschlag von 40 – 60 v.H. desselben.*“¹⁶⁹ Das Zusatzausfuhrverfahren selbst blieb hingegen bis zum Kriegsausbruch weitgehend unverändert bestehen.

Genauso wie der massive Ausbau der Importkontrolle sowie die Verschärfung der

¹⁶⁵ Reichsregierung: „*Gesetz über Erhebungen von Umlagen in der gewerblichen Wirtschaft*“ vom 28. Juni 1935. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): „*Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1935. Teil I.*“ Berlin 1935. S. 812.

¹⁶⁶ **Anmerkung:** Hierfür bestehen für die Jahre 1935 bis 1943 entsprechende Akten im Bundesarchiv, die nach Branchen und Jahren aufgeschlüsselt detaillierten Aufschluss über die jeweilige Höhe der Belastung geben. Für einen ersten Überblick siehe Ebi: „*Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932 – 1938.*“ Ebd. S. 169.

¹⁶⁷ **Anmerkung:** Schon seit 1931 war ein eigens bestellter Reichskommissar für Preisüberwachung für die Wahrung einer weitgehenden Preisstabilität zuständig. (Vgl. Reichsregierung: „*Verordnung über die Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung*“ vom 8. Dezember 1931. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.) „*Reichsgesetzblatt 1931. Teil I.*“ Berlin 1931. S. 747.) Diese Kompetenzen wurden im Zuge des Vierjahresplans und der Umbenennung in „*Reichskommissar für Preisbildung*“ am 29. Oktober 1936 nochmals bestätigt und ausgeweitet. (Vgl. Reichsregierung: „*Gesetz zur Durchführung des Vierjahresplans – Bestellung eines Kommissars für die Preisbildung*“ vom 29. Oktober 1936. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.) „*Reichsgesetzblatt 1936. Teil I.*“ Berlin 1936. S. 927.)

¹⁶⁸ Vgl. Ebi: „*Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932 – 1938.*“ Ebd. S. 170.

¹⁶⁹ Barkai: „*Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus.*“ Ebd. S. 168.

Devisenbewirtschaftung und der staatlichen Lenkung der Verteilung knapper Ressourcen stellte auch die Reform der Exportförderung keinen Bruch, sondern vielmehr eine Intensivierung der bereits zuvor verfolgten Außenhandelspolitik dar. So wurden im Zuge des „Neuen Plans“ die Verlustausgleichszahlungen an die Exporteure erhöht und auf eine breitere Produktpalette ausgedehnt, staatlicherseits unter Androhung eines Ausschlusses von Staatsaufträgen mangelnde Exportbereitschaft sanktioniert und die Finanzierung des Zusatzausfuhrverfahrens mit der Einführung der Exportförderumlage an den gesteigerten Bedarf angepasst.

5.2.4. Bilateralisierung der Handelspolitik

Die Mechanismen zur Regelung, welche Güter zu welchem Preis in welchem Umfang importiert oder exportiert werden sollten, wurden somit hinreichend dargelegt. Darüber hinaus hatte der „Neue Plan“ jedoch den Anspruch, den Außenhandel auch in der Frage umzugestalten, mit welchen Nationen dieser in welcher Form bevorzugt abgewickelt werden sollte. Da sich die Weltmärkte seit Anfang der dreißiger Jahre durch die Folgen der Weltwirtschaftskrise, dadurch ausgelöstem Protektionismus und einseitigen Währungsabwertungen in einer „*internationalen Finanzanarchie*“ (siehe Kapitel 4.1.) befanden, schien ein Freihandelssystem nach dem britischen Vorbild von gleichen Handelsbedingungen für alle nicht mehr den deutschen Erfordernissen zu entsprechen. Spätestens unter dem Eindruck der Handels- und Devisenkrise im Sommer 1934 und den beginnenden Zwangsclearings seitens einiger Gläubigerländer schien eine Neuordnung der deutschen Handelsbeziehungen unabdingbar. Die Grundlage hierfür legte Schacht Hitler in einem privaten Gespräch kurz vor seiner Ernennung zum Wirtschaftsminister mit den Worten dar: *„Ich würde nie mehr kaufen, als ich bezahlen kann, und ich würde möglichst bei den Ländern kaufen, die auch bei mir kaufen.“*¹⁷⁰ Einerseits war damit die bereits ausgeführte Begrenzung des Imports in Abhängigkeit zu den Deviseneinnahmen des Exports gemeint. Andererseits sollten fortan bevorzugt aus solchen Ländern Waren importiert werden, die im Gegenzug bereit waren, deutsche Exporte zu kaufen. Das Mittel der Wahl war hierfür eine Art bilateraler Tauschhandel von Waren, deren Werte anschließend miteinander verrechnet wurden, ohne dass größere Transaktionen zwischen den beteiligten Staaten getätigt werden mussten: *„An die Stelle des über die Weltdevisen- und -kreditmärkte erfolgenden Spitzenausgleichs vielseitiger Handelsvertragsbeziehungen trat das sich immer mehr dem primitiven Direkttausch nähernde System der bilateralen Verträge.“*¹⁷¹ Durch die Ausweitung dieser auf direktem Warenaustausch basierenden Clearingsysteme auf weitere Länder konnte

¹⁷⁰ Schacht: *„76 Jahre meines Lebens.“* Ebd. S. 403.

¹⁷¹ Benning: *„Der „Neue Plan“ und die Neuordnung der deutschen Außenwirtschaft.“* Ebd. S. 50.

der deutsche Devisenbedarf stark gesenkt werden. Praktisch funktioniert das so: *„Die [...] Handelspartner entrichten ihre Zahlungen nicht an den anderen Geschäftspartner, sondern in eigener Währung an die Deutsche Verrechnungskasse bzw. eine entsprechende Verrechnungskasse des Auslandes.“*¹⁷² Die Handelsvolumina sollten hierfür angeglichen werden, sodass keine Devisen für deren Abwicklung mehr erforderlich waren. Dabei war jedoch weder die Art der durch das Verfahren verrechneten Waren noch die Wahl der Handelspartner arbiträr. Volkmann erklärt hierzu: *„Für eine derartige Abwicklung des Außenhandels boten sich industriell unterentwickelte Rohstoff- und Agrarüberschußstaaten an, die selbst einen hohen Bedarf an Fertigwaren und Produktionsgütern aufwiesen, die demzufolge auch für deutsche Waren aufnahmebereit erschienen.“*¹⁷³ Auf diese Weise konnte die deutsche Seite nicht nur neue Absatzmärkte für deutsche Industriewaren erschließen, sondern zugleich begehrte Roh- und Grundstoffe ohne gesteigerte Devisenausgaben importieren. Derartige Clearingabkommen stellten daher eine attraktive Alternative zum regulären Handel dar und wurden im Zuge des „Neuen Plans“ sukzessive mit geeigneten Staaten geschlossen. Zum Umfang und Erfolg dieser Abkommen führt Schacht rückblickend aus: *„Im Frühjahr 1938 bestanden mit nicht weniger als 25 Ländern solche Verrechnungsverträge, so daß mehr als die Hälfte des deutschen Außenhandels über diese Kanäle ging. Durch dieses bilaterale Handelssystem gelang es, den deutschen Bedarf an Rohstoffen und Nahrungsmitteln zu decken.“*¹⁷⁴ Teichert bestätigt in seiner Forschungsarbeit zur Struktur der Verrechnungsverträge, dass diese schon kurze Zeit nach Einführung des „Neuen Plans“ den Großteil des deutschen Außenhandels abbildeten: *„Bereits 1935 wurden etwa 80% des deutschen Außenhandels über Clearingkonten und nur 20% gegen Bardevisen abgewickelt. Dieses Verhältnis verschob sich bis 1939 kaum.“*¹⁷⁵ Schacht weißt in seiner Autobiographie auf die ökonomischen Vorteile hin, die dieses System neben Deutschland auch den betroffenen Ländern, insbesondere im Balkangebiet, gebracht habe.¹⁷⁶ Er verschweigt darin jedoch, dass diese Verträge keinesfalls nur von wirtschaftlichen Überlegungen bestimmt waren. Vielmehr waren sie in hohem Maße von geostrategischen Interessen bestimmt, die eine Fokussierung auf den südosteuropäischen Raum begünstigten. Dengg begründet diesen Fokus nachvollziehbar mit zwei Hauptargumenten: *„Die durch das Lebensraum- und (Kriegs-)Autarkiekonzept bestimmte Ideologie des Nationalsozialismus forderte ebenso wie die altnationalistischen*

¹⁷² Kölblle, Josef: *„Grundzüge der neuen deutschen Wirtschaftsordnung.“* Leipzig 1939. S. 45.

¹⁷³ Volkmann, Hans-Erich: *„Aspekte der nationalsozialistischen »Wehrwirtschaft« 1933 bis 1936.“* Francia Bd. 5. Paris 1977. S. 528.

¹⁷⁴ Schacht: *„76 Jahre meines Lebens.“* Ebd. S. 415.

¹⁷⁵ Teichert, Eckart: *„Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930 – 1939.“* München 1984. S. 33.

¹⁷⁶ Schacht: *„76 Jahre meines Lebens.“* Ebd. S. 417.

*Kräfte der Regierung einen deutschen Großwirtschaftsraum, der sich auf Südosteuropa als Ergänzungsgebiet stützen müsse, außerdem erblickte man hier eine Chance, in einer engen bilateralen Kooperation auf wirtschaftlicher und politischer Ebene die bestehenden Mächtekonstellationen auf dem Kontinent zu verändern.*¹⁷⁷ Es gab somit eine inhärente Motivation von sowohl Nationalsozialisten¹⁷⁸ als auch alten Eliten wilhelminischer Prägung,¹⁷⁹ eine großdeutsche Einflusszone in Südosteuropa zu schaffen. Ökonomisch sollte dies in der Tat wie von Schacht beschrieben durch die bilateralen Handelsabkommen erreicht werden, die im Zuge des „Neuen Plans“ geschlossen werden sollten. Ziel dieser Abkommen war jedoch letztlich die Gewinnung der dem Reich fehlenden Ressourcen durch eine „Umlagerung« auf blockadesichere Länder mit einer »natürlichen Ergänzungsfähigkeit«, für die Deutschland zudem der willkommene Abnehmer war.¹⁸⁰ Die Verrechnungsabkommen dienten daher auch einem dezidiert wehrpolitischen Ziel, nämlich der Gewährleistung einer deutschen Versorgungssicherheit im Kriegsfall. Für die Handelspolitik Schachts in Abstimmung mit dem Außenministerium galt es daher, *„das eigene Territorium mit einem Kranz befreundeter oder neutraler Handelspartner zu umgeben [...]“*¹⁸¹ In den Augen zeitgenössische Beobachter dienten die Clearingabkommen sogar darüber hinaus *„nicht nur zur Sicherung notwendiger Einfuhren im Frieden wie im Kriegsfall durch Intensivierung eines nachbarlichen Güterausstausches, sondern auch [...] der Anknüpfung politischer Beziehungen über handelspolitische.“*¹⁸² Es darf somit begründet davon ausgegangen werden, dass die bilateralen Handelsverträge im Zuge des „Neuen Plans“, anders als von Schacht in seiner Autobiographie suggeriert, nicht nur aus ökonomischen Gründen forciert wurden. Hitlers Ziel einer Autarkie

¹⁷⁷ Dengg, Sören: *„Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und Schachts »Neuer Plan«.* Europäische Hochschulschriften: Reihe 3; Geschichte und ihre Hilfswissenschaften Bd. 309. Frankfurt am Main/Bern/New York 1986. S. 344.

¹⁷⁸ **Anmerkung:** Siehe dazu die Aussage des nationalsozialistischen Chefideologen Alfred Rosenberg in den Nürnberger Prozessen, wonach man in führenden NS-Kreisen *„aus wehrwirtschaftlichen Gründen“* schon frühzeitig *„den Gedanken einer möglichst weitgehenden Umlagerung des Rohstoffbezuges aus Übersee nach den verkehrstechnisch zu Lande erreichbaren Gebieten, d. h. vorwiegend in den Balkan“* vertreten habe. (Vgl. Tätigkeitsbericht Rosenbergs über das Außenpolitische Amt der NSDAP in der Zeit von 1933 bis 1943 vor dem Internationalen Militärgerichtshof zitiert nach: Volkmann *„Aspekte der nationalsozialistischen »Wehrwirtschaft« 1933 bis 1936.“* Ebd. S. 528.)

¹⁷⁹ **Anmerkung:** Neben militärischen Kreisen weist Dengg insbesondere auf das Auswärtige Amt und den bürokratischen Apparat des Reichswirtschaftsministeriums hin, in denen die Idee eines großdeutschen Wirtschaftsraums unter Einschluss Südosteuropas großen Rückhalt genoss. (Vgl. Dengg: *„Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und Schachts »Neuer Plan«.*“ Ebd. S. 346.)

¹⁸⁰ Freytag, Carl: *„Deutschlands »Drang nach Südosten«. Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag und der »Ergänzungsraum Südosteuropa« 1931 – 1945.“* Göttingen 2012. S. 183 – 184. & Vgl. Günzel, Karl: *„Die wirtschaftliche Entwicklung zwischen den Kriegen. Agrarreformen und Außenhandelspolitik.“* In: Markert, Werner (Hrsg.): *„Osteuropa-Handbuch. Jugoslawien.“* Köln/Graz 1954. S. 224. & Vgl. Volkmann *„Aspekte der nationalsozialistischen »Wehrwirtschaft« 1933 bis 1936.“* Ebd. S. 528.

¹⁸¹ Volkmann *„Aspekte der nationalsozialistischen »Wehrwirtschaft« 1933 bis 1936.“* Ebd. S. 528.

¹⁸² Weidemann, Hans: *„Die Gestaltung der deutschen Außenwirtschaft unter dem Neuen Plan.“* Frankfurt am Main/Emsdetten 1938. S. 66.

im Großwirtschaftsraum ergänzte sich in diesem Kontext mit den von Schacht betonten wirtschaftlichen Vorzügen. Unklar bleibt allerdings, welches Element für die neue Handelspolitik letztlich das Entscheidendere darstellte. In jedem Fall dürfte sich Schacht der wehrwirtschaftlichen Komponente dieser handelspolitischen Verlagerung zumindest bewusst gewesen. Eine abschließende Einschätzung, inwieweit Schacht diese persönlich begrüßte oder eher stillschweigend akzeptierte, geht aus den zeitgenössischen Quellen indes nicht hervor. Mit Blick auf die im Folgekapitel erklärten Pläne Schachts, einen hohen Autarkiegrad als Druckmittel zur Verbesserung der deutschen Stellung in der Weltwirtschaft zu nutzen, scheint es jedoch realistisch, dass ihm eine gesteigerte Resilienz gegenüber möglichen Blockaden durchaus willkommen war.

5.3. Ziele und Effektivität

Die Gesamtheit des Maßnahmenbündels, welches unter dem Terminus „Neuer Plan“ firmiert, kann als Versuch gesehen werden, eine absolute staatliche Kontrolle über den Außenhandel aufzubauen und dadurch die Umsetzung der nationalsozialistischen Wirtschaftsprioritäten während einer Krisensituation zu gewährleisten. Hierfür war der Aufbau eines gigantischen Steuerungsapparates erforderlich,¹⁸³ der in vielerlei Hinsicht handelshemmend wirken musste. Schacht war sich dieser Probleme durchaus bewusst, sah darin aber ein notwendiges Übel, ohne das die Devisenkrise nicht zu lösen war: *„Mit dieser Ordnung war leider ein großer bürokratischer Aufwand verbunden, den ich bei Bekanntgabe des Plans tief bedauert, aber als unvermeidlich bezeichnet hatte.“*¹⁸⁴ Machtpolitischer Hauptprofiteur der neuen bürokratischen Regulierungen war Schacht selbst, der ab dem Spätsommer 1934 in seiner Doppelrolle als Reichbankpräsident und -Wirtschaftsminister wie kein Zweiter die Möglichkeit hatte, die deutsche Außenwirtschaftspolitik zu gestalten. Als finanzpolitischer Technokrat ohne parteipolitischen Rückhalt hatte er jedoch nur solange Aussicht sich in dieser Stellung zu behaupten, wie sein internationales Renommee und seine Fachkompetenz zur Krisenüberwindung unverzichtbar und seine wirtschaftspolitischen Visionen mit der Politik Hitlers vereinbar waren. Dies wirft die Frage auf, welche konkreten Ziele durch den „Neuen Plan“ eigentlich erreicht werden sollten und inwieweit diese mit den außenwirtschaftspolitischen Vorstellungen der NS-Programme und Hitlers kompatibel waren.

¹⁸³ **Anmerkung:** Verlässliche Zahlen zur Größe des Kontrollapparates in seinen Anfangsjahren sind kaum zu finden. Tooze führt zu dessen späteren Dimensionen an: *„Ende der dreißiger Jahre waren Schätzungen zufolge über 18.000 Beamte, Sachbearbeiter und Angestellte allein bei den Behörden beschäftigt, die mit der Umsetzung des Neuen Plans und mit Währungskontrollfragen befasst waren. In der Privatwirtschaft beschäftigten sich weitere Tausende damit.“* Tooze: *„Ökonomie der Zerstörung.“* Ebd. S. 122.

¹⁸⁴ Schacht: *„76 Jahre meines Lebens.“* Ebd. S. 415.

5.3.1. Kompatibilität mit der NS-Ideologie

Denn für Schacht stellte der „Neue Plan“ in erster Linie eine notwendige, aber unliebsame Reaktion auf eine Handels- und Devisenkrise dar, in die Deutschland durch den Protektionismus der Siegermächte auf die Weltwirtschaftskrise getrieben worden sei. So wird Schacht vom amerikanischen Botschafter William Dodd bei einer privaten Zusammenkunft am 17. Oktober 1934 kurz nach Beginn des „Neuen Plans“ diesbezüglich mit den folgenden Worten zitiert:

*„The whole modern world is crazy. The system of closed national barriers is suicidal and we must all collapse here and the standard of living everywhere be reduced. Everybody is crazy. And so am I. Five years ago I would have said it would be impossible to make me so crazy. But I am compelled to be crazy. We are excluding raw materials all the time and must in time be ruined if we cannot export goods and the exports decline all the time.“*¹⁸⁵

Schon vor seiner Rückkehr in das Amt des Reichsbankpräsidenten hat Schacht deutlich ausgeführt, dass eine deutsche Autarkie für ihn als langfristiges Ziel undenkbar sei, sie als kurzfristiges Druckmittel gegenüber Deutschlands internationalen Handelspartnern aber von Vorteil wäre:

*„Die wirtschaftliche Autarkie ist ganz zweifellos kein Ideal und kann deshalb kein Ziel deutscher Volkswirtschaft sein. Eine strengere Anwendung autarkischer Grundsätze aber kann ein erzieherisches Mittel sein, um der übrigen Welt zu zeigen, was sie an Kundschaft und an dem uns geliehenen Geld verliert, wenn sie auf dem Willen beharrt, Deutschland nur weiter aussaugen zu wollen.“*¹⁸⁶

Auch nach der Einführung des „Neuen Plans“ lehnte Schacht eine deutsche Autarkie als langfristiges wirtschaftspolitisches Ziel unverändert ab, war sich aber weiterhin der Nützlichkeit eines hohen Autarkiegrades bis zu einer Normalisierung der internationalen Handelbeziehungen bewusst.¹⁸⁷ Wie bereits ausgeführt war für Hitler eine maximale Autarkie jedoch ein integraler Bestandteil seiner Politik, die danach strebte, die deutsche Wirtschaft für den von ihm geplanten Eroberungskrieg wehrfähig zu machen. Diese Kriegspläne hat Hitler nicht nur jahrelang ideologisch vorbereitet, sondern auch wenige Tage nach seiner Machtübernahme am 03. Februar 1933 deutlich gegenüber der deutschen Generalität artikuliert:

¹⁸⁵ Schacht beim Lunch mit Botschafter William Dodd am 17. Oktober 1934 zitiert nach: Dodd, Martha (Hrsg.): „Ambassador Dodds Diary 1933-1938.“ London 1945. S. 185.

¹⁸⁶ Schacht: „Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik.“ Ebd. S. 66.

¹⁸⁷ **Anmerkung:** So erklärt Schacht in seiner zuvor zitierten Rede zu Außenhandelsfragen vom 29. Oktober 1934: „Wir wünschen gar nicht, uns vom Auslande absolut unabhängig und autark zu machen, es sei denn, daß das Ausland es wünscht, dann sind wir dazu bereit. Wenn aber dem Ausland daran liegt, mit uns Handel zu treiben, dann muß es auch von uns Waren entgegennehmen.“ Michaelis (Hrsg.): „Das Dritte Reich. Die Zertrümmerung des Parteienstaates und die Grundlegung der Diktatur.“ Ebd. S. 697.

„Ich setze mir die Frist von 6-8 Jahren [...]. Dann wird das Heer fähig sein eine aktive Aussenpolitik zu führen, und das Ziel der Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes wird auch mit bewaffneter Hand erreicht werden - Das Ziel würde wahrscheinlich der Osten sein. Doch eine Germanisierung der Bevölkerung des annektierten bzw. eroberten Landes ist nicht möglich. Man kann nur Boden germanisieren. Man muss wie Polen und Frankreich nach dem Kriege rücksichtslos einige Millionen Menschen ausweisen.“¹⁸⁸

Dieser Auszug verdeutlicht nicht nur, dass Hitler bereits seit den frühesten Tagen seiner Kanzlerschaft entgegen seiner öffentlichen Behauptungen einen großflächigen Angriffskrieg plante, sondern auch den knappen Zeitplan zu dessen wirtschaftlicher Vorbereitung. Schacht gab nach dem Zweiten Weltkrieg an, nie über Hitlers Geheimrede in Kenntnis gesetzt worden zu sein.¹⁸⁹ Doch selbst die anwesenden Generale schienen diesen Teil der Rede für übersteigert gehalten zu haben. So soll nach der Rede und der Abreise Hitlers in Bezug darauf das Schiller-Zitat gefallen sein: *„Stets war die Rede kecker als die Tat.“*¹⁹⁰ In Anbetracht seiner guten Kontakte zur Reichswehr ist es daher wahrscheinlich, dass Schacht, selbst wenn er von der Rede Kenntnis gehabt haben sollte, ihrem Inhalt nicht den nötigen Ernst beimaß. Darüber hinaus trat Schacht sowohl vor als auch nach Verkündung des „Neuen Plans“ stets für eine Rückgabe der deutschen Kolonien ein, mit der er langfristig das von Hitler postulierte Lebensraum- und Ressourcenproblem des Deutschen Reiches auf eine friedliche Art zu lösen gedachte.¹⁹¹ Hitlers Ablehnung dieser Kolonialpolitik war Schacht zwar schon aus „Mein Kampf“ bekannt, allerdings attestierte er Hitler und der NS-Bewegung ohnehin *„völlige Verständnislosigkeit allen Wirtschaftsproblemen gegenüber.“*¹⁹² Gleichwohl musste Schacht bewusst gewesen sein, dass die zentralen politischen Leitlinien während des NS-Regimes nur mit Hitlers Einverständnis gesetzt werden konnten.¹⁹³ Da Hitler jedoch *„die Art und Anwendung außenwirtschaftspolitischer Methoden [...] den Spezialisten in Bürokratie, Wehrmacht und Wirtschaft“*¹⁹⁴ überließ, ist es durchaus realistisch, dass Schacht trotz einer gewissen Kenntnis über die Ambitionen Hitlers davon ausging, diesen letztlich doch von seiner

¹⁸⁸ Hitlers Geheimrede vor der Generalität der Reichswehr am 03. Februar 1933 zitiert nach einer Abschrift des kommunistischen Nachrichtendienstes in: Wirsching, Andreas: *„Man kann nur Boden germanisieren“. Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933.* Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Jahrgang 49, Heft 3. München 2001. S. 547.

¹⁸⁹ Dirks, Carl/Janßen, Karl-Heinz: *„Der Krieg der Generäle. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht.“* Berlin 1999. S. 50.

¹⁹⁰ Vogelsang, Thilo: *„Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933.“* In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2, Heft 4. München 1954. S. 436.

¹⁹¹ Vgl. Schacht: *„76 Jahre meines Lebens.“* Ebd. 475 – 483.

¹⁹² Schacht: *„76 Jahre meines Lebens.“* Ebd. 586.

¹⁹³ **Anmerkung:** Tooze resümiert hierzu überzeugend: *„Er [Hitler] mag vielleicht nicht die Details der täglichen Wirtschaftspolitik verfolgt haben, doch keine wichtige Entscheidung konnte ohne seine Zustimmung getroffen werden.“* Tooze: *„Ökonomie der Zerstörung.“* Ebd. S. 119.

¹⁹⁴ Teichert: *„Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930 – 1939.“* Ebd. S. 216.

eigenen Außenwirtschaftspolitik überzeugen zu können. Deren Ziel war es, über das Druckmittel eines wiedererstarkten autarken Deutschlands letztlich eine Neuordnung des Welthandels im deutschen Sinne und eine Wiedereingliederung in eine liberalisierte Weltwirtschaft erreichen zu können. Hitler strebte den Aufbau eines autarken Wirtschaftsraums unter deutscher Kontrolle allerdings nicht aus Verhandlungsgründen an, sondern um die deutsche Wirtschaft so für den von ihm geplanten Eroberungskrieg resilient zu machen. Die Endziele, die Hitler und Schacht mit dem „Neuen Plan“ verfolgten, mögen sich somit unterschieden haben. Kurz- und mittelfristig waren ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen jedoch überaus kompatibel. Es dürfte in diesem Kontext kein Zufall sein, dass die in den NS-Programmen bis 1932 erhobenen außenwirtschaftspolitischen Forderungen nahezu alle durch den „Neuen Plan“ umgesetzt wurden. So sollte durch den „Neuen Plan“ eine versorgungspolitische Autarkie zum größtmöglichen Grad auf deutschem Gebiet gefördert werden, welche in den Arealen, in denen diese nicht zu erzielen war, durch die Nutzung der Ressourcen befreundeter Staaten ergänzt werden sollte. Darüber hinaus sollte eine umfassende Staatshoheit in finanz- und devisenpolitischen Fragen, eine staatliche Verteilungspolitik knapper Ressourcen und eine Neuausrichtung der Handelspolitik anhand strategischer deutscher Interessen durch den „Neuen Plan“ erreicht werden. In ähnlicher Weise stimmten die Ziele des „Neuen Plans“ mit den Kernzielen von Hitlers außenwirtschaftspolitischen Überzeugungen überein. So sollten Importkontrollen und eine verschärfte Devisenbewirtschaftung eine Repriorisierung der wirtschaftlichen Ressourcen Deutschlands hin zu Grundversorgung und Aufrüstung ermöglichen. Der Mehrbedarf der Einfuhr sollte durch eine Erhöhung des Exports finanziert werden. Zuletzt sollte die Sicherheit der deutschen Versorgung im Kriegsfall durch eine Relokalisierung der Handelsbeziehungen in eine großdeutsche Wirtschaftszone in Europa gewährleistet werden.

5.3.2. Wirtschaftliche Kennzahlen

Der „Neue Plan“ stellte das probate Mittel zum Erreichen dieser Ziele dar. Vor dem Hintergrund der in den vorherigen Kapiteln dargelegten Handels- und Devisenkrise des Deutschen Reiches im Sommer 1934, soll der Erfolg des „Neuen Plans“ daher anhand folgender fünf Themenfelder beurteilt werden:

1. Gelang es durch die Kombination aus Clearingverträgen, Importkontrollen, Exportsubvention und Devisenbewirtschaftung eine ausgeglichene oder sogar positive Handelsbilanz wiederherzustellen?
2. Inwieweit gelang es im Zuge des ausgeweiteten Zusatzausfuhrverfahrens den

Niedergang des deutschen Exports aufzuhalten bzw. diesen in nennenswertem Umfang wieder zu erhöhen?

3. Konnte die Einfuhr in Relation zur Ausfuhr reduziert und von Fertigwaren zugunsten von Rohstoffen und Vorprodukten umgeschichtet werden?
4. Inwieweit gelang es, das Abschmelzen der deutschen Gold- und Devisenreserven aufzuhalten oder diese sogar zu erhöhen? Reichten die Bestände zur Abwicklung des jeweiligen Außenhandelsvolumens aus?
5. Inwiefern fand eine geographische Neugewichtung der deutschen Handelsbeziehungen weg von Übersee und hin zu Europa in nennenswertem Umfang statt? Konnte der Schwerpunkt des Europahandels tatsächlich auf Südosteuropa und damit „Rohstoffgebiete [...] im unmittelbaren Anschluss an das Reich“¹⁹⁵ verlagert werden, die im Kriegsfall militärisch zu sichern waren?

Diese Fragen sollen maßgeblich auf Grundlage von zwei Quellen bearbeitet werden. Erstens den im Bericht des Wehrwirtschaftsstabs über den Stand der wirtschaftlichen Lage vom 1.2.1938 veröffentlichten Außenhandelsdaten. Zweitens den durch das Statistische Reichsamt in den Statistischen Jahrbüchern für 1937 und 1938 wiedergegebenen Wirtschaftsdaten. Die Daten des Statistischen Reichsamts decken sich dabei mit den Angaben des Wirtschaftsstabs, präzisieren jedoch die Handelsvolumina sowohl nach Kontinenten als auch nach Nationen. Der Betrachtungszeitraum für die aufgeführten Fragen soll konsequenterweise mit der Implementation des „Neuen Plans“ in der zweiten Jahreshälfte 1934 beginnen. Ein natürliches Ende des „Neuen Plans“ und damit des Betrachtungszeitraums drängt sich aus der Quellenlage jedoch nicht auf. Gleichwohl markiert das Jahr 1937 in mehreren Hinsichten eine Zäsur in dessen Wirken. So fand in diesem Jahr endgültig der Übergang zwischen dem „Neuen Plan“ Schachts und dem bereits Ende 1936 angekündigten „Vierjahresplan“ unter der Leitung von Göring als Generalbevollmächtigtem statt. Parallel dazu schritt die politische Entmachtung Schachts voran, der aufgrund sich intensivierender Differenzen zu Hitlers Rüstungs- und Autarkiepolitik schließlich im November 1937 seinen Rücktritt als Reichswirtschaftsminister einreichte. Obwohl er bis zum Januar 1939 Reichsbankpräsident blieb, war Schachts wirtschaftspolitischer Einfluss daher ab dem Jahresende 1937 stark geschrumpft. Hinzu kommt die massive territoriale Expansion des Reichs 1938 durch den Anschluss Österreichs sowie die Eingliederung des Sudetenlandes im Zuge der Münchner Konferenz. Dadurch änderte sich einerseits die deutsche Ausgangssituation in Bezug auf Handel und Warenproduktion.

¹⁹⁵ Vgl. Hossbach: „*Niederschrift über die Besprechung in der Reichskanzlei am 5. November 1937.*“ Ebd. S. 27.

Andererseits hatte diese Expansion Auswirkungen auf die Reichsbankreserven, die durch die Übernahme der österreichischen Gold- und Devisenbestände aufgefüllt werden konnten. Aus all diesen Gründen soll die nachfolgende Analyse zur Effektivität des „Neuen Plans“ auf den Betrachtungszeitraum zwischen der zweiten Jahreshälfte 1934 und Ende 1937 beschränkt bleiben.

5.3.2.1. Import, Export & Devisen

Einen ersten Überblick über die Entwicklung der für unsere Fragestellungen relevanten Außenwirtschaftsdaten in dem betreffenden Zeitraum bietet die nachfolgende Tabelle auf Grundlage der Angaben des Wehrwirtschaftsstabsberichts:

AUßENHANDELSERGEBNISSE DES DEUTSCHEN REICHES SOWIE GOLD- UND DEVISENBESTÄNDE DER REICHSBANK IN DEN JAHREN 1934 - 1937¹⁹⁶

Jahr	Außenhandel insges. In Mio. RM	Ausfuhr in Mio. RM	Einfuhr in Mio. RM	Überschuss/Defizit in Mio. RM	Durchschnittliche Gold- und Devisenbestände in Mio. RM
1934	8618	4167	4451	- 284	164,7
1935	8429	4270	4159	+ 111	91,0
1936	8986	4768	4218	+ 550	75,0
1937	11379	5911	5468	+ 443	Rd. 70

Aus diesen Daten werden mehrere Dinge deutlich: Zunächst gelang es im Jahr der Einführung des „Neuen Plans“ nicht mehr, das bestehende Handelsdefizit, das Boelcke mit ca. 210 Mio. RM für das erste Halbjahr 1934 beziffert,¹⁹⁷ auszugleichen. Jedoch konnte dieses Defizit bereits für das zweite Halbjahr auf ca. 74 Mio. spürbar reduziert werden. Als die neuen Importregelungen 1935 erstmals ganzjährig angewandt werden konnten, gelang es, die Einfuhr gegenüber 1934 um ca. 292 Mio. RM deutlich zu senken. Dem reformierten Zusatzausfuhrverfahren gelang es zudem, den Niedergang des deutschen Exports aufzuhalten und diesen um ca. 103 Mio. RM leicht zu steigern. Insgesamt konnte dadurch für das Jahr 1935 eine positive Handelsbilanz mit einem Überschuss in Höhe von 111 Mio. RM erzielt werden. Deutlich wird aus diesen Zahlen aber auch, dass dieser Ausgleich im Jahr 1935 hauptsächlich der drastischen Reduktion des Importvolumens geschuldet war. Im Jahr 1936 konnte der

¹⁹⁶ Eigendarstellung auf Grundlage des Monatlichen Berichts des Wehrwirtschaftsstabs über den »Stand der wirtschaftlichen Lage. 1.2.1938« wiedergegeben in: Forstmeier/Volkman (Hrsg.): „*Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges.*“ Ebd. S. 85.

¹⁹⁷ Vgl. Boelcke: „*Die deutsche Wirtschaft 1930 – 1945.*“ Ebd. S. 100.

deutsche Export um 498 Mio. RM deutlich gesteigert werden, wobei sich im gleichen Zeitraum das Importvolumen nur um 59 Mio. RM erhöhte. Dies führte zu einem deutlichen Handelsüberschuss in Höhe von 550 Mio. RM, der anders als im Vorjahr nicht durch die weitere Reduktion des Imports, sondern die Steigerung des Exports herbeigeführt wurde. Auch mit Blick auf die sich langsam erholende Weltwirtschaftslage und die einsetzende Wirkung der innerdeutschen Exportanreize konnte diese Entwicklung im nächsten Jahr fortgesetzt werden.¹⁹⁸ So konnte 1937 der Export um ganze 1143 Mio. RM gesteigert werden, dem eine sogar noch größere Ausweitung des Imports in Höhe von 1250 Mio. RM gegenüberstand. Anders als in den beiden Vorjahren wuchs somit die Einfuhr erstmals über den Zuwachs des Importvolumens hinaus. Mit Blick auf die Implementation des „Vierjahresplans“ und die anziehenden Aufrüstungsbemühungen des NS-Regimes scheint diese Ausweitung jedoch kaum verwunderlich, da hierfür erhebliche Mittel des neu gewonnenen finanziellen Spielraums aufgewandt werden mussten.¹⁹⁹ Denn *„der Vierjahresplan brachte die Wende von der allgemeinen Rüstung zur wirtschaftlichen Mobilisierung für den Kriegsfall“* und sah *„den rücksichtslosen Einsatz aller deutschen Ressourcen im Dienste der Aufrüstung vor [...]“*.²⁰⁰ Nichtsdestotrotz konnte 1937 im dritten Jahr in Folge seit der Verkündung des „Neuen Plans“ eine positive Außenhandelsbilanz erzielt werden. Der so erwirtschaftete Überschuss in Höhe von 443 Mio. RM fiel jedoch bereits geringer als im Vorjahr aus und drohte bei einem wachsendem Importbedarf der deutschen Rüstungsindustrie perspektivisch völlig zu verschwinden. Eine dauerhafte Reduktion der Einfuhr in Relation zur Ausfuhr gelang somit nur bis 1936; 1937 jedoch nicht. In welchem Umfang sich die Struktur der deutschen Importe im angegebenen Zeitraum veränderte, wird aus den Angaben des Wehrwirtschaftsstabes nicht ersichtlich. Bei einem später durch die Druckerei der Reichsbank veröffentlichten Vortrag vor dem Wirtschaftsrat der Deutschen Akademie am 29. November 1938 nennt Schacht hierzu jedoch konkrete Zahlen:

*„Der Erfolg des Neuen Plans läßt sich anhand weniger Zahlen nachweisen. In Mengen gerechnet, ist zwischen 1934 und 1937 die Einfuhr von Fertigwaren um 63 Prozent gedrosselt worden. Dafür konnte erhöht werden die Einfuhr von Erzen um 132, von Erdöl um 116, von Getreide um 102 und Kautschuk um 71 Prozent. [...] Aus diesen Zahlen ergibt sich, wieviel der Neue Plan zur Durchführung der Aufrüstung sowie zur Sicherstellung unserer Ernährung beigetragen hat.“*²⁰¹

¹⁹⁸ Vgl. Ebi: *„Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932 – 1938.“* Ebd. S. 222.

¹⁹⁹ Vgl. Schacht: *„76 Jahre meines Lebens.“* Ebd. S. 456 – 465.

²⁰⁰ Vgl. Volkmann: *„Aspekte der nationalsozialistischen »Wehrwirtschaft« 1933 bis 1936.“* Ebd. S. 538.

²⁰¹ Schacht, Hjalmar: *„Finanzwunder‘ und ‚Neuer Plan‘. Vortrag des Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht vor dem Wirtschaftsrat der Deutschen Akademie am 29. November 1938 in Berlin.“* Berlin 1938. S. 27 –

Schachts Ausführungen decken sich dabei im Wesentlichen mit den Angaben des Statistischen Reichsamtes zu den aufgeführten Warengruppen im Statistischen Jahrbuch für die Jahrgänge 1934 bis 1937.²⁰² Die Restrukturierung der Importzusammensetzung durch den „Neuen Plan“ kann vor diesem Hintergrund als erfolgreich gelten. Für die Stabilisierung der deutschen Gold- und Devisenreserven gilt dies in eingeschränktem Maße ebenfalls. Denn das drastische Abschmelzen der Reichsbankreserven vor dem Inkrafttreten des „Neuen Plans“ konnte bis Ende 1937 weitgehend gestoppt werden, auch wenn sich die Bestände weiterhin in geringem Umfang reduzierten. Tooze kommt in seiner Wertung des „Neuen Plans“ zu einem ähnlichen Ergebnis und resümiert überzeugend: *„Das System leistete seine Dienste: Das Ausbluten des Devisenkontos wurde gestoppt.“*²⁰³ Der höchste Devisenschwund war dabei von 1934 zu 1935 mit ca. 73,7 Mio. RM zu verzeichnen, was angesichts des hohen Handelsdefizits kaum überrascht. Doch auch in den Jahren 1935 bis 1937 reduzierten sich die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank weiter, wenn auch nur in geringem Maße. Mit Blick auf die teils erheblichen Außenhandelsüberschüsse dieser Jahre wirkt dieser Umstand zunächst verwunderlich. Denn der Nettodevisenüberschuss schien sich nicht in erhöhten Reichsbankreserven niederschlagen. Hierfür sind in erster Linie zwei Faktoren verantwortlich. Einerseits wurde ein großer Teil des deutschen Exports aus den zuvor eingefrorenen Guthaben ausländischer Gläubiger bezahlt.²⁰⁴ Da diese Gelder jedoch bereits in Reichsmark auf deutschen Konten vorhanden waren, führte diese Art der Bezahlung zu keinem neuen Deviseneingang, schlug sich aber positiv in der Handelsbilanz nieder. Andererseits bestanden noch immer erhebliche Auslands- und Warenschulden des Reiches, deren Bedienung aus dessen Handelsüberschüssen, so sie denn anfielen, geleistet werden musste. Die Überschüsse standen aus diesem Grund nicht zum Wiederaufbau der Reichsbankreserven zur Verfügung, waren aber für die deutsche Außenwirtschaftspolitik dennoch essentiell. Mehr noch als der Stopp des Devisenausblutens ist es jedoch bemerkenswert, dass es der Reichsbank unter Schachts Führung überhaupt gelang, mit derart geringen Gold- und Devisenbeständen wie in

28.

Anmerkung: In seiner Autobiographie erklärt Schacht zudem: *„Die Einfuhr an Roh- und Halbstoffen ist durch die von mir inaugurierte Handelspolitik von 26 Millionen Tonnen auf nicht weniger als 46 Millionen Tonnen gesteigert worden.“* Schacht bezieht sich hierbei auf einen von ihm an Göring adressierten Brief vom 5. August 1937. Schacht: *„76 Jahre meines Lebens.“* Ebd. S. 468.

²⁰² Vgl. Statistisches Reichsamt (Hrsg.): *„Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Band 1934.“* Berlin 1935. S. 195 – 254. & Statistisches Reichsamt (Hrsg.): *„Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Band 1935.“* Berlin 1936. S. 199 – 258. & Statistisches Reichsamt (Hrsg.): *„Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Band 1936.“* Berlin 1937. S. 217 – 279. & Statistisches Reichsamt (Hrsg.): *„Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Band 1937.“* Berlin 1938. S. 237 – 295.

²⁰³ Tooze: *„Ökonomie der Zerstörung.“* Ebd. S. 119.

²⁰⁴ Vgl. Barkai: *„Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus.“* Ebd. S. 168.

den Jahren 1934 bis 1937 einen geregelten Außenhandel aufrechtzuerhalten. So standen dem Außenhandelsvolumen von 11.379 Mio. RM im Jahr 1937 lediglich ca. 70 Mio. RM Reserven gegenüber. Mit Blick auf diese geringen Mittel war eine effiziente Devisenbewirtschaftung und Abstimmung von Einfuhr sowie Ausfuhr für das Reich überlebenswichtig. Der „Neue Plan“ konnte diese Voraussetzungen gewährleisten. Tooze betont diese beeindruckende Errungenschaft nachdrücklich: *„Der ausgeklügelte Apparat, der mit Schachts Neuem Plan ins Leben gerufen worden war, ermöglichte es der Reichsbank Mitte der dreißiger Jahre, den internationalen Handel einer der größten und hochentwickelsten Volkswirtschaften der Welt mit Devisenreserven aufrechtzuerhalten, die nur für den Zeitraum von etwas über einer Woche Deckung boten. Das war, gelinde gesagt, eine bemerkenswerte Leistung.“*²⁰⁵ Für die ersten vier Beurteilungsfelder kann dem „Neuen Plan“ in Bezug auf die Positivierung der Handelsbilanz, die Steigerung des Exports, die Angleichung der Wareneinfuhr an die Ausfuhr sowie den Stopp des Ausblutens der Devisenbestände daher aus Sicht des Deutschen Reiches ein Erfolg attestiert werden.

5.3.2.2. Geographische Umgewichtung

Um eine Beurteilung des fünften Themenfeldes, der Verlagerung des Handelsschwerpunkts auf Regionen im deutschen Einflussbereich, vornehmen zu können, ist ein detaillierter Blick auf die Verteilung des Außenhandels in den Jahren 1934 bis 1937 erforderlich. Für unsere Betrachtungen sind dabei zwei Aspekte relevant: Einerseits, ob der Anteil des Überseehandels gegenüber dem Europahandel, insbesondere bezüglich der Einfuhr, reduziert werden konnte. Andererseits, ob im innereuropäischen Handel eine Umgewichtung hin zu Südosteuropa gelang. Für die Analyse des Verhältnisses von Europa- zu Überseehandel soll nachfolgend eine Aufschlüsselung nach Kontinenten genügen. Um über die Verteilung des innereuropäischen Handels eine Aussage zu treffen, ist hingegen eine Untergliederung nach Ländern erforderlich. Die nachfolgende Tabelle auf Grundlage der Daten des Statistischen Reichsamts veranschaulicht zunächst die Entwicklung der Außenhandelsanteile nach Kontinenten:

²⁰⁵ Tooze: „Ökonomie der Zerstörung.“ Ebd. S. 122.

EIN- UND AUSFUHR (SPEZIALHANDEL) DES DEUTSCHEN REICHES IN DEN JAHREN 1934 - 1937
NACH ERDTEILEN (REINER WARENVERKEHR)²⁰⁶

Erdteile	Einfuhr								Ausfuhr							
	1937		1936		1935		1934		1937		1936		1935		1934	
	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent
Europa	3038,6	55,6	2521,5	59,8	2564,0	61,6	2628,0	59,0	4093,2	69,3	3372,9	70,7	3124,5	73,2	3239,2	77,7
(Übersee)	2409,8	44,0	1682,3	39,9	1582,7	38,1	1810,9	40,7	1811,6	30,6	1289,7	29,2	1140,4	26,7	924,3	22,2
Afrika	412,0	7,5	290,5	6,9	261,5	6,3	258,5	5,8	215,1	3,6	156,8	3,3	123,7	2,9	107,1	2,6
Asien	641,2	11,7	497,5	11,8	430,3	10,4	490,3	11,0	642,1	10,9	469,6	9,8	397,6	9,3	342,7	8,2
Amerika	1261,4	23,1	839,4	19,9	849,5	20,4	917,5	20,6	905,6	15,3	722,5	15,2	588,9	13,8	449,0	10,8
Australien und Polynesien	95,2	1,7	54,9	1,3	41,4	1,0	144,6	3,3	48,8	0,8	40,8	0,9	30,2	0,7	25,5	0,6
Eismeer und nicht ermittelte Länder	20,0	0,4	14,1	0,3	12,0	0,3	12,1	0,3	6,2	0,1	5,6	0,1	4,8	0,1	3,4	0,1
Gesamt	5468,4	100	4217,9	100	4158,7	100	4451,0	100	5911,0	100	4768,2	100	4269,7	100	4166,9	100

Daraus werden mehrere Dinge ersichtlich. So stieg der Anteil der Einfuhr aus europäischen Staaten von 1934 auf 1935 immerhin um 2,6 Prozent, jedoch nur dadurch, dass sich das Einfuhrvolumen insgesamt durch die strengen Bestimmungen des „Neuen Plans“ verringerte.

²⁰⁶ Statistisches Reichsamt (Hrsg.): „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Band 1937.“ Berlin 1938. S. 266 – 267. & Ders. (Hrsg.): „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Band 1938.“ Berlin 1939. S. 282 – 283.

Anmerkung: Ab der Ausgabe für das Jahr 1937 erfolgte die Darstellung der deutschen Außenhandelsbilanz im Statistischen Jahrbuch als Spezialhandel, was auf einem leicht abgewandelten Berechnungsmodell basiert. Bis zu Band 1936 wurde die Außenhandelsbilanz zudem unter dem Titel „Der Auswärtige Handel nach Erdteilen und Ländern (Reiner Warenverkehr)“ veröffentlicht, wohingegen die Bilanz in den Folgejahren als „Ein- und Ausfuhr (Spezialhandel) nach Erdteilen und Ländern. Reiner Warenverkehr.“ titulierte wurde. Für die Jahre 1934 und 1935 weichen die Zahlen der beiden Darstellungsweisen leicht voneinander ab. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden im Folgenden ausschließlich die Zahlen der neuen Darstellungsweise verwendet. Diese Auswahl orientiert sich zudem an dem umfangreichen statistischen Datenset zum deutschen Außenhandel von: Sensch, Jürgen: „Der deutsche Außenhandel von 1923 bis 1940.“ N.N. 2014. histat-Datenkompilation online unter: <https://histat.gesis.org/histat/en/project/details/376020F8C69C06F85DFA695EA4B77C81> [zuletzt aufgerufen am 26.09.2022].

In absoluten Zahlen sank jedoch das Volumen der Wareneinfuhr sowohl aus Europa als auch aus Übersee. Als sich das Importvolumen von 1935 zu 1936 wieder leicht erhöhte, wurden die neuen Waren jedoch nicht schwerpunktmäßig aus Europa, sondern von überseeischen Handelspartnern importiert. Mehr noch: Der Anteil Europas an der deutschen Wareneinfuhr reduzierte sich von 1935 auf 1936 sowohl in Prozent als auch im Importwarenwert insgesamt. Als im darauffolgenden Jahr 1937 eine starke Belebung des deutschen Außenhandels erfolgte, steigerten sich die Importe aus Europa spürbar um 517,1 Mio. RM gegenüber dem Vorjahr. Da sich der aus Übersee importierte Warenwert im gleichen Zeitraum jedoch um 727,5 Mio. RM erhöhte, sank der Handelsanteil Europas an der deutschen Einfuhr trotz der nominellen Steigerung sogar um 4,2 Prozent. Eine Neugewichtung der deutschen Einfuhr zuungunsten des militärisch im Kriegsfall nicht zu sichernden Überseehandels geht aus diesen Zahlen nicht hervor. Im Gegenteil: Drei Jahre nach der Einführung des „Neuen Plans“ war der nominelle Warenwert überseeischer Importe von 1810,9 Mio. RM im Jahr 1934 auf 2409,8 Mio. RM um knapp ein Viertel gestiegen und hatte sich anteilig von 40,7 auf 44 Prozent erhöht. Zwar vereinnahmte der Europahandel 1937 nach wie vor den Löwenanteil des deutschen Imports, hatte jedoch entgegen aller Bestrebungen des NS-Regimes sogar an Bedeutung verloren. In Bezug auf die Ausfuhr lässt sich der rückläufige europäische Handelsanteil trotz einer nominellen Ausweitung des Handelsvolumens noch deutlicher erkennen. Zwar stieg der Wert der Warenausfuhr nach Europa von 3239,2 Mio. RM im Jahr 1934 um knapp ein Viertel auf 4093,2 Mio. RM im Jahr 1937. Doch im gleichen Zeitraum hatte sich der Exportwarenwert nach Übersee von 924,3 Mio. RM auf 1811,6 Mio. RM knapp verdoppelt. Obwohl die Exporte nach Europa und Übersee in absoluten Zahlen in ähnlichem Maße anstiegen, wuchs der Wert der Überseeexporte prozentual vier Mal stärker. Insgesamt führte diese Entwicklung dazu, dass der Europaanteil der deutschen Ausfuhr von 77,7 Prozent im Jahr 1934 auf 69,3 Prozent im Jahr 1937 spürbar zurückging. Sowohl in Bezug auf den Import als auch den Export lässt sich daher keine Stärkung des Europahandels gegenüber dem Überseehandel erkennen, sondern vielmehr eine Schwächung. Eine Neugewichtung hin zu Europa fand nicht statt. Damit ist jedoch keine Aussage über eine mögliche Umgewichtung des Handels innerhalb Europas getroffen. Ob eine solche stattfand, soll anhand der folgenden Tabelle beurteilt werden:

ANTEIL DER EUROPÄISCHEN HANDELSPARTNER AM AUßENHANDEL DES DEUTSCHEN REICHES IN DEN JAHREN 1934 - 1937 NACH LÄNDERN (REINER WARENVERKEHR)²⁰⁷

²⁰⁷ Statistisches Reichsamt (Hrsg.): „*Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Band 1937.*“ Ebd. S. 266 – 267. & Ders.: „*Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Band 1938.*“ Ebd. S. 282 – 283.

Länder	Einfuhr								Ausfuhr							
	1937		1936		1935		1934		1937		1936		1935		1934	
	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent	In Mio. RM	Anteil in Prozent
Helgoland	-	-	0,1	0,0	0,2	0,0	0,1	0,0	-	-	2,1	0,0	1,8	0,0	1,4	0,0
Badische Zollausschl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5	0,0	0,5	0,0	0,2	0,0	0,1	0,0	0,5	0,0	0,5	0,0
Albanien	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,6	0,0	0,9	0,0	1,3	0,0	0,5	0,0
Belgien-Luxemburg	197,6	3,6	138,6	3,3	126,2	3,0	161,0	3,6	287,8	4,9	211,5	4,4	201,8	4,7	235,9	5,7
Bulgarien	71,8	1,3	57,6	1,4	41,4	1,0	33,7	0,8	68,2	1,2	47,6	1,0	39,9	0,9	19,3	0,5
Dänemark	157,7	2,9	154,3	3,7	118,6	2,9	101,2	2,3	212,7	3,6	182,3	3,8	141,9	3,3	140,2	3,4
Danzig	12,9	0,2	16,1	0,4	16,1	0,4	24,2	0,6	26,5	0,4	20,9	0,4	15,3	0,4	16,3	0,4
Polen	67,9	1,3	57,9	1,4	59,4	1,4	53,9	1,2	73,2	1,2	53,0	1,1	48,0	1,1	38,8	0,9
Estland	23,7	0,4	13,8	0,3	13,1	0,3	8,2	0,2	19,9	0,3	17,6	0,4	11,4	0,3	7,3	0,2
Finnland	70,1	1,3	46,1	1,1	41,1	1,0	42,3	1,0	78,2	1,3	53,6	1,1	49,2	1,2	43,3	1,0
Frankreich	155,7	2,9	98,9	2,3	154,2	3,7	176,9	4,0	313,4	5,3	254,5	5,3	252,8	5,9	281,7	6,8
Griechenland	76,4	1,4	68,4	1,6	58,5	1,4	55,3	1,3	113,1	1,9	63,5	1,3	49,1	1,1	29,3	0,7
Großbritannien	308,6	5,6	263,7	6,3	256,2	6,2	205,7	4,6	432,2	7,3	405,8	8,5	374,9	8,8	382,9	9,2
Brit. Besitz im Mittelmeer	14,3	0,3	6,6	0,2	2,7	0,1	3,9	0,1	3,6	0,0	3,6	0,1	2,8	0,1	2,7	0,1
Irland	9,7	0,3	8,2	0,2	6,9	0,2	2,5	0,1	14,1	0,2	13,6	0,3	13,1	0,3	21,2	0,5
Island	7,0	0,1	5,6	0,1	3,6	0,1	3,4	0,1	4,9	0,1	4,6	0,1	2,9	0,1	2,8	0,1
Italien	221,0	4,0	208,5	4,9	187,5	4,5	184,7	4,1	311,3	5,3	240,6	5,1	278,3	6,5	245,9	5,9
Jugoslawien	132,2	2,4	75,2	1,8	61,4	1,5	36,3	0,8	134,4	2,3	77,2	1,6	36,9	0,9	31,5	0,7
Lettland	45,7	0,8	33,2	0,8	31,1	0,7	21,1	0,5	28,4	0,5	31,2	0,7	27,9	0,7	18,8	0,4
Litauen ²⁰⁸	13,2	0,2	9,1	0,2	2,6	0,1	15,1	0,3	16,1	0,3	7,3	0,2	6,7	0,2	14,7	0,3
Memelland	4,0	0,1	-	-	-	-	-	-	4,3	0,1	-	-	-	-	-	-
Niederlande	215,8	3,9	168,5	4,0	196,1	4,7	264,1	5,9	468,0	7,9	395,5	8,3	404,2	9,5	481,8	11,6

²⁰⁸ Anmerkung: Bis 1936 einschließlich des Memellandes, ab 1937 wird dieses gesondert gelistet.

Norwegen	91,3	1,7	87,9	2,1	93,6	2,3	68,7	1,5	139,5	2,4	91,3	1,9	87,4	2,0	79,6	1,9
Österreich	93,3	1,7	76,6	1,8	71,1	1,7	66,3	1,5	122,7	2,1	108,5	2,3	107,9	2,5	106,7	2,6
Portugal	23,9	0,4	21,7	0,5	22,7	0,5	19,3	0,4	37,5	0,6	29,8	0,6	29,0	0,7	29,2	0,7
Rumänien	179,5	3,3	92,3	2,2	79,9	1,9	59,0	1,3	129,5	2,2	103,6	2,2	63,8	1,5	50,9	1,2
Schweden	231,9	4,2	191,7	4,5	152,9	3,7	133,8	3,0	277,3	4,7	230,4	4,8	206,8	4,8	198,3	4,8
Schweiz	93,7	1,7	106,2	2,5	114,4	2,7	116,1	2,6	231,0	3,9	224,4	4,7	256,9	6,0	295,3	7,1
Spanien	101,1	1,9	97,7	2,3	118,3	2,8	99,7	2,2	54,6	0,9	69,3	1,5	105,7	2,5	87,5	2,1
Tschecho- slowakei	141,4	2,6	111,9	2,7	121,4	2,9	162,3	3,6	151,0	2,6	139,0	2,9	130,0	3,0	148,4	3,6
Türkei	97,8	1,8	118,5	2,8	93,4	2,2	67,5	1,5	111,1	1,9	79,4	1,7	67,3	1,6	50,9	1,2
Ungarn	114,1	2,1	93,4	2,2	77,9	1,9	63,9	1,4	110,5	1,9	83,0	1,7	62,9	1,5	39,6	0,9
UdSSR	65,2	1,2	93,2	2,2	215,0	5,2	209,7	4,7	117,4	2,0	126,1	2,7	39,3	0,9	63,3	1,5
Gesamt	3038,6	55,6	2521,5	59,8	2564,0	61,6	2628,0	59,0	4093,2	69,3	3372,9	70,7	3124,5	73,2	3239,2	77,7

Welche Erkenntnisse lassen sich aus dieser Datenfülle gewinnen? Zunächst wird daraus die Problematik der statistischen Erfassung deutlich, wie die separate Listung des Memellands und die gleichzeitige Entfernung Helgolands ab 1937 exemplarisch zeigt. So waren die dreißiger Jahre auch vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges zahlreichen territorialen Umbrüchen und politischen Verschiebungen unterworfen. Die Schwierigkeit einer akkuraten, gleichbleibenden Erfassung wurde durch Ermessensentscheidungen wie die Aufnahme der Türkei unter die Rubrik „Europa“ noch verstärkt. Nichtsdestotrotz sollen die vorliegenden Daten die Grundlage zur Beurteilung einer möglichen handelspolitischen Verlagerung hin zu Südosteuropa bilden. Aufgrund der umstrittenen Abgrenzung sei dieser im Folgenden auf die Balkanländer Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland, Ungarn und Rumänien beschränkt. Im Ausgangsjahr des „Neuen Plans“ wurden aus diesen sechs Ländern Waren im Wert von 248,3 Mio. RM importiert und dadurch lediglich 5,6 Prozent der deutschen Einfuhr ausmachten. Dieser Anteil konnte in den darauffolgenden drei Jahren kontinuierlich ausgebaut und bis 1937 auf 10,5 Prozent fast verdoppelt werden. Der Importwarenwert aus Südosteuropa konnte dabei auf 574,1 Mio. RM um ca. 131,2 Prozent gesteigert werden. Die Ausweitung des deutschen Exports nach Südosteuropa fiel sogar noch stärker aus. Im Jahr 1934 wurden in die Länder der Region Waren

im Wert von 171,1 Mio. RM geliefert, was einem Anteil von 4 Prozent am Gesamtexportwarenwert entspricht. Dieser Exportanteil konnte parallel zum Import 1935, 1936 und 1937 jährlich erhöht sowie schließlich auf 9,5 Prozent mehr als verdoppelt werden. Der reine Exportwert konnte zudem auf 556,3 Mio. RM und damit um ca. 225,1 Prozent gesteigert werden. Die sehr hohen Wachstumsraten des Südosteuropahandels sowohl in Bezug auf den Import als auch den Export belegen dabei eindrucksvoll die Intensivierung der Handelsbeziehungen zum Dritten Reich. Der Umstand, dass sich dieses Wachstum nicht nur in deutlich gesteigerten Warenwerten, sondern auch in einer Zunahme der prozentualen Handelsanteile niederschlägt, spricht zudem für einen relativen Bedeutungszuwachs Südosteuropas gegenüber anderen Partnern in der deutschen Außenhandelspolitik. Innerhalb Europas ging dies mit einer Reduktion der Einfuhr aus Staaten einher, die als wahrscheinliche Gegner im von Hitler intendierten Eroberungskrieg anzusehen waren. So reduzierte sich die Einfuhr aus der Sowjetunion von 4,7 Prozent 1934, trotz eines kurzlebigen Anstiegs im Jahr darauf, auf lediglich 1,2 Prozent im Jahr 1937 um knapp drei Viertel. In etwas schwächerem Maße sank auch der Handel mit dem früheren Erzfeind Frankreich von 4,0 auf 2,9 Prozent sowie mit der Tschechoslowakei von 3,6 auf 2,6 Prozent. Mit beiden waren militärische Konflikte zur Wiedergewinnung ehemaliger deutscher Gebiete wahrscheinlich. Doch auch die Handelsanteile neutraler Nachbarn reduzierten sich teils spürbar. So sank der Einfuhranteil der Niederlande von 5,9 auf 3,9 Prozent und jener der Schweiz von 2,6 auf 1,7 Prozent. Die Wareneinfuhr aus Polen, trotz seiner Wahrscheinlichkeit als Angriffsziel, änderte sich von 1,2 zu 1,3 Prozent hingegen kaum. In Bezug auf den Export ist eine konsequente Entkoppelung von wahrscheinlichen europäischen Kriegsgegnern vollends nicht mehr erkennbar. Während der russische Anteil sich von 1,5 auf 2,0 Prozent leicht erhöhte, sank sowohl der Anteil des verfeindeten Frankreichs als auch des verbündeten Italiens. Im Gegensatz zur deutlichen Intensivierung des Südosteuropahandels fand eine wirksame Entkoppelung von potenziellen Kriegspartnern somit nur eingeschränkt statt. Trotz aller handelspolitischen Bestrebungen des NS-Regimes und des wachsenden Warenverkehrs blieb die wirtschaftliche Bedeutung Südosteuropas jedoch begrenzt. So vereinnahmte Südosteuropa im Jahr 1937 importseitig lediglich ein Fünftel des deutschen Europahandels sowie exportseitig gerade einmal ein Siebtel.

Insgesamt konnte der „Neue Plan“ somit keine handelspolitische Neugewichtung zugunsten Europas erreichen und auch innerhalb Europas fand eine Verlagerung zugunsten des südosteuropäischen Raums sowohl anteilig als auch wertemäßig nur in bescheidenem Umfang statt. Die Schaffung eines wehrtechnisch autarken Großwirtschaftsraums, in dem große Teile

des deutschen Außenhandels im Kriegsfall militärisch zu sichern gewesen wären, wurde bis 1937 nicht erreicht. Das enorme Wachstum der südosteuropäischen Importe und Exporte im kurzen Zeitraum zwischen 1934 und 1937 zeigt jedoch, dass die nationalsozialistische Außenwirtschaftspolitik in diesem Bereich durchaus erste Erfolge erzielen konnte. Dies gilt umso mehr, wenn man die zuvor angeführten weiteren Errungenschaften des „Neuen Plans“ in dieser Bilanz berücksichtigt.

5.4. Übergang zum Vierjahresplan

Der „Neue Plan“ hatte sich trotz seiner handelshemmenden Bürokratie bis 1937 als höchst effektiv in der Bekämpfung der Handels- und Devisenkrise gezeigt, in der sich Deutschland noch im August 1934 befunden hatte. Die Wirtschaft hatte sich währenddessen mit den neuen Regelungen arrangiert. Das von Schacht entwickelte Außenhandelssystem funktionierte und schirmte das NS-Regime vor den politischen Konsequenzen eines erneuten wirtschaftlichen Zusammenbruchs ab, der noch Mitte 1934 höchst wahrscheinlich schien. Exemplarisch für die in weiten Teilen der Forschung vertretene Auffassung attestiert Barkai diesbezüglich: *„Unglücklicherweise war die von den Nationalsozialisten durchgeführte Wirtschaftspolitik die richtige Medizin. Ihr Erfolg brachte dem nationalsozialistischen Regime nicht nur den weitgehenden politischen Konsens der Bevölkerung ein, sondern umgab auch seine umfassende Wirtschaftsauffassung mit dem Nimbus theoretischer Unfehlbarkeit.“*²⁰⁹ Schacht war die zentrale Figur hinter dem Erfolg dieser nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Mit seiner standhaften Ablehnung einer vollständigen deutschen Autarkie als finalem Ziel, seinen Aufrufen zu fiskalpolitischer Mäßigung und Mahnungen, die deutschen Wirtschaftskapazitäten durch eine überbordende Aufrüstung nicht zu überfordern, geriet Schacht jedoch zunehmend in Widerstreit mit der NS-Führung.²¹⁰ Parallel zur außenwirtschaftspolitischen Befriedung durch den „Neuen Plan“ setzte zudem bereits 1936 der wirtschaftspolitische Aufstieg Görings ein. So

²⁰⁹ Barkai: *„Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus.“* Ebd. S. 98.

Anmerkung: Boelcke stimmt dieser Bewertung in Bezug auf den „Neuen Plan“ nur eingeschränkt zu und führt aus: *„Bis Anfang 1936 schien die Praxis des „Neuen Plans“ zumindest das Problem des Ausgleichs der deutschen Handelsbilanz gelöst zu haben, die Devisenkrise und den Rohstoffmangel aber vermochte sie nicht zu überwinden.“* (Boelcke: *„Die deutsche Wirtschaft 1930 – 1945.“* Ebd. S. 113.) Diese Einschränkung ist insofern korrekt, als dass es Schacht nicht gelang, die kollabierten Devisenreserven der Reichsbank wieder zu erhöhen oder die Rohstoffversorgung so weit zu verbessern, dass eine staatliche Verteilungspolitik knapper Ressourcen überflüssig geworden wäre. Dennoch gelang es Schacht, das Außenhandelsvolumen trotz der geringen Bestände nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern sogar stark zu steigern. Die Rohstoffversorgung blieb zwar prekär, reichte aber zur Bedienung der durch die NS-Führung priorisierten Felder weitgehend aus. Nichtsdestotrotz muss für einige wenige Bereiche, etwa die Fettversorgung oder ausgewählte Konsumgüter, eine teils erhebliche Mangellage eingestanden werden. Der Historiker Marc Spoerer spricht diesbezüglich beispielsweise von einer regelrechten „Fettlücke“. (Spoerer, Marc: *„Demontage eines Mythos? Zu der Kontroverse über das nationalsozialistische „Wirtschaftswunder“.“* Geschichte und Gesellschaft. 31. Jahrgang, H. 3. Göttingen 2005. S. 431.)

²¹⁰ Vgl. Schacht: *„76 Jahre meines Lebens.“* Ebd. S. 459 – 474.

avancierte Göring ursprünglich auch auf den Wunsch Schachts hin ab April dieses Jahres zum Rohstoff- und Devisenkommissar. In dieser Funktion gewann er enormen Einfluss auf die Politik des Reichswirtschaftsministeriums und konnte dadurch die Grundlage für seinen kurz darauf erfolgenden Aufstieg zum Generalbevollmächtigten des Vierjahresplans im September 1936 legen. Spätestens ab 1936/37 bestanden somit auch in der deutschen Wirtschaftspolitik die für den Nationalsozialismus typischen polykratischen Mehrfachstrukturen, die eine einheitliche Führung durch Schacht bald unmöglich machen sollten. Schacht war sich seiner eigenen Entmachtung im Verlauf des Jahres 1937 durchaus bewusst und legte nach mehreren erfolglosen Protesten bei Hitler im November 1937 schlussendlich sein Amt als Reichswirtschaftsminister nieder. Der Zeithistoriker Andreas Hillgruber kontextualisiert diesen Vorgang überzeugend wie folgt: *„Göring, der 1936/37 Schacht verdrängt hatte, um im Sinne Hitlers die deutsche Wirtschaft auf den Krieg vorzubereiten, übernahm nun dessen Rolle.“*²¹¹ Diese personelle Veränderung bedeutete indes keinen Bruch mit den Mechanismen des „Neuen Plans“, sondern lediglich eine Neufokussierung der Wirtschaftspolitik auf eine maximale Förderung deutscher Autarkie im Reichsgebiet. Der Versuch, einen autarken deutschen Großwirtschaftsraum aufzubauen, wurde dabei nicht verworfen. So begann die Intensivierung des Südosteuropahandels durchaus erste Früchte zu tragen und wurde unter Göring fortgeführt. Allerdings erfolgte diese Steigerung in einem deutlich zu geringem Umfang, als dass sie im von Hitler vorgegebenen Zeitplan ausgereicht hätte, um die deutsche Wirtschaft für den bevorstehenden Eroberungskrieg rechtzeitig autark zu machen. Schacht hatte parallel zum „Neuen Plan“ bereits mit dem Auf- und Ausbau heimischer Produktionskapazitäten zur Steigerung des Autarkiegrads begonnen, bei diesen Projekten jedoch auch das Kriterium der Wirtschaftlichkeit berücksichtigt. Diese Bemühungen wurden unter Göring ungeachtet ihrer mangelnden Rentabilität und ihres teils erheblichen Subventionsbedarfs ausgeweitet sowie propagandistisch inszeniert. Schacht schildert dieses Übergangsverhältnis zwischen dem „Neuen Plan“ und dem „Vierjahresplan“ wie folgt:

„An positiven Ergebnissen hat der Vierjahresplan verhältnismäßig wenig gebracht, außer daß ein lautes Brimborium um alle Sachen gemacht wurde, das die Abwehrmaßnahmen des Auslands in großem Umfang und beschleunigt wachrief, während ich versucht hatte, möglichst unauffällig zu arbeiten. Was an Erfolgen unter dem Vierjahresplan herausgestellt wurde, war nichts anderes als die Fortführung der Maßnahmen, die ich als Wirtschaftsminister betrieben hatte. Jetzt wurde alles überhastet betrieben. [...] Alle diese Dinge nahm der Vierjahresplan nicht etwa neu auf, sondern

²¹¹ Hillgruber, Andreas: *„Grundzüge der nationalsozialistischen Außenpolitik 1933-1945.“* Köln 1973. S. 336.

*übersteigerte sie nur ins Große.*²¹²

Neben dem Anerkennungsanspruch, den Schacht auf die Erfolge des „Vierjahresplans“ erhob, verdeutlicht dieser Auszug vor allem, dass Schacht selbst keinen fundamentalen Bruch bezüglich des Inhalts der Wirtschaftspolitik nach seiner Entmachtung 1936/37 wahrnahm, wohl aber bezüglich deren Methoden, Tempo und Inszenierung. Schachts Nachfolger waren den komplexen Herausforderungen des Amtes nicht gewachsen; setzten die zuvor maßgeblich unter ihm implementierte Leitlinie der Schaffung eines großdeutschen Wirtschaftsraums jedoch fort. Spätestens mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde dieses Ziel jedoch nicht mehr primär durch die Handelspolitik des Reiches vorangetrieben, sondern durch die militärischen Eroberungen der Wehrmacht.²¹³

6. Fazit

Die zentralen Erkenntnisse dieser Forschungsarbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen: Trotz einer unzureichenden Ausdifferenzierung standen die Leitlinien einer nationalsozialistischen Außenwirtschaftspolitik bereits vor der Machtergreifung fest und blieben während der Anfangsjahre des NS-Regimes konstant. Diese Leitlinien lassen sich anhand der drei analysierten Programme der NSDAP sowie der aufgeführten Reden und Schriften Hitlers bestimmen. In deren Zentrum stand die Forderung, den Außenhandel den staatlichen Bedürfnissen unterzuordnen und steuerbar zu machen. Über den Außenhandel sollte in erster Linie die Versorgung des Reiches mit Roh- und Grundstoffen gesichert und eine konsequente Aufrüstung ermöglicht werden. Dabei war es durch eine Verlagerung des Handelsverkehrs hin zu blockadesicheren Handelspartnern innerhalb Europas angedacht, einen weitgehend autarken Großwirtschaftsraum unter deutscher Kontrolle zu schaffen. Der Import sollte zur Förderung eines im nationalsozialistischen Sinne staatlich definierten „Gemeinwohls“ in Relation zum Export notfalls reduziert und umstrukturiert werden. Dem Export fiel dabei die Rolle zu, den gesteigerten Bedarf an Gütern zu finanzieren, die aus Sicht des NS-Regimes für die Grundversorgung oder die Aufrüstung unverzichtbar, aber nicht selbst substituierbar waren. Die Verteilung knapper Ressourcen sollte staatlicherseits zentral gesteuert werden. Eine verschärfte staatliche Devisenbewirtschaftung und der Ausbau finanzwirtschaftlicher Kontrollmechanismen waren hierfür vonnöten. Alle diese Maßnahmen dienten dazu, die deutsche Wirtschaft für die von Hitler beabsichtigte Revision der Bestimmungen des Versailler Vertrages und den schlussendlich geplanten Eroberungskrieg

²¹² Schacht: „76 Jahre meines Lebens.“ Ebd. S. 465.

²¹³ Vgl. Tooze: „Ökonomie der Zerstörung.“ Ebd. S. 448.

nutzbar sowie resilient zu machen. Die Grundlage für viele dieser außenwirtschaftspolitischen Leitlinien wurden bereits während der Weltwirtschaftskrise durch die drei Präsidialkabinette in der Spätphase der Weimarer Republik gelegt. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 stellte daher in Bezug auf die Außenwirtschaftspolitik keine wesentliche Zäsur dar. So wurden die bestehenden Wirtschaftsmaßnahmen eher fortgeführt und ausgebaut als radikal neu erdacht. Trotz dieser Maßnahmen glitt das Dritte Reich bis zum Spätsommer 1934 in eine umfassende handels- und devisenpolitische Krise ab. Die zur Bezahlung ihrer erheblichen Auslandsschulden auf Exportüberschüsse angewiesene deutsche Volkswirtschaft erzielte einen Importüberschuss und dadurch eine negative Handelsbilanz. Gleichzeitig waren die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank im Zuge der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise nahezu vollständig erschöpft. Ohne einschneidende Gegenmaßnahmen drohte die deutsche Zahlungsunfähigkeit. Der von Schacht initiierte „Neue Plan“ sollte diese Krisensituation im Sinne des NS-Regimes lösen. Hierfür knüpfte Schacht lückenlos an die schon bestehende Devisenbewirtschaftung, Importkontrollen, Exportförderungen und Tendenz zu bilateralen Handelsabkommen an. Der Import wurde durch den Auf- und Ausbau der zunächst 25 Überwachungsstellen aufgeteilt in Warengattungen reguliert, reduziert und auf den erwarteten Deviseneingang abgestimmt. Hierdurch gelang es, die Wareneinfuhr an die Ausfuhr anzupassen und strukturell von Fertigwaren stärker auf Roh- und Grundstoffe umzustellen. Eine Verschlankung in Relation zum Export gelang von 1934 bis 1936, bereits 1937 jedoch nur noch mit rückläufiger Tendenz. Die staatliche Devisenbewirtschaftung wurde ausgebaut und in die Preisbildung für Importware eingegriffen. Die Reform der Exportförderung gelang im Zuge des „Neuen Plans“ zunächst nur schleppend. Erst ab der Einführung der Exportförderumlage 1935 konnten dort wesentliche Verbesserungen erzielt werden. Die Exportsubvention wurde anfänglich aus den eingefrorenen Mitteln ausländischer Anleger finanziert, später durch Reichsmittel ergänzt und schlussendlich zwangsweise per Umlage aus den Einnahmen der Binnenwirtschaft aufgebracht. Erleichtert durch die sich verbessernde Weltwirtschaftslage konnte der deutsche Export durch den „Neuen Plan“ deutlich gesteigert werden. Durch die Kombination all dieser Maßnahmen gelang es, das Außenhandelsdefizit des Jahres 1934 deutlich zu reduzieren und in den Folgejahren bis 1937 teils hohe Exportüberschüsse zu erwirtschaften. Der drastische Devisenschwund bis 1934 wurde weitgehend gestoppt. Es gelang Schacht aufgrund der erheblichen deutschen Auslandsschulden und der ressourcenintensiven Aufrüstung jedoch nicht, die Gold- und Devisenreserven der Reichsbank wieder zu erhöhen. Gleichwohl ermöglichte der „Neue Plan“ trotz geringster Reichsbankbestände nicht nur eine Aufrechterhaltung, sondern sogar eine spürbare Ausweitung des deutschen

Außenhandelsvolumens bis 1937. Erhebliche Teile dieses Handels wurden fortan innerhalb bilateraler Handelsverträge durch einen direkten Warentausch abgewickelt. Die Warenwerte sollten dabei aufeinander abgestimmt und verrechnet werden. Diese Bilateralisierung der Handelspolitik trug essentiell zur Senkung des deutschen Devisenverbrauchs bei. Eine Umgewichtung des deutschen Außenhandels weg von Übersee und hin zu Europa gelang jedoch weder in Bezug auf die Einfuhr noch die Ausfuhr. Im Gegenteil stieg der Anteil des Überseehandels bis 1937 sogar spürbar an. Innerhalb Europas erzielten die Bemühungen zur Verschiebung des handelspolitischen Schwerpunkts hin zu Südosteuropa durchaus erste Erfolge. Diese blieben jedoch weit hinter den Ansprüchen der NS-Führung zurück. Die Schaffung eines autarken Großwirtschaftsraums innerhalb Europas unter deutscher Kontrolle schlug bis 1937 fehl. Dennoch war der von Schacht konzipierte „Neue Plan“ in der Überwindung der Handels- und Devisenkrise des Jahres 1934 erfolgreich und leistete einen wesentlichen Teil zur Stabilisierung des NS-Regimes. Schachts Ziel bestand dabei primär im wirtschaftlichen Wiedererstarken Deutschlands, das über das Druckmittel eines hohen Autarkiegrades letztlich in die Weltwirtschaft wiedereingegliedert werden sollte. Für Hitler dienten diese Maßnahmen dagegen in erster Linie der Vorbereitung seines Eroberungskrieges, durch den die deutsche Rohstoffbasis derart erweitert werden sollte, dass eine vollständige Autarkie nach der Erschließung von „Lebensraum im Osten“ möglich war. Trotz der ideologischen Differenzen zwischen Schacht und Hitler waren ihre Pläne jedoch kurz- bis mittelfristig kompatibel. Der „Neue Plan“ ist Ausdruck dessen und kann im Wesentlichen als Umsetzung der außenwirtschaftspolitischen Agenda des Nationalsozialismus gesehen werden. Es waren erfahrene Experten wie Schacht, die dessen ideologische Leitgedanken in praktische wirtschaftspolitische Maßnahmen umsetzten. Doch jenseits von aller Ideologie stellte der „Neue Plan“ vor allem eine wirtschaftspolitische Lösung für eine wirtschaftspolitische Krise dar, der mit Blick auf die weitere Entwicklung des NS-Regimes vor allem eines vorgeworfen werden kann: Dass sie unter Schachts Ägide funktionierte.

7. Verzeichnisse

7.1. Literatur

- Barkai, Avraham: *„Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus.“* Frankfurt a. M. 1988.
- Barkai, Avraham: *„Sozialdarwinismus und Antiliberalismus in Hitlers Wirtschaftskonzept.“* in: *Geschichte und Gesellschaft* 3. H. 3. Göttingen 1977.
- Bauer, Kurt: *„Nationalsozialismus. Ursprünge, Anfänge, Aufstieg und Fall.“* Wien 2008.
- Boelcke, Willi A.: *„Die deutsche Wirtschaft 1930 – 1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums.“* Düsseldorf 1983.
- Borchardt, Knut: *„Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.“* Göttingen 1982.
- Born, Karl Erich: *„Die Deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik.“* München 1967.
- Bracher, Karl Dietrich: *„Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie.“* Villingen 1960.
- Dengg, Sören: *„Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und Schachts »Neuer Plan«.“* Europäische Hochschulschriften: Reihe 3; Geschichte und ihre Hilfswissenschaften Bd. 309. Frankfurt am Main/Bern/New York 1986.
- Dirks, Carl/Janßen, Karl-Heinz: *„Der Krieg der Generäle. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht.“* Berlin 1999.
- Fest, Joachim: *„Hitler. Eine Biographie“* Berlin 1973.
- Forstmeier, Friedrich/Volkman, Hans-Erich (Hrsg.): *„Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges.“* Düsseldorf 1981.
- Freytag, Carl: *„Deutschlands »Drang nach Südosten«. Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag und der »Ergänzungsraum Südosteuropa« 1931 – 1945.“* Göttingen 2012.
- Hesse, Jan-Otmar/Köster, Roman/Plumpe, Werner: *„Die Große Depression: Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939.“* Frankfurt a. M./New York 2014.
- Hillgruber, Andreas: *„Grundzüge der nationalsozialistischen Außenpolitik 1933-1945.“* Köln 1973.
- Höhne, Heinz: *„Die Zeit der Illusionen. Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches 1933 - 1936.“* Düsseldorf/Wien/New York 1991.

- Höhne, Heinz: „*Gebt mit vier Jahre Zeit*‘. Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches.“ Berlin 1996.
- Horn, Wolfgang: „*Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP 1919–1933*.“ Düsseldorf 1972.
- James, Harold: „*Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924 – 1936*.“ Stuttgart 1988.
- Jaschke, Hans-Gerd: „*Soziale Basis und soziale Funktion des Nationalsozialismus*.“ Studien zur Bonapartismustheorie. Opladen 1982.
- Kadritzke, Niels: „*Faschismus und Krise. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im Nationalsozialismus*.“ Frankfurt a. M. 1976.
- Kissenkoetter, Udo: „*Gregor Strasser und die NSDAP*.“ Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Band 37. DVA, Stuttgart 1978.
- Klee, Ernst: „*Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*.“ Frankfurt a. M. 2005.
- Krier, Frédéric: „*Sozialismus für Kleinbürger. Pierre Joseph Proudhon – Wegbereiter des Dritten Reiches*.“ Köln/Weimar 2009.
- Krüger, Peter: „*Zu Hitlers ,nationalsozialistischen Wirtschaftserkenntnissen*.“ Geschichte und Gesellschaft 6. Jahrgang, H. 2. Göttingen 1980.
- Markert, Werner (Hrsg.): „*Osteuropa-Handbuch. Jugoslawien*.“ Köln/Graz 1954.
- Mau, Hermann: „*Die ,zweite Revolution‘ – Der 30. Juni 1934*.“ Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Jahrgang 1, Heft 2. München 1953.
- Meyer, August: „*Das Syndikat. Reichswerke ,Hermann Göring‘*“. Braunschweig 1986.
- Neebe, Reinhard: „*Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik*.“ Göttingen 1981.
- Paul, Gerhard: „*Der Dolchstoß. Ein Schlüsselbild nationalsozialistischer Erinnerungspolitik*.“ In: Paul, Gerhard (Hrsg.): „*Das Jahrhundert der Bilder. Band 1. 1900 bis 1949*.“ Göttingen 2009.
- Plöckinger, Othmar: „*Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers ,Mein Kampf‘ 1922–1945*.“ München 2011.
- Pollert, Achim, et al.: „*Duden Wirtschaft von A bis Z*.“ Berlin 2016.
- Prollius, Michael von: „*Das Wirtschaftssystem der Nationalsozialisten 1933 – 1939. Steuerung durch emergente Organisation und Politische Prozesse*.“ Paderborn 2003.

- Schulz, Gerhard: *„Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland.“* Frankfurt a. M. 1975.
- Smiley, Ralph: *“The Lausanne Conference. The Diplomacy of the End of Reparations.”* New Brunswick 1972.
- Spoerer, Marc: *„Demontage eines Mythos? Zu der Kontroverse über das nationalsozialistische "Wirtschaftswunder“.“* Geschichte und Gesellschaft. 31. Jahrgang, H. 3. Göttingen 2005.
- Stachura, Peter D.: *“Gregor Strasser and the Rise of Nazism.”* London 1983.
- Steger, Sascha: *„Kurt Daluege, die Stennes-Revoluten 1930/31 und der Aufstieg der SS.“* in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Heft 4. München 2021.
- Stucken, Rudolf: *„Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 bis 1963.“* Tübingen 1964.
- Teichert, Eckart: *„Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930 – 1939.“* München 1984.
- Thamer, Hans-Ulrich: *„Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945“.* Berlin 1994.
- Tooze, Adam: *„Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus.“* München 2007.
- Turner, Henry A.: *„Hitlers Einstellung zu Wirtschaft und Gesellschaft vor 1933.“* In: *„Außenwirtschaft und Außenpolitik im 'Dritten Reich' .“* Geschichte und Gesellschaft 2 H. 1. Göttingen 1976.
- Tyrell, Albrecht: *„Vom „Trommler“ zum „Führer“. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP.“* München 1975.
- Volkmann, Hans-Erich: *„Aspekte der nationalsozialistischen »Wehrwirtschaft« 1933 bis 1936.“* Francia Bd. 5. Paris 1977.
- Volkmann, Hans-Erich: *„Das außenwirtschaftliche Programm der NSDAP 1930-1933.“* Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 8. Hamburg 1963.
- Volkmann, Hans-Erich: *„Ökonomie und Expansion. Grundzüge der NS-Wirtschaftspolitik.“* München 2003.
- Winkler, Ernst August (Hrsg.): *„Die Deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen.“* München 1992.

7.2. Quellen

- BArch R 2//229. Ausarbeitung über die Exportförderung aus „Scrips“ und

- Fundierungsbonds vom 10. August 1934.
- BArch R 2/14214. Schreiben des Reichswirtschaftsministers an die Leiter der Devisenstellen vom 18. November 1933.
 - BArch R 2/14214. Schreiben des Reichswirtschaftsministers vom 22. Dezember 1933.
 - BArch R 2501/6602. Ausarbeitung von Reichsbankdirektor Blessing zu Exportfördermitteln vom 8. August 1934.
 - BArch R 2501/6604. Bericht der volkswirtschaftlichen und statistischen Abteilung der Reichsbank über die Inanspruchnahme des Reiches durch das Zusatzausfuhrverfahren vom 17. August 1934.
 - BArch R 2501/6605. Entwicklung des Zusatzausfuhrverfahrens bei der deutschen Golddiskontbank.
 - BArch R 2501/6607 Anteil der Zusatzausfuhr an der gesamten Ausfuhr.
 - BArch R 43-II/331. Antwortschreiben Schachts an Darrés Devisengesuch vom 24. März 1936.
 - BArch R 43-II/807b. Brief von B. A. Stintzing mit Vorschlägen bezüglich einer Neuordnung der Außenhandelspolitik vom 24. August 1939.
 - BArch R2/14214. Garantierklärung des Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministers vom 20. April 1934.
 - BArch R2/14216. Schreiben des Reichswirtschaftsministers an den Reichsfinanzminister vom 23. März 1934.
 - Bracher, Karl Dietrich/Matthias, Erich/Morsey, Rudolf (Hrsg.): *„Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Dritte Reihe, Band III: Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning.“* Düsseldorf 1977.
 - Dodd, Martha (Hrsg.): *„Ambassador Dodds Diary 1933-1938.“* London 1945.
 - Ebi, Michael: *„Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932 – 1938.“* Stuttgart 2004.
 - Ellis, Howard Sylvester: *„The German Monetary Theory 1905 – 1933.“* Cambridge 1937.
 - Erbe, René: *„Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933 – 1939 im Lichte der modernen Theorie.“* Zürich 1958.
 - Feder, Gottfried (Hrsg.): *„Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken.“* München 1935.
 - Feder, Gottfried: *„Gegen die Hochfinanz.“* München 1933.

- Flaig, Herbert: *„Untersuchungen über den Einfluss des Neuen Planes auf den deutschen Außenhandel und die deutsche Außenhandelspolitik.“* Freiburg im Breisgau 1941.
- Forstmeier, Friedrich/Messerschmidt, Manfred (Hrsg.): *„Militärgeschichtliche Mitteilungen 13.“* Karlsruhe 1973.
- Grimm, Hans: *„Volk ohne Raum.“* München 1926.
- Hall, N. F.; *„Gründe und Folgen der Abwertung des Englischen Pfundes.“* Weltwirtschaftliches Archiv, vol. 43. London 1936.
- Hartmann, Christian/Vordermayer, Thomas/Othmar, Plöckinger/Töppel, Roman (Hrsg.): *„Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition. Band I.“* Institut für Zeitgeschichte. München/Berlin 2016.
- Hartmann, Christian/Vordermayer, Thomas/Othmar, Plöckinger/Töppel, Roman (Hrsg.): *„Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition. Band II.“* Institut für Zeitgeschichte. München/Berlin 2016.
- Hockerts, Hans Günter (Hrsg.): *„Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933 – 1945.“* Band II. Teilband 1. München 1999.
- Hossbach, Friedrich: *„Niederschrift über die Besprechung in der Reichskanzlei am 5. November 1937.“* In: Archiv des Auswärtigen Amtes: *„Akten zur Auswärtigen Deutschen Politik 1918 – 1945. Serie D (1937 – 1945). Von Neurath zu Ribbentrop. Band. I.“* Baden-Baden 1950.
- Hövel, Paul: *„Grundfragen deutscher Wirtschaftspolitik.“* Berlin 1935.
- Janke, Kurt: *„Zweck und Mittel der Ausfuhr lenkung.“* In: *„Probleme der gelenkten Wirtschaft.“* Berlin 1942.
- Jones, Larry Eugene (Hrsg.): *„Die Tage vor Hitlers Machtübernahmen. Aufzeichnungen des Deutschnationalen Reinhold Quaatz.“* Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Jahrgang 37, Heft 4. München 1987.
- Klöss, Erhard (Hrsg.): *„Reden des Führers. Politik und Propaganda Adolf Hitlers 1922 – 1945.“* München 1967.
- Kölblle, Josef: *„Grundzüge der neuen deutschen Wirtschaftsordnung.“* Leipzig 1939.
- Kotze, Hildegard von/Krausnick, Helmut/Krummacher, F. A (Hrsg.): *„Es spricht der Führer.“* Gütersloh 1966.
- Kühnl, Reinhard (Hrsg.): *„Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten.“* Köln 1975.
- Michaelis, Herbert (Hrsg.): *„Das Dritte Reich. Die Zertrümmerung des Parteienstaates*

- und die Grundlegung der Diktatur.“ In: „Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte.“ Band IX. Berlin 1964.*
- Michaelis, Herbert (Hrsg.): *„Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamentarischen Systems. Brüning - Papen – Schleicher. 1930 – 1933.“* In: *„Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte.“* Band VIII. Berlin 1963.
 - Müller, Carl-Hermann: *„Grundriß der Devisenbewirtschaftung.“* Berlin 1938.
 - Müller, Herbert: *„Wareneinfuhr und Transithandel.“* Berlin 1937
 - N.N. *„Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.“* München 1920. Digital verfügbar auf der Website des Montreal Holocaust Museums. Online unter: <http://histoire.museeholocauste.ca/en/timeline/nazi-path-power> [zuletzt aufgerufen am 15.07.2022].
 - N.N.: *„Wirtschaftliches Sofortprogramm der NSDAP.“* Ausgearbeitet von der Hauptabteilung IV (Wirtschaft) der Reichsorganisationsleitung der NSDAP. München 1932.
 - Reichsfinanzminister: *„Schreiben des Reichsfinanzministers Graf Schwerin von Krosigk an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich vom 14. Jun 1934 über die Einstellung des Bartransfers.“* In: *„Völkischer Beobachter.“* (Berliner Ausgabe) Nr. 16 vom 16. Juni 1934.
 - Reichsregierung: *„Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten“* vom 22. März 1934. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): *„Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1934. Teil I.“* Berlin 1934.
 - Reichsregierung: *„Gesetz über die Anwendung wirtschaftlicher Vergeltungsmaßnahmen gegenüber dem Ausland.“* vom 03. Juli 1934. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): *„Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1934. Teil I.“* Berlin 1934.
 - Reichsregierung: *„Gesetz über Erhebungen von Umlagen in der gewerblichen Wirtschaft“* vom 28. Juni 1935. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): *„Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1935. Teil I.“* Berlin 1935.
 - Reichsregierung: *„Gesetz über wirtschaftliche Maßnahmen.“* vom 03. Juli 1934. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): *„Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1934. Teil I.“* Berlin 1934

- Reichsregierung: „*Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland.*“ Vom 9. Juni 1933. RGBl. I.
- Reichsregierung: „*Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland.*“ Vom 9. Juni 1933. RGBl. I. S. 349
- Reichsregierung: „*Gesetz zur Durchführung des Vierjahresplans – Bestellung eines Kommissars für die Preisbildung*“ vom 29. Oktober 1936. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.) „*Reichsgesetzblatt 1936. Teil I.*“ Berlin 1936.
- Reichsregierung: „*Gesetz zur Umwandlung der Reichsmaisstelle.*“ vom 30. Mai 1933. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): „*Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1933. Teil I.*“ Berlin 1933.
- Reichsregierung: „*Verordnung über die Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung*“ vom 8. Dezember 1931. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.) „*Reichsgesetzblatt 1931. Teil I.*“ Berlin 1931.
- Reichsregierung: „*Verordnung zur Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten*“ vom 13. Juli 1934 In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): „*Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1934. Teil I.*“ Berlin 1934.
- Reichstag: „*Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich.*“ vom 24. März 1933. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): „*Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1933. Teil I.*“ Berlin 1933
- Reichswirtschaftsministerium: „*Verordnung über den Warenverkehr.*“ Vom 4. September 1934. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): „*Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1934. Teil I.*“ Berlin 1934.
- Reichswirtschaftsministerium: „*Verordnung über Preise für ausländische Waren*“ vom 22. September 1934. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): „*Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1934. Teil I.*“ Berlin 1934.
- Reichswirtschaftsministerium: „*Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung.*“ Vom 11. September 1934. In: Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): „*Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1934. Teil I.*“ Berlin 1934.
- Reuter, Franz: „*Die Neuregelung des deutschen Außenhandels. Ein praktischer Wegweiser durch die geltenden Bestimmungen.*“ Berlin 1934.
- Schacht, Hjalmar: „*76 Jahre meines Lebens.*“ Bad Wörishofen 1953.
- Schacht, Hjalmar: „*Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik.*“ Oldenburg 1932.
- Schacht, Hjalmar: „*Nationale Kreditwirtschaft.*“ Berlin 1934.

- Sensch, Jürgen: *„Der deutsche Außenhandel von 1923 bis 1940.“* N.N. 2014. histat-Datenkompilation online unter: <https://histat.gesis.org/histat/en/project/details/376020F8C69C06F85DFA695EA4B77C81> [zuletzt aufgerufen am 26.09.2022].
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): *„Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Band 1934.“* Berlin 1935.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): *„Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Band 1935.“* Berlin 1936.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): *„Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Band 1936.“* Berlin 1937.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): *„Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Band 1937.“* Berlin 1938.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): *„Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Band 1938.“* Berlin 1939.
- Strasser, Gregor: *„Freiheit und Brot! Das nationalsozialistische Wiederaufbauprogramm.“* Erschienen in: *„Der Freiheitskampf.“* Am 24.11.1932. S. 7. Online unter: http://dfg-viewer.de/show?tx_dlf%5Bdouble%5D=0&tx_dlf%5Bid%5D=http%3A%2F%2Fwww.hait.tu-dresden.de%2F01%2Fforschung_der_freiheitskampf_mets.asp%3Fid%3D5664&tx_dlf%5Bpage%5D=7&cHash=4ab3fcc20abc986f145377d9d0cbddfb [zuletzt aufgerufen am 26.07.2022].
- Thiele, Walter: *„Großraumwirtschaft in Geschichte und Politik.“* Dresden 1938.
- Vogelsang, Thilo: *„Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933.“* In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2, Heft 4. München 1954.
- Wehrwirtschaftsstab: *„Monatlicher Bericht des Wehrwirtschaftsstabes über den ‚Stand der wirtschaftlichen Lage. 1.2.1938‘.“* BA-MA Wi I F 5/543.
- Weidemann, Hans: *„Die Gestaltung der deutschen Außenwirtschaft unter dem Neuen Plan.“* Frankfurt am Main/Emsdetten 1938.
- Weinberg, Gerhard L. (Hrsg.): *„Hitlers Zweites Buch.“* Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 7. Ein Dokument aus dem Jahr 1928 mit einem Geleitwort von Hans Rothfels. Stuttgart 1961
- Wirsching, Andreas: *„‘Man kann nur Boden germanisieren‘. Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933.“* Vierteljahrshefte für

Zeitgeschichte. Jahrgang 49, Heft 3. München 2001.

- Zwiedineck-Südenhorst, Otto von/Albrecht, Gerhard: „*Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik.*“ Band 142. Heft 1. Berlin 1935.